

Entwurf

Einzelplan 09

**Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucher-
schutz und Gleichstellung**

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	5
Kapitel 09 01 Ministerium	6
Kapitel 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	20
Kapitel 09 03 Justizvollzugsanstalten	37
Kapitel 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	54
Kapitel 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	60
Kapitel 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	66
Kapitel 09 08 Staatsanwaltschaften	71
Kapitel 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	79
Kapitel 09 11 Europaangelegenheiten	84
Einnahmen und Ausgaben	94
Verpflichtungsermächtigungen	96
Einnahmen MG/TG	97
Ausgaben MG/TG	98
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	99

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Das Ministerium gliedert sich in 5 Abteilungen:

1. Allgemeine Angelegenheiten, Gleichstellung
2. Justizvollzug, Ambulante Soziale Dienste der Justiz, Freie Straffälligenhilfe
3. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadenwesen
4. Verbraucherschutz
5. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung gehören:

1. Justiz

die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
(1 Oberlandesgericht als Landesoberbehörde,
4 Landgerichte,
22 Amtsgerichte),

die Staatsanwaltschaften
(1 Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
als Landesoberbehörde,
4 Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten),

die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit
(1 Oberverwaltungsgericht als Landesoberbehörde,
1 Verwaltungsgericht),

die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit
(1 Landessozialgericht als Landesoberbehörde,
4 Sozialgerichte),

das Finanzgericht als Landesoberbehörde

die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit
(1 Landesarbeitsgericht als Landesoberbehörde,
5 Arbeitsgerichte)

5 Justizvollzugsanstalten,
1 Jugendanstalt,
1 Jugendarrestanstalt

2. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

2.1 Europaangelegenheiten

Zu den europapolitischen Aktivitäten zählen insbesondere:

- Vertretung der Interessen des Landes gegenüber den Dienststellen und Institutionen der EU durch das Hanse-Office Brüssel
- Europapolitische Grundsatzangelegenheiten
- Frühwarnsystem
- Integrierte europäische Meerespolitik
- Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- IMAG zur Verwendung der europäischen Mittel

2.2 Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zu den Ostsee- und Nordsee bezogenen Aktivitäten zählen insbesondere:

- grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit
- Koordinierung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit des Landes
- Koordination der Ostseezusammenarbeit der Landesregierung
- Ko-Koordination der Kulturpriorität in der EU-Ostseestrategie
- Pflege der Partnerschaften des Landes mit Eastern Norway County Network (Norwegen), den Regionen Syddanmark und Sjælland (Dänemark), Pomorskie/Pommern (Polen), Kaliningrad Oblast (Russland) und den drei ostrobothnischen Regionalverbänden (Finnland) sowie der freundschaftlichen Beziehungen mit den drei Baltischen Staaten
- Zuständigkeit für die Schleswig-Holstein Büros in Kaliningrad, Vilnius, Riga und Tallinn sowie für die gemeinsam mit Hamburg betriebenen Hanse-Office Danzig und Hanse-Office St. Petersburg
- Mitarbeit in der Baltic Sea States Subregional Co-operation - Konferenz der Ostsee-Subregionen
- Koordinierung der Nordseekooperation der Landesregierung
- STRING-Kooperation in der südwestlichen Ostsee

3. Gleichstellung

Zu den Angelegenheiten der Gleichstellung zählen insbesondere:

1. Gleichstellung der Geschlechter
 - Gleichstellungsgesetz
 - Prostituiertenschutzgesetz (Abschnitt 2 Anmeldung der Prostituierten)
 - Gleichstellung und Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe zu den Ressorts
 - Gremienbesetzungen
 - Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten, Frauenvereinen und Verbänden
2. Schutz von Frauen vor Gewalt
 - Förderungen von Frauenfacheinrichtungen
 - Vertrauliche Spurensicherung
 - Schutz von Frauen vor Gewalt als Querschnittsaufgabe zu den Ressorts

4. Verbraucherschutz

Zu den Angelegenheiten des Verbraucherschutzes zählen insbesondere:

- Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten des Verbraucherschutzes
- Koordinierung von übergreifenden EU-, Bundes-, Länder und Landesangelegenheiten zum Verbraucherschutz
- Koordinierung und Vorbereitung der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV)
- Grundsatzangelegenheiten des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes, insbesondere in den Bereichen Reisen, Telekommunikation und Medien, Gesundheitsdienstleistungen, Finanzdienstleistungen und -produkte, E- und M-Commerce, Wettbewerb
- Förderung der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz im Bereich von Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft, Bedarfsgegenständen und Vermarktungsnormen
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz im Bereich von Lebensmitteln tierischer Herkunft
- Fachaufsicht über das Landeslabor Schleswig-Holstein und die Veterinärämter in Angelegenheiten des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
- EU-Schnellwarnsystem, Nationaler Rückstandskontrollplan, bundesweiter Überwachungsplan
- Koordinierungsstelle Export von lebenden Tieren, tierischen Erzeugnissen und Produkten, Lebensmitteln, und zur amtlichen Zertifizierung
- Interdisziplinäres Kontrollteam
- Qualitätsmanagement im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
- Technischer Verbraucherschutz, insbesondere Marktüberwachungsaufgaben im Rahmen des Produktsicherheitsgesetzes für Verbraucherprodukte

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Leerstellen)

Kapitel	Stand 01.02.2019
0901	7
0902	142
0903	4
0904	4
0905	15
0906	0
0908	29
0909	4
Gesamt	205

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und in dem Gesamtabchluss nicht enthalten.

E. Personalkostenbudget

Personalkostenbudget Epl. 09 (OG 42)

Soll 2020: 271.100,9 T€

Vollzeitäquivalente:

Stand 31.03.2019: 5.291,21

Nachrichtlich

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

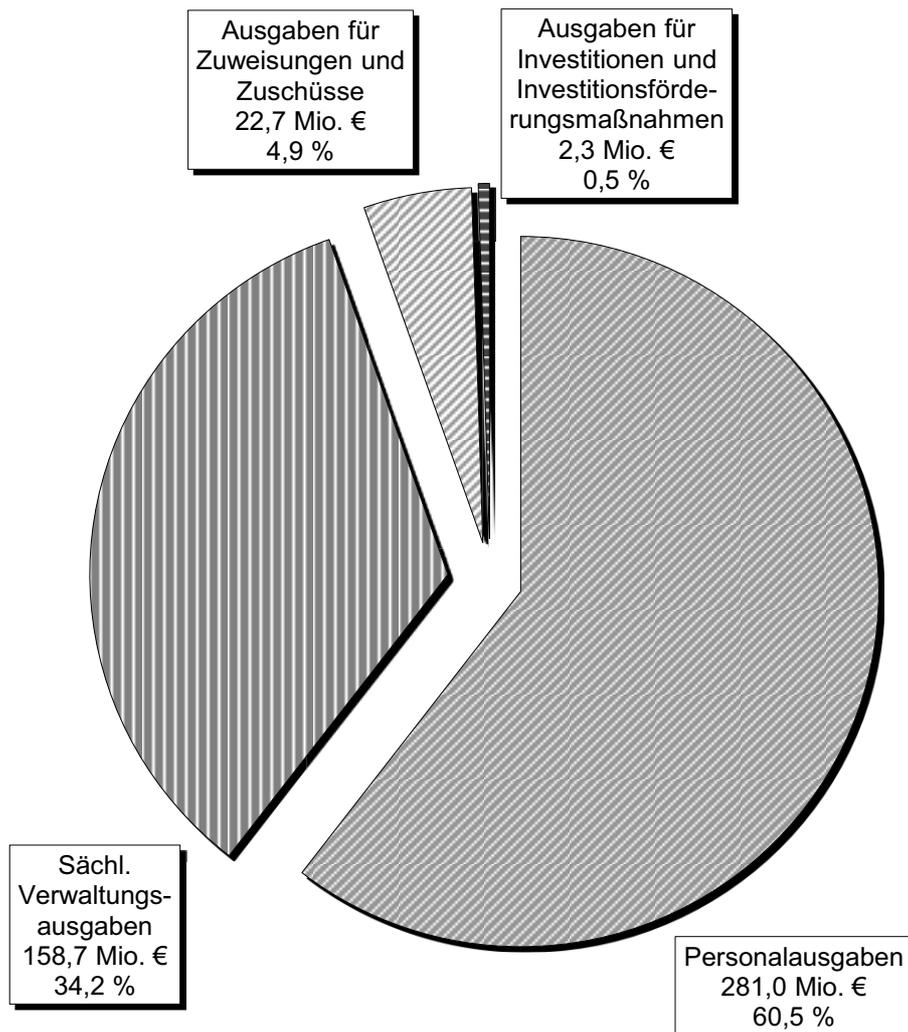
a)	Anzahl Stand 01.01.2018	2.745
	Anzahl Stand 01.01.2019	2.722
b)	Ist 2018 - in T€	91.146,8
	Soll 2019 - in T€	93.683,5
	Soll 2020 - in T€	95.630,7

2. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2018)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	5.159
Pflichtquote (5 %)	258
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	383

	2019	2020
	- in T€ -	
Budget I	434.978,6	439.718,0
Budget II	25.212,8	25.019,8

Einzelplan 09 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2020



09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Das Kapitel 09 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz
- 02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz
- 03 Förderung der Gleichstellung

Ausgaben

- 01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz
- 02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz
- 03 Förderung der Gleichstellung

Mehreinnahmen bei Tit. 359 03 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0901 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	8,0		8,0
			11,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen.

119 07	011	Einnahmen aus Beiträgen Dritter für Tagungen	0,0		0,0
--------	-----	---	------------	--	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Vorgesehen für Beiträge Dritter betreffend die Ausrichtung von Tagungen.

Die tatsächlichen Einnahmen dürfen für zusätzliche Mehrausgaben bei Tit. 529 02 sowie bei Tit. 541 01 verwendet werden.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	1,0		1,0
			0,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

232 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Ostseeprogrammes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	127,1		127,1
			127,1		

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Ostseeprogramm (Förderperiode 2014 - 2020) ist die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Ostseeprogramm beteiligten Bundesländern sowie die Erstattung aus Mitteln der Technischen Hilfe des Ostseeprogramms wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

232 02	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des INTERREG B Nordseeprogrammes zur Finanzierung der Kosten für die Prüfstelle zur Durchführung der Second-Level-Prüfungen (SLC) auf deutscher Seite	59,2		59,2
			59,3		

Erläuterungen:

Für das INTERREG B Nordseeprogramm ist die Prüfstelle im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt.

Die Übernahme der Kosten für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am INTERREG B Nordseeprogramm beteiligten Länder wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

233 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des deutsch-dänischen INTERREG A Programmes 2014 - 2020 zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde (Audit Authority) sowie der Second-Level-Prüfung (SLC) auf deutscher Seite	69,0		69,0
			69,0		

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 233 01

Erläuterungen:

Für das deutsch-dänische INTERREG A Programm (Förderperiode 2014 - 2020) ist die Prüfbehörde im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen (sog. Second-Level-Prüfungen -SLC-) durch die am deutsch-dänischen INTERREG A Programm beteiligten Kreise und kreisfreien Städte (Programmpartner) wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt.

(Vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).

Vgl. Tit. 919 01.

359 03	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 02.

01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz

111 02	314	Gebühreneinnahmen für Ausnahmegenehmigungen nach der EU VO 834/2007	0,0	0,0
			6,3	

(MG 01)

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 535 01 (MG 01) zur Verfügung.

Veranschlagt sind insbesondere:

- Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen aufgrund der EU VO (EG) Nr. 834/2007 sowie der zu ihrer Durchführung erlassenen Rechtsakte der Europäischen Union
- Bußgelder aufgrund des Gesetzes zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Union auf dem Gebiet des Ökologischen Landbaus (Öko-Landbaugesetz - ÖLG) vom 07. Dezember 2008

111 03	314	Gebühren und tarifliche Entgelte	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren in Angelegenheiten der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung und des Weinrechts.

119 06	523	Einnahmen aus der Weinabgabe	1,7	1,7
---------------	-----	-------------------------------------	------------	------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 05 (MG 01) zur Verfügung.

Summe der Maßnahmegruppe 01	1,7	1,7
	7,4	

02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz

119 05	314	Einnahmen für Untersuchungen und Prüfungen von Geräten	0,0	31,5
			0,1	

(MG 02)

Erläuterungen:

Einnahmen im Zusammenhang mit Prüfungen nach dem Produktsicherheitsgesetz (vgl. Tit. 533 04 (MG02)).

271 12	314	Erstattungen der EU für Dienstleistungen	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

(MG 02)

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	

T€

noch zu 271 12

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 02	0,0	31,5
	0,1	

03 Förderung der Gleichstellung

119 02 (MG 03)	236	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	2,0	2,0
			206,0	

Erläuterungen:

Die tatsächlichen Einnahmen dürfen für Mehrausgaben der Maßnahmegruppe 03 verwendet werden.

119 04 (MG 03)	291	Einnahmen aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Informationstagungen	0,5	0,5
--------------------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 535 02 (MG 03) verwendet werden.

Summe der Maßnahmegruppe 03	2,5	2,5
	206,0	

Summe der Einnahmen	268,5	300,0
	480,1	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers	140,0 153,9	140,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	7.410,0 5.592,5	8.448,9
--------	-----	--	---------------------------	----------------

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Die Veranschlagung berücksichtigt den jährlich anzupassenden Ressortanteil im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung Mutterschutz an die Staatliche Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord (StAUK).

Mehr für zusätzliche Planstellen zur Digitalisierung der Justiz, insbesondere im Zusammenhang mit der zur Umsetzung bundesgesetzlicher Verfahrensgesetze (z.B. ZPO, StPO) erforderlichen flächendeckenden Einführung der elektronischen Verfahrensakte (teilweise im Rahmen der Stellenmittelfristplanung). Darüber hinaus mehr zur Umsetzung des Beförderungspaktes und wegen Umwandlung von fünf Stellen aus dem Tarifbereich (vgl. Stellenübersicht Tit. 428 01) bzw. Umsetzung von drei Planstellen aus dem Bereich der Justizvollzugsanstalten (vgl. Stellenplan zu Tit. 09 03 - 422 01).

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	74,0 136,2	74,0
--------	-----	--	----------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Personalausgaben im Zusammenhang mit erforderlichen Krankheitsvertretungen.

427 04	011	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.160,5 6.318,3	5.058,2
--------	-----	--	---------------------------	----------------

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Tit. 356 05 und 359 01 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Die Personalkosten der Prüfbehörden für das INTERREG B Ostseeprogramm und das deutsch-dänische INTERREG A Programm sowie für die Prüfstelle für das INTERREG B Nordseeprogramm (Förderperiode jeweils 2014 - 2020) sind durch die beteiligten Länder (INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramm) bzw. Kreise und kreisfreien Städte (deutsch-dänisches INTERREG A Programm) zu erstatten (vgl. Tit. 232 01, 232 02 und 233 01).

Die insgesamt niedrigere Veranschlagung berücksichtigt die Umwandlung von fünf Stellen aus dem Tarifbereich in Planstellen (vgl. Stellenplan Tit. 422 01) sowie die Umsetzung einer Stelle von Tit. 09 02 - 428 01 (vgl. Erläuterungen und Stellenübersicht zu Tit. 09 02 - 428 01). Darüber hinaus mehr zur Umsetzung des Beförderungspaketes und für die Schaffung weiterer Stellen für Auszubildende im Rahmen der Implementierung eines dualen Studienganges zur Gewinnung von Nachwuchskräften für den IT-Bereich der Justiz.

429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen	35.260,6	44.067,5
--------	-----	---	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Ressorteinzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushaltsjahr 2014 in gesonderten Titeln in den Ressorteinzelplänen ausgewiesen. Weitere Mittel werden ggf. bedarfsgerecht im Haushaltsvollzug umgesetzt.

453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,0 40,2	50,0
--------	-----	--	---------------------	-------------

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	164,4 176,9	180,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Büromaterial	90,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	44,6
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	5,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	6,5
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	10,0
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	8,9
7.	Unterhaltung von Geräten	5,0
8.	Sonstiges	10,0
Summe		180,0

Mehr wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf.

514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung	1,0	1,0
			1,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anschaffung und Reinigung von Schutzkleidung für Beschäftigte im Boten- und Registratordienst.

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	23,3	23,3
			19,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	90,0	90,0
			67,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Allgemeine Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	50,0
2.	Kurse und Schulungen im Bereich des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung	15,0
3.	Führungskräftefortbildungen	8,0
4.	Inhouse-Seminare inkl. Sprachunterricht	10,0
5.	Studiengebühren	7,0
Summe		90,0

Geringeres Ist in 2018 u.a. aufgrund von Personalveränderungen.

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
			0,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung von Beschäftigten, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

527 01	011	Dienstreisen	185,0	185,0
			156,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	133,0
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	52,0
Summe		185,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 527 01

Ab 2019 erhöhte Veranschlagung in Folge der im MJEVG zusammengeführten Marktüberwachungsaufgaben im Bereich des technischen Verbraucherschutzes.

529 01 011 Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich 0,0 0,0
Weggefallen

529 02 011 Zur Ausrichtung der Justizministerkonferenz 170,0 30,0
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 07 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 541 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für den Vorsitz des Strafvollzugausschusses der Länder in 2020, der im Zusammenhang mit dem Vorsitz der Justizministerkonferenz 2019 auf Schleswig-Holstein übergeht.

529 03 011 Zur Ausrichtung der Verbraucherschutzministerkonferenz 0,0 5,0
Erläuterungen:

Schleswig-Holstein wird 2021 den Vorsitz der Verbraucherschutzministerkonferenz übernehmen. Veranschlagt im Zusammenhang mit der Vorbereitung dieser Konferenz.

529 10 011 Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben 7,6 7,6
12,8

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 02 013 Öffentlichkeitsarbeit 19,6 19,6
19,5

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2020
		T€
1.	Öffentlichkeitsarbeit	15,7
2.	Internetpräsentation des MJEVG	1,9
3.	Veranstaltungen	2,0
	Summe	19,6

533 02 011 Aufwendungen für Pförtnerdienste 34,5 31,9
28,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pförtnerdienst zu bestimmten Zeiten im Hauptgebäude des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG).

533 99 011 Leistungsentgelte an die GMSH 5,0 5,0
4,5

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet je nach Liegenschaft alle zwei Jahre statt.

534 01 011 Betriebliches Gesundheitsmanagement 25,0 25,0
4,4

Erläuterungen:

Im Rahmen der entsprechenden 59'er Vereinbarung der Landesregierung wird das Betriebliche Gesundheitsmanagement im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung durchgeführt. In Ergänzung der arbeitsmedizinischen Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird ein Schwerpunkt auf die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen sowie deren Evaluierung u.a. im Hinblick auf psychische Belastungen am Arbeitsplatz gelegt werden. Geringes Ist in 2018 u.a. aufgrund von Personalwechsel.

536 01 011 Umzugskosten 10,0 10,0
9,8

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 536 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für interne Umzüge. Das Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung nutzt insgesamt vier unterschiedliche Liegenschaften.

541 01	011	Zur Ausrichtung von Tagungen	15,0	15,0
			1,1	

Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 07 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 529 02 verwendet werden.

Erläuterungen:

Im Ansatz für 2020 sind u.a. auch die Kosten zur Vorbereitung des Europäischen Tages der Justiz, welcher in 2021 in Schleswig-Holstein ausgerichtet werden wird, enthalten.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeiträge	12,0	12,0
			21,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2020
				T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen			0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)			10,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen			0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben			2,0
Summe				12,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

547 01	011	Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Opfer und ihre Angehörigen	15,0	15,0
--------	-----	--	-------------	-------------

Erläuterungen:

Der Abschlussbericht des Beauftragten der Bundesregierung für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz hat in seinem am 13.12.2017 vorgestellten Abschlussbericht vorgeschlagen, zentrale Opferschutzstrukturen zu schaffen. Veranschlagt sind seit dem Haushalt 2019 die erforderlichen Sachausgaben im Zusammenhang mit der Konzeptionierung und Implementierung der künftigen zentralen Hilfestruktur für Opfer von Straftaten und deren Angehörige.

812 02	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	75,0	30,0
			65,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2020
				T€
1.	Ersatzbeschaffungen			30,0
Summe				30,0

Weniger zur Anpassung an den erwarteten Bedarf.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			19,4	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr.42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung zu einer Rücklage Personal	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 02	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	------------	------------

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 919 02

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0	0,0
972 06	881	Globale Minderausgabe 2016	0,0	0,0

01 Gesundheitlicher Verbraucherschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

526 06 (MG 01)	314	Geschäftsführung der Arbeitsgruppe "Lebensmittel und Bedarfsgegenstände" der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz	0,0 1,8	0,0
-------------------	-----	---	------------	-----

Weggefallen

533 01 (MG 01)	314	Vertragliche Entgelte für Kontrollen der Rindfleischetikettierung	0,0	0,0
-------------------	-----	--	-----	-----

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 06 (MG 01)	314	Herstellung und Betrieb einer gemeinsamen Projektzentrale "Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse"	30,0 18,6	30,0
-------------------	-----	--	--------------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil Schleswig-Holsteins für die auf Beschluss der VSMK beim BVL einzurichtende gemeinsame Bund/Länderprojektzentrale für die Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und der Tabakerzeugnisse.

(LFGB = Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch

VSMK = Verbraucherschutzministerkonferenz

BVL = Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit)

533 08 (MG 01)	314	Aufwendungen für Qualitätsmanagement und Auditverfahren	10,0 3,2	10,0
-------------------	-----	--	-------------	------

Erläuterungen:

Gemäß der EU VO (EG) Nr. 882/2004 und der Folgeverordnung VO (EU) Nr. 625/2017 ist im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes ein Qualitätsmanagement durchzuführen. Für die Durchführung der notwendigen externen Überprüfungen (Audits und unabhängige Prüfung) sowie entsprechende Schulungsmaßnahmen ist die Beauftragung unabhängiger Dritter erforderlich.

534 03 (MG 01)	314	Untersuchung von Proben auf organische Schadstoffe und Stabilisotopenanalytik (Wein)	18,0	18,0
-------------------	-----	---	------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

- die Durchführung von Untersuchungen auf organische Schadstoffe, für die das Landeslabor keine Untersuchungsmöglichkeiten vorhält (Rechtsgrundlagen EU VO (EG) Nr. 1881/2006, EU VO (EG) Nr. 396/2005, EU VO (EG) Nr. 178/2002),

- die Durchführung von Wein- und Spirituosenuntersuchungen mit Hilfe der Stabilisotopenanalytik (NMR Methode -Kernspinresonanzspektroskopie-), und Aromenanalytik mittels GC-MS (Gaschromatographie mit Massenspektrometrie-Kopplung); Rechtsgrundlage ist die VO (EU) Nr. 1308/2013.

534 05 (MG 01)	523	Weinabgabe	1,7 1,1	1,7
-------------------	-----	-------------------	------------	-----

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 06 (MG 01) geleistet werden.

Erläuterungen:

Gem. § 10 der Landesverordnung zur Durchführung weinrechtlicher Vorschriften (WeinDVO) vom 14.05.2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 229), zuletzt geändert durch LVO v. 28.04.2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 156), müssen Winzer eine jährliche Abgabe an den Deutschen Weinfonds zahlen. Das für Weinrecht zuständige Ministerium setzt diese Abgabe auf Grundlage der am 1. Januar

eines Jahres genutzten Weinbergsfläche fest und führt diese an den deutschen Weinfonds ab.

535 01 (MG 01)	521	Einrichtung und Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau	6,0 8,8	7,5
-------------------	-----	---	------------	-----

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 02 (MG 01) überschritten werden.

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 535 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Einrichtung und den Betrieb einer Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (LÖK) gem. Vereinbarung vom 15.07.2016.

Zur Unterstützung der Aufgaben der LÖK wurde durch Beschluss der Amtschefkonferenz der Agrarministerkonferenz eine Geschäftsstelle gegründet. Aufgabe dieser Geschäftsstelle ist es, den Vorsitz der LÖK bei der Abstimmung und Kommunikation zwischen den obersten Behörden der Länder, den zuständigen Behörden der Länder sowie der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) zu unterstützen und Beiträge zur Weiterentwicklung des Kontrollsystems im ökologischen Landbau zu leisten.

Mehr wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf u.a. im Zusammenhang mit einem Zuwachs der Ökolandflächen in Schleswig-Holstein.

546 02	314	Sächliche Verwaltungsaufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	7,0	7,0
---------------	-----	--	------------	------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Ab dem Haushalt 2019 insbesondere veranschlagt für sächliche Verwaltungsausgaben

a) im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Prüfungsausschusses für die Abschlussprüfung zum Lebensmittelkontrolleur gem. § 19 Fortbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure (FPOLKon) sowie

b) im Zusammenhang mit der Tätigkeit im Rahmen des Ausschusses Monitoring gem. § 1 Abs. 3 der Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Monitorings von Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen für die Jahre 2016 bis 2020 (AVV Monitoring 2016-2020).

685 04	314	Erstattung der Kosten für Weisungsaufgaben	10,6	10,6
---------------	-----	---	-------------	-------------

(MG 01)

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung der Landesverordnung zur Übertragung von Aufgaben auf dem Gebiet der Überwachung von Qualitätsnormen für Obst und Gemüse vom 14. Dezember 1993 (GVObI. Schl.-H. S. 617).

Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein.

Summe der Maßnahmegruppe 01			83,3	84,8
			33,5	

02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

533 04	314	Aufträge an Dritte; anteilige Finanzierung der gemeinsamen Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	50,0	230,0
---------------	-----	---	-------------	--------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für die anteilige Finanzierung der ZLS i.H.v. 20,0 T€ sowie für Prüfungen nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG).

Mehr wegen der Ausweitungen der Prüfungen nach dem ProdSG. In 2020 sind insgesamt 70 Prüfungen geplant (pro Prüfung erwartete durchschnittliche Kosten von rd. 3,0 T€).

Bei den Prüfungen aufgedeckte Beanstandungen können zu entsprechenden Einnahmen führen (vgl. Tit. 119 05 (MG02)).

547 04	314	Nicht aufteilbare Verwaltungskosten	6,3	6,3
---------------	-----	--	------------	------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für die Durchführung von Veranstaltungen und Konferenzen sowie für die Erstellung von Informationsmaterialien zu Themen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes.

684 15	314	An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.	1.210,0	1.210,0
---------------	-----	--	----------------	----------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein erhält aufgrund des Vertrages vom 14. Januar / 5. Februar 2016 eine jährliche Zuwendung für ihre gesellschafts- und verbraucherpolitische Beratungstätigkeit. Die Beratungsstellen bilden ein regionales bürgernahes Vertriebsnetz für Kernangebote und sind Voraussetzung für verschiedene Projekte des Bundes und anderer Einrichtungen. Die Verbraucherzentrale nimmt einen öffentlichen Auftrag wahr.

1.090,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 684 15

Die Belastung des Haushaltsjahres 2020 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2019 stellt sich wie folgt dar:

	2020
	T€
1. In Anspruch genommene VE aus den Vorjahren	870,0
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2019	0,0
Summe	870,0

686 04 (MG 02)	314	Präventionsmaßnahmen im wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutz	25,0 9,0	25,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für spezielle Präventionsmaßnahmen des wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutzes. Der Schutz vor Täuschung und vor Übervorteilung auf neuen Märkten und die Stärkung der Eigenverantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Verhältnis zur Anbieterseite bestimmen die thematischen Schwerpunkte im wirtschaftlichen Verbraucherschutz. Es sind vor allem die Bereiche Verbraucherrechte, Finanzdienstleistungen, Gesundheitsleistungen, digitaler Verbraucherschutz, Energie sowie Lebensmittel und Ernährung.				
Summe der Maßnahmegruppe 02			1.291,3 1.120,9	1.471,3

03 Förderung der Gleichstellung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Zusätzlich dürfen Mehrausgaben der Maßnahmegruppe bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 (MG 03) geleistet werden.

526 99 (MG 03)	291	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0	100,0
Erläuterungen:				
Für das Gutachten zur Bedarfsanalyse der Frauenhausförderung.				
533 03 (MG 03)	291	Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein (außer Kommunen).	80,0 80,0	80,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für Personal- und Sachkosten (z.B. auch für Veranstaltungen, Informationsmaterialien, Serviceangebote) zur Stärkung der Gleichstellungsarbeit und um die Zusammenarbeit der Netzwerke der Gleichstellungsbeauftragten zu fördern und zu intensivieren.				
533 07 (MG 03)	236	Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung	400,0 385,9	400,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für die Durchführung medizinischer Untersuchungen bzw. für die medizinische (Erst-) Versorgung im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung. Leistungserbringer sind das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein.				
535 02 (MG 03)	291	Kosten für frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen	29,0 11,1	35,0
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 04 (MG 03) geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt für Kosten betreffend eigene oder gemeinsam mit Dritten durchgeführte Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und Publikationen auf dem Gebiet der Gleichstellungspolitik und des Gewaltschutzes. Hierzu gehören insbesondere Honorare, Mieten für Veranstaltungsräume, Druckkosten für Broschüren oder Tagungsdokumentationen. Mehr zur Ausweitung des Veranstaltungsangebotes.				
546 01 (MG 03)	291	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit dem ProstSchG	0,0	0,0
Weggefallen				

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
547 02 (MG 03)	291	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Gleichstellung Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel im Zusammenhang mit dem ab Jahr 2020 erwarteten Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen"	0,0	0,0
547 03 (MG 03)	236	Einzelfallhilfen und Kosten für Sprachmittlerinnen für gewaltbetroffene Frauen Erläuterungen: Veranschlagt für Einzelfallhilfen, die Frauen zur Finanzierung ihres Aufenthalts in Schleswig-Holstein erhalten, wenn sie Opfer von Frauenhandel geworden sind und staatliche Leistungen nicht, noch nicht oder nicht ausreichend gewährt werden. Die Entscheidung über die Leistungsgewährung erfolgt durch die Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein - contra. Ferner sind Auslagen für die Sprachmittlerinnen der Frauenberatungsstellen nach § 201a LVWG hier veranschlagt.	12,0 6,5	12,0
633 01 (MG 03)	291	Zuweisung an Kommunen ab 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner zum Ausgleich von Mehrkosten für die Beschäftigung von kommunalen hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten Erläuterungen: Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den kommunalen Landesverbänden über finanzielle Entlastungsmaßnahmen vom 11. Januar 2018 erstattet das Land den Kommunen Mehrkosten für die Beschäftigung von Gleichstellungsbeauftragten, die ihnen aufgrund der gesetzlichen Neuregelung gem. § 2 Abs. 3 GO/KrO sowie § 22a AO entstehen. Die "Vereinbarung zwischen dem Land vertreten durch das MJEVG und den kommunalen Landesverbänden über den finanziellen Ausgleich des Mehraufwands der kommunalen Körperschaften aufgrund des Gesetzes über die Sicherung der Arbeitszeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten" ist im September 2018 geschlossen worden. Weniger zur Deckung von Mehrbedarfen in der MG 03.	1.000,0 134,6	631,0
684 01 (MG 03)	236	Förderung einer Fachstelle für Prostituierte nach dem ProstSchG Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für die Förderung einer anerkannten Fachberatungsstelle "cara SH" gem. § 8 Abs. 2 S. 1 des am 01.07.2017 in Kraft getretenen Gesetzes zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Prostituiertenschutzgesetz - ProstSchG). Die Fachberatungsstelle "cara SH" bietet ein erweitertes Beratungsangebot zu allen Fragen im Kontext der Prostitution an und hat eine Lotsenfunktion zum Beratungsnetzwerk in Schleswig-Holstein. Geringere Veranschlagung zur Deckung der Mehrausgaben bei Tit. 684 07 (MG 03) vorgesehen.	215,0 200,0	190,0
684 07 (MG 03)	236	Förderung von Beratungsangeboten Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für die Förderung eines arbeitsbezogenen Fachberatungsangebotes (u.a. Ausstiegsberatung) für Prostituierte. Träger dieser Fachstelle für die Orientierungsberatung zur Erwerbsarbeit und Selbstständigkeit ist das "Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V." Mit dem Angebot soll eine Ergänzung für berufsbezogene Fragestellungen von Frauen im Bereich der legalen Sexarbeit im Netzwerk zur Prostitution/Sexarbeit angeboten und die Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe von Sexarbeiterinnen gefördert werden. Mehr im Zusammenhang mit der Anpassung und Ausweitung des Beratungsangebotes.	25,0 25,0	50,0
684 08 (MG 03)	236	Förderung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich Erläuterungen: Veranschlagt für Personal- und Sachkosten. Die Geschäftsstelle soll wesentlich zur Stärkung der Gleichstellungsarbeit im kommunalen Bereich beitragen und einen Ausbau des landesweiten Netzes von professionellen, weisungsunabhängigen Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen schaffen. Mehr u.a. im Zusammenhang mit der Ausweitung der Tätigkeiten der Geschäftsstelle.	52,0 52,0	60,0
684 10 (MG 03)	236	Zuschuss an das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V. Erläuterungen: Veranschlagt sind Zuschüsse für die landesweite Beratung und Unterstützung von Frauen bei Existenzgründungen sowie bei der Fortbildung und Vernetzung der gesamten Bandbreite der Frauenerwerbsarbeit. Gefördert wird das Bildungs- und Beratungszentrum des Frauennetzwerkes zur Arbeitssituation e.V. in Kiel mit landesweiten dezentralen Angeboten. Ziel ist es, arbeitslosen Frauen den Einstieg in die berufliche Selbstständigkeit zu erleichtern und Frauen im Erwerbsleben für Leitungsaufgaben und Führungspositionen zu qualifizieren.	90,0 90,0	90,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019 Ist 2018	Soll 2020
			T€	
684 11 (MG 03)	236	Zuschuss an den Landesfrauenrat	35,0 35,0	40,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt ist ein Zuschuss für die Arbeit des Landesfrauenrates als Dachverband von 45 Frauenverbänden in Schleswig-Holstein. Der Landesfrauenrat hat seine Netzwerke nach innen zu den Mitgliedern und nach außen zur Gesellschaft, Politik und Wirtschaft kontinuierlich - insbesondere durch gemeinsame Projekte - erweitert. Dies soll erhalten und - wo möglich - ausgebaut werden. Mehr zur Anpassung an den erwarteten Bedarf.</p>				
684 14 (MG 03)	235	Zusätzliche Zuschüsse zur Förderung von Frauenfacheinrichtungen	700,0 741,2	700,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für vorübergehend entstandene erhöhte und besondere Bedarfe für Frauenfacheinrichtungen, beim Kooperations- und Interventionskonzept bei häuslicher Gewalt (KIK) und zur Kostenerstattung für Sprachmittlerinnen in Frauenfacheinrichtungen.</p>				
684 16 (MG 03)	263	Ausbau und Koordinierung des Projekts SuSe	18,0 18,0	18,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für Maßnahmen zum Ausbau und Koordinierung des Projekts SuSe. Das Projekt "SuSe - sicher und selbstbestimmt - Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken - Tragfähige Netze schaffen" wird von dem Projektträger "mixed pickels e.V." durchgeführt. Frauen und Mädchen mit Behinderung, die weitaus häufiger von allen Formen von Gewalt betroffen sind als nicht behinderte Frauen, sollte dadurch der Zugang zu Informationen und Hilfsmöglichkeiten geebnet werden. Die Mittel der Modellzeit sind Ende 2016 ausgelaufen, das Projekt hätte ohne weitere Finanzierung nicht fortgesetzt werden können. Die seit 2017 begonnene Vernetzung im Kreis Ostholstein soll mit den veranschlagten Mitteln weiter verstetigt und das Projekt insgesamt weiter vorangetrieben werden.</p>				
684 17 (MG 03)	236	Zuschuss an den Landesverband "Frauenberatung Schleswig-Holstein (LFSH) e.V."	167,0 126,0	167,0
<p>Erläuterungen: Projektförderung des Landesverbandes "Frauenberatung Schleswig-Holstein (LFSH) e.V.". Es sind 50,0 T € insbesondere veranschlagt für Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätsentwicklung, Interessenvertretung der Mitgliedsorganisationen (Frauenberatungsstellen), Zusammenarbeit mit den Vorständen der Trägervereine und deren Fortbildungen sowie für die Abgeltung des Verwaltungsaufwandes, der durch die Abrechnung der Kosten der Sprachmittlerinnen bei den Frauenfacheinrichtungen (vgl. Tit. 547 03 (MG 03) und Tit. 684 14 (MG 03)) entsteht. Darüber hinaus sind 117,0 T € für Projekte des Landesverbandes "Frauenberatung Schleswig-Holstein (LFSH) e.V." zur Verhütung und Bekämpfung von struktureller Gewalt gegen Frauen vorgesehen.</p>				
684 18 (MG 03)	235	Umsetzung des Wohnraumprojekts	500,0 800,0	500,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für laufende Zuschüsse im Rahmen des Wohnraumprojekts "Frauen_Wohnen". Der "paritätische Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." ist mit der Umsetzung des entsprechenden Projektes betraut worden. Wegen der investiven Förderung des "paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." für dieses Wohnraumprojekt vgl. auch Tit. 893 01 (MG 03).</p>				
684 19 (MG 03)	235	Zuschuss zur Förderung einer Koordinierungsstelle für die übergeordnete Arbeit der Frauenhäuser	50,0	50,0
<p>Erläuterungen: Für die übergeordnete Arbeit aller Frauenhäuser soll die bisher ehrenamtlich geleistete Koordinierungsarbeit der Frauenhäuser - ähnlich wie die Arbeit der Frauenberatungsstellen - durch eine hauptamtliche Stelle unterstützt werden.</p>				
684 20 (MG 03)	236	Zuschuss für das Projekt "Myriam"	85,0	85,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt für die Beratung von geflüchteten Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, insb. auch in asyl- und ausländerrechtliche Fragen durch eine Fachstelle in Kiel.</p>				
893 01 (MG 03)	291	Investitionsförderung im Rahmen des Wohnraumprojekts	300,0	300,0

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	

T€

noch zu 893 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für Investitionsförderungen im Rahmen der Umsetzung des Wohnraumprojekts "Frauen_Wohnen". Der "paritätische Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." ist mit der Umsetzung des entsprechenden Projektes betraut worden. Wegen der laufenden Zuschüsse an den "paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V." für dieses Wohnraumprojekt vgl. auch Tit. 684 18 (MG 03).

893 02	291	Investitionsförderung im Rahmen des Bundesprogramms "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen"	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

(MG 03)

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel im Zusammenhang mit dem ab Jahr 2020 erwarteten Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen"

Summe der Maßnahmegruppe 03	3.758,0	3.508,0
	2.705,3	

Summe der Ausgaben	54.081,1	63.589,1
	16.709,5	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13,2 224,7	44,7
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	255,3 255,4	255,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			268,5 480,1	300,0
41 - 49		Personalausgaben	48.095,1 12.241,1	57.838,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.428,4 1.063,2	1.593,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.182,6 3.320,8	3.826,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	375,0 65,0	330,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 19,4	0,0
Gesamtausgaben			54.081,1 16.709,5	63.589,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-53.812,6 -16.229,4	-63.289,1

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Das Kapitel 09 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Straffälligenhilfe und Opferschutz
- 06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0902 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus Gerichtskosten, Geldstrafen und Geldbußen bei den Tit. 111 02 und 112 01 der Kapitel 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sowie die Ausgaben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Tit. 412 01 und für die Auslagen in Rechtssachen der Tit. 526 11 bis 526 18 in den vorgenannten Kapiteln berücksichtigen die Hochrechnungen der Einnahmen und Ausgaben. Gleiches gilt für die Veranschlagung der Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher (Tit. 0902 - 112 02) und deren Vergütungen (Tit. 0902 - 459 02).

111 02	051	Gerichtskosten	142.851,8	144.113,0
			144.623,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
	Gebühreneinnahmen aus	
1.	Zivilsachen (im Einzelnen: Zivilverfahren, Ehe- und Familiensachen, Vormundschafts- und Betreuungssachen, Mahnverfahren)	43.320,0
2.	Grundbuchsachen	74.000,0
3.	Vollstreckungssachen	3.800,0
4.	Nachlasssachen	9.600,0
5.	Insolvenzsachen	7.200,0
6.	Handelsregistersachen	3.400,0
7.	Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten	2.000,0
8.	Sonstiges	793,0
	Summe	144.113,0

Vgl. Kapitelerläuterung.
Anpassung an das erwartete Ist.

112 02	051	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	10.000,0	10.000,0
			10.010,5	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung und Tit. 459 02.

119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	35,0	35,0
			32,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Veröffentlichungen in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen. Die Anzahl der Ersuchen um Veröffentlichung ist nicht vorhersehbar, der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	15,0	50,0
			48,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände; der Ansatz ist geschätzt.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
119 04	051	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen Erläuterungen: Vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 684 03 und bei Maßnahmegruppe 01.	0,0 125,5	0,0
119 05	051	Einnahmen aus Beiträgen Dritter für Tagungen Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vorgesehen für Einnahmen aus Teilnahmebeiträgen Dritter für die Ausrichtung von Tagungen (vgl. Haushaltsvermerk bei Tit. 541 01).	0,0 5,7	0,0
119 99	051	Vermischte Einnahmen Erläuterungen: Anpassung an die Ist-Entwicklung.	70,0 48,2	50,0
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.	2,0	2,0
232 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Ländern Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	0,0
282 01	051	Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an der Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 04 zu verwenden.	0,0 77,3	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.	0,0 25,1	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.	0,0	0,0
Summe der Einnahmen			152.973,8 154.995,8	154.250,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer	650,0	650,0
			465,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).
Vgl. Kapitelerläuterung.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	74.944,3	74.678,5
			88.153,2	

Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Insgesamt niedrigere Veranschlagung durch die zentrale Berücksichtigung der gesamten auf das Ministerium, die Gerichte und Staatsanwaltschaften und die Justizvollzugsanstalten entfallenden Einsparvorgaben zur Realisierung des Stellenabbaupfades im 2020 (vgl. Stellenübersicht und Erläuterungen zu Tit. 428 04). Darüber hinaus mehr für eine zusätzliche Planstelle im Zusammenhang mit dem Aufbau einer gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit (GeorG) sowie für zusätzliche Planstellen im Zusammenhang mit der Einrichtung zusätzlicher Strafkammern bei den Landgerichten (Pakt für den Rechtsstaat) sowie zur Umsetzung des Beförderungspaktes.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	2.835,0	3.224,0
			1.900,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Anwärterbezüge für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst:

			2020
			T€
1.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 2.1		1.384,0
2.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 1.2		1.675,0
3.	Anwärter/-innen Laufbahngruppe 1.1		165,0
Summe			3.224,0

Aus dem Ansatz dürfen auch Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und Nachtdienstzulagen gezahlt werden.

Mehr durch Veranschlagung der vollen Jahresauswirkung der im HH 2019 nur jahresanteilig finanzierten Erhöhung der Nachwuchskräftekapazitäten im Rahmen der Ausbildungsinitiative der Landesregierung sowie zur jahresanteiligen Finanzierung der im Rahmen dieser Initiative weiteren Erhöhung der Kapazitäten im Bereich der Laufbahngruppe 1.2 für die Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften (Justizobersekretär/anwärter/-innen) im HH 2020.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	585,0	585,0
			358,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Deckung des Personalbedarfs aus Anlass von Geschäftsandrang und Erkrankungen.

427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	230,0	210,0
			187,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Hausdienstvergütungen		40,0
2.	Vergütungen für Zustellungen		170,0
Summe			210,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 427 04

Zu Pos. 1.:

In den Fällen, in denen bisher schon Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z. B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahme genehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit - auslaufend - weiterhin zulässig.

Zu Pos. 2.:

Für Zustellungen von Schriftstücken, die im Rahmen einer genehmigten Nebentätigkeit außerhalb der Dienstzeit durch Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister sowie durch Justizangestellte bewirkt werden, wird eine Vergütung von 2,71 € je Zustellung gewährt.

Weniger wegen Anpassung der Veranschlagung an den gesunkenen Bedarf.

427 05	051	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	40,0	40,0
			37,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der beiden vorhandenen Stellen für Praktikanten/-innen auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	37.882,8	38.194,8
			44.230,9	

Die Ansätze der Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Die Veranschlagung berücksichtigt die Umsetzung einer Stelle nach Tit. 09 01 - 428 01 (vgl. Erläuterungen und Stellenübersicht zu Tit. 09 01 - 428 01). Darüber hinaus mehr für eine zusätzliche Stelle im Zusammenhang mit dem Aufbau einer gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit (GeorG) sowie für zusätzliche Stellen für Serviceeinheiten im Zusammenhang mit der Einrichtung zus. Strafkammern bei den Landgerichten (Pakt für den Rechtsstaat -Folgedienste-) sowie zur Umsetzung des Beförderungspaktes.

428 03	051	Ausbildungsentgelte für Justizfachangestellte	470,0	470,0
			506,3	

428 04	051	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	9.770,0	9.770,0
			11.183,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausbildungsbeihilfen und Nachversicherungsbeiträge für:

			2020
			T€
1.	Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare		8.470,0
2.	Nachversicherungsbeiträge		1.300,0
Summe			9.770,0

Die finanziellen Auswirkungen der in der Stellenübersicht zu Tit. 428 04 abgebildeten Stelleneinsparungen für das Ministerium, die Gerichte und Staatsanwaltschaften und die Justizvollzugsanstalten zur Realisierung des Stellenabbaupfades im HH 2020 werden - zentral für den Einzelplan - in der Veranschlagung zu Tit. 422 01 berücksichtigt (vgl. Erläuterungen zu Tit. 422 01).

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	450,0	450,0
			487,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		130,0
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		70,0
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst		240,0
4.	Trennungsgeld im Rahmen der Ausbildung von Justizfachangestellten		10,0
Summe			450,0

459 02	051	Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst	8.100,0	8.100,0
			7.398,9	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 459 02

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 112 02 überschritten werden.

Rückzahlungen aufgrund des endgültig festgesetzten Gebührenanteils dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütung und die Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher nach der Gerichtsvollzieher-Vergütungsverordnung vom 7. Dezember 2016 (GVVergVO, GVObI. Schl.-H. S. 960). Danach besteht die Vergütung aus einem prozentualen Anteil an den durch die Erledigung der Vollstreckungsaufträge vereinnahmten Gebühren- und Dokumentenpauschalen (§ 1 GVVergVO). Der prozentuale Anteil ist variabel, um eine Überalimentierung zu verhindern.

Vgl. Kapitel Erläuterung und Tit. 459 02.

459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	9,6	9,6
			7,0	

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0908 - 459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7.494,5	7.193,9
			6.211,2	

1,1 T€ umgesetzt nach Titel 1220 - 511 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020	
			T€	
1.	Büromaterial			2.370,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.			500,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten			150,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren			3.333,9
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten			400,0
6.	Ergänzungsbeschaffungen			300,0
7.	Unterhaltung von Geräten			100,0
8.	Sonstiges			40,0
Summe				7.193,9

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt. Das Ist 2018 spiegelt den Mehrbedarf noch nicht wider.

Darüber hinaus weniger zur Gegenfinanzierung des Bedarfs an zusätzlichen Planstellen für die Digitalisierung der Justiz (vgl. Tit. 0901 - 422 01).

1,1 T€ zur Finanzierung der zentralisierten Kurierdienstleistungen für die Amtsgerichte Pinneberg und Meldorf in den Einzelplan 12 umgesetzt (vgl. Pos. 4).

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	141,0	150,0
			147,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020	
			T€	
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen			94,0
2.	Dienst- und Schutzkleidung			51,0
3.	Verbrauchsmittel			5,0
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen			0,0
5.	Sonstiges			0,0
Summe				150,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 514 01

Die Präsidentin oder der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts kann über einen Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinien der Landesregierung verfügen.
nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2019	Soll 2020	Tatsächlicher Bestand 01.02.2019
1.	Kleintransporter	5	5	5
2.	Pkw mit Fahrerin / Fahrer	5	5	5
3.	Selbstfahrer-Pkw	8	8	8
Summe		18	18	18

Aus Aussonderungskontingenten des Innenministeriums und Beschlagnahmungen der Staatsanwaltschaften vorhandene Fahrzeuge werden im Fahrzeugbestand nicht mit ausgewiesen.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	610,0 363,9	610,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.
In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt. Das Ist 2018 spiegelt den Mehrbedarf noch nicht wider.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	30,0 35,4	35,0
---------------	-----	-----------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für 8 (Vorjahr 8) geleaste Fahrzeuge.
Anpassung an die Ist-Entwicklung.

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	330,0 279,2	600,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

				2020
				T€
1.	Ausbildung der Referendarinnen und Referendare einschl. Unterrichtsentschädigungen			125,0
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1 einschl. Unterrichtsentschädigungen			10,0
3.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2 einschl. Unterrichtsentschädigungen			365,0
4.	Ausbildung der Justizfachangestellten einschl. Unterrichtsentschädigungen			7,0
5.	Sonstiges (insbes. Ausbildung der Justizoberwachtmeisteranwärterinnen und -anwärter, Ausbildung Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, Ausgaben Nachwuchskräftewerbung)			43,0
6.	Bedarf im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der elektronischen Akte in der Justiz			50,0
Summe				600,0

In der Veranschlagung 2019 (anteilig) und 2020 ist der Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Verlagerung der fachtheoretischen Ausbildung der Justizfachwirtinnen und Justizfachwirte vom Fachlehrgang bei dem Landgericht Lübeck an die Verwaltungsakademie Bordesholm berücksichtigt. Darüber hinaus mehr wegen höherer Einstellungszahlen insb. im Zusammenhang mit der Ausbildungsinitiative in der Justiz (vgl. Pos. 3).

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	602,3 504,0	600,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2020
		T€
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen (u. a. auch für Supervision und Coaching)	380,0
2.	Unterrichtungen von Schöffen	2,5
3.	Fortbildungen sowie Supervision für die Gerichts- und Bewährungshilfe	35,0
4.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit	19,5
5.	Schulungen für Ausbilder bei den Gerichten	15,0
6.	Zentrale Mittel des Ministeriums für Maßnahmen, die z. B. aus den neuen Steuerungsinstrumenten erwachsen	11,0
7.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die Ausbildung der im Rahmen des Sicherheitspakets zusätzlich eingestellten Justizwachtmeister	15,0
8.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die gerichtliche Mediation	25,0
9.	Zentrale Mittel des Ministeriums für die Personalentwicklung der Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatanwälte	27,0
10.	Sicherheitstraining für Justizbedienstete	50,0
11.	Gesundheitsmanagement	20,0
Summe		600,0

Erstattungen Dritter können von den Ausgaben abgesetzt werden.

525 03	051	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	75,0	75,0
			65,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Juristische Staatsprüfungen	69,0
2.	Prüfungen der Justizfachangestellten	5,0
3.	Sonstige Prüfungen	1,0
Summe		75,0

526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	150,0
			144,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

Von den Ausgaben können gezahlte Gerichts- und Rechtsanwaltskosten abgesetzt werden, die dem Land aufgrund eines Kostenfestsetzungsbeschlusses zu erstatten sind.

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,8	2,8
			0,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder:

		2020
		T€
1.	des Landesbeirates für Bewährungs- und Straffälligenhilfe	0,6
2.	des Richterwahlausschusses	1,2
3.	des Berufsbildungsausschusses für den Ausbildungsberuf "Justizfachangestellte/Justizfachangestellter"	1,0
Summe		2,8

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	30,0	30,0
			33,6	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 526 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

526 11	051	Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe	15.400,0	14.770,0
			14.171,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund der §§ 114 ff. der Zivilprozessordnung (ZPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006, S. 431 und 2007, S. 1781), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 2019 (BGBl. I S. 54).
Vgl. Kapitel Erläuterung.

526 12	051	Gebühren und Auslagen der Verteidigerinnen und Verteidiger	6.700,0	6.700,0
			6.125,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben für in Strafsachen beigeordnete Verteidigerinnen und Verteidiger sowie für beigeordnete Nebenklagevertreterinnen und -vertreter (§ 397 a Abs. 1 StPO - ohne PKH) aufgrund des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2573).
Vgl. Kapitel Erläuterung.

526 13	051	Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen	1.400,0	1.400,0
			1.105,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).
Vgl. Kapitel Erläuterung.

526 14	051	Entschädigungen für Sachverständige	17.380,0	19.380,0
			22.308,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222). Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Dolmetscherinnen und Dolmetscher.
Vgl. Kapitel Erläuterung.
In der Veranschlagung ab 2019 ist die Übertragung eines Teilansatzes für Sachverständigenentschädigungen in Betreuungssachen nach Tit. 526 15 berücksichtigt. Das Ist 2018 spiegelt diese Übertragung noch nicht wider. Darüber hinaus Anpassung an den erwarteten Bedarf.

526 15	051	Auslagen in Betreuungssachen	56.295,0	56.295,0
			44.796,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für sämtliche Ausgaben in Betreuungssachen.
In der Veranschlagung ab 2019 ist die Übertragung eines Teilansatzes für Sachverständigenentschädigungen in Betreuungssachen hierher aus Tit. 0902 - 526 14 sowie der Mehrbedarf für die für 2019 geplante bundesgesetzliche Erhöhung der Vergütung für Vormünder und Berufsbetreuer/-innen berücksichtigt. Die bisher bei diesem Titel veranschlagten sonstigen Auslagen in Rechtssachen sind ab 2019 nach Tit. 526 18 übertragen worden. Das Ist 2018 spiegelt diese Veränderungen noch nicht wider.
Vgl. Kapitel Erläuterung.

526 16	051	Kosten der Rechtsberatungshilfe	4.000,0	4.000,0
			3.311,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben aufgrund des Gesetzes über die Rechtsberatung und Vertretung für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).
Vgl. Kapitel Erläuterung.

526 17	051	Gebühren und Auslagen in Insolvenzverfahren	6.450,0	6.270,0
			5.983,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte, die Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder, Sachverständigen- sowie Veröffentlichungskosten in Insolvenzverfahren gemäß Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693).
Vgl. Kapitel Erläuterung.
Anpassung an den erwarteten Bedarf.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
526 18	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	4.875,0	4.875,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für Ausgaben insb. nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2573). Die Veranschlagung 2019 berücksichtigt die Übertragung des Teilansatzes für sonstige Auslagen in Rechtssachen hierher aus Tit. 0902 - 526 15; kein Ist in 2018, da der Titel im Haushalt 2019 neu eingerichtet wurde. Vgl. Kapitel Erläuterung.		
526 99	051	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	35,0	35,0
		Erläuterungen:		
		Pauschal veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.	2,3	
527 01	051	Dienstreisen	310,0	310,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für:	268,0	
				2020
				T€
		1. Reisen in Verwaltungsangelegenheiten		57,5
		2. Reisen der Bezirksrevisorinnen und Bezirksrevisoren zu Geschäftsprüfungen		10,0
		3. Reisen zur Wahrnehmung von Gerichtstagen		22,5
		4. Dienstantrittsreisen u. Reisekostenpauschalvergütungen		25,0
		5. Reisen zur Prüfung von Notariatsgeschäften		5,0
		6. Reisen zur Abhaltung der Großen Juristischen Staatsprüfung		10,0
		7. Reisen zur Ablegung von Prüfungen		10,0
		8. Reisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst		120,0
		9. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) für die Kapitel 0901 - 0906, 0908 und 0909		50,0
		Summe		310,0
529 01	051	Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich	3,7	3,7
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind für nachgeordnete Landesbehörden Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Sie sind nach Maßgabe der Richtlinien für die Inanspruchnahme der Verfügungsmittel in der jeweils geltenden Fassung zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.	1,7	
529 02	051	Zur Verfügung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts für Repräsentationsaufgaben	0,5	0,5
		Erläuterungen:		
		Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.	0,5	
531 03	051	Verlag und Druck der Schleswig-Holsteinischen Anzeigen	120,0	120,0
			105,6	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 531 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2020
	T€
1. Druck	90,0
2. Vertrieb	15,0
3. Honorare für Aufsätze und Urteilsbesprechungen	10,0
4. Sonstiges	5,0
Summe	120,0

533 02	051	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	180,0	180,0
			96,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten des Ministeriums für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung sowie aller Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ausgenommen sind die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903 - 533 02) und die arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903 - 533 08 MG 01).

Ab dem Jahr 2019 wird insbes. auch aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastung mit einer verstärkten Inanspruchnahme der arbeitsmedizinischen Betreuung gerechnet, so dass ein Anstieg der Ausgaben erwartet wird.

533 03	051	Kosten für Steuerberatung	0,0	100,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Steuerberatungen insb. im Zusammenhang mit der für das Land Schleswig-Holstein ab dem 1. Januar 2021 geltenden Umsatzsteuerpflicht nach § 2b Umsatzsteuergesetz.

Die Veranschlagung erfolgt pauschal für den gesamten Einzelplan 09; der Ansatz ist geschätzt.

533 04	051	Aufwendungen für Dienst- und Werkverträge	320,0	320,0
			274,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt insbesondere für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Die Veranschlagung ab 2019 berücksichtigt den Mehrbedarf im Zusammenhang mit der neuen Vertragslage nach Ausschreibung; das Ist 2018 spiegelt den Mehrbedarf noch nicht wider.

533 05	051	Kosten der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz sowie für die Unterbringung und Intensivbetreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten	230,0	140,0
			130,5	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04.

Erläuterungen:

Die Kosten des stationären Therapieunterbringungsvollzuges nach dem Therapieunterbringungsvollzugsgesetz sind vom Land zu tragen, da der Vollzug des bundesgesetzlichen Therapieunterbringungsgesetzes eine Länderaufgabe ist. Die Unterbringung und Intensivbetreuung von entlassenen ehemaligen Sicherungsverwahrten mit hohem Gefährdungspotential wird durch geeignete Einrichtungen im Rahmen der Führungsaufsicht sichergestellt.

Die reduzierte Veranschlagung berücksichtigt die Kosten der Unterbringung und ggf. stationären Intensivbetreuung von jährlich bis zu drei entlassenen ehemaligen Sicherungsverwahrten.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	20,0	20,0
			10,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	20,0	20,0
			3,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Umzüge im Zusammenhang mit laufenden Baumaßnahmen.

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen und gerichtlicher Mediation	10,0	10,0
			8,7	

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 05 dürfen zusätzlich bei Tit. 541 01 verausgabt werden.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 541 01

Erläuterungen:

Veranschlagt in 2020 u. a. für die Ausrichtung des "Mediationsfachtages 2020" beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht und Bedarfe im Zusammenhang mit Terminen gerichtlicher Mediation.

541 02 051 Zur Ausrichtung "Tag der Betreuung 2020" 0,0 30,0

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Ausrichtung "Tag der Betreuung 2020" in der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Es ist insb. geplant, in den Amtsgerichten des Landes Schleswig-Holstein zusammen mit den Betreuungsvereinen und weiteren Verfahrensakteuren die Arbeit der ehrenamtlichen Betreuung einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und für Verständnis sowie die Bereitschaft zur Übernahme dieses Ehrenamtes zu werben

546 99 051 Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlerträge 70,0 70,0
75,1

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen	5,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	55,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	10,0
Summe		70,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01 059 Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Europäischen Mahngericht in Berlin 5,0 5,0

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag sind dem Land Berlin die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckten Verfahrenskosten des gemeinsamen Europäischen Mahngerichts von den beteiligten Ländern anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu erstatten.

632 02 059 Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Betrieb und der Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) 120,0 120,0
110,2

Erläuterungen:

Gemäß der Verwaltungsvereinbarung der Länder, die Schleswig-Holstein am 2. August 2011 gezeichnet hat, und nach dem Staatsvertrag, dem Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 7. Oktober 2011 beigetreten ist, tragen die Länder die Kosten für den gemeinsamen Betrieb und die Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) nach dem relativen Königsteiner Schlüssel ohne Bund. Die Höhe der tatsächlichen Ausgaben steht in Abhängigkeit der Anzahl richterlicher Anordnungen.

632 04 059 Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg 575,0 575,0
489,8

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Mai 2005 (GVOB. Schl.-H. S. 344), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 15./16./21. November 2007 (GVOB. Schl.-H. S. 72), werden die Kosten des Gemeinsamen Prüfungsamts für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern kommenden Prüflinge umgelegt. Der von Schleswig-Holstein zu zahlende Anteil bemisst sich nach dem Verhältnis der Prüflinge aller beteiligten Länder.

632 05 059 Kostenanteil an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim 600,0 600,0
416,9

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019 Ist 2018	Soll 2020
			T€	

noch zu 632 05

Erläuterungen:

Aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein vom 9. Oktober/5. November 1979 leisten die Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter aus diesen Ländern die im Rechtspflegergesetz vorgeschriebenen Fachstudien an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim ab. Die gemeinsam zu tragenden Kosten werden von den Ländern im Verhältnis ihrer Studierenden, gerechnet nach der Zahl der Monate ihrer tatsächlichen Studienzeit an dieser Hochschule getragen.

Das Ist 2018 resultiert aus einmaligen Minderausgaben im Zusammenhang mit unbesetzten Professorenstellen an der Hochschule.

632 06	153	Kostenanteil an der Deutschen Richterakademie	75,0 77,7	75,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 1. März 1993 werden die Kosten der Deutschen Richterakademie mit den Tagungsstätten Trier und Wustrau von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen.

Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel).

Die Veranschlagung erfolgt aufgrund von Entwürfen der Wirtschaftspläne der beiden Tagungsstätten.

632 07	059	Kostenanteil an der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden	30,0 23,6	30,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Gemäß Vereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 2. Oktober 1981, in der Fassung vom 4. November 1993, tragen Bund und Länder die Kosten der Kriminologischen Zentralstelle je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Gemäß Staatsvertrag aller Länder vom 25. Juni 2009 werden die Kosten für die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission für die Abwicklung des UN-Übereinkommens gegen Folter und anderer unmenschlicher Behandlungen gemäß Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Die Höhe des Ansatzes orientiert sich an den für die Haushaltsjahre 2019/2020 vorgelegten Wirtschaftsplänen der Kriminologischen Zentralstelle sowie an dem Beschluss der Justizministerinnen und Justizminister vom 25./26. Juni 2014 zur Finanzierung der Länderkommission zur Verhütung von Folter.

632 08	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Zulassung von Rechtsanwälten aus der EU in Berlin	1,2 1,4	1,2
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Die EU-Bestimmungen sehen vor, dass Rechtsanwälte aus diesem Bereich nach einer Prüfung in Deutschland anerkannt werden können.

Die Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben im Jahre 1992 vereinbart, ein Gemeinsames Prüfungsamt in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu bilden. Die Länder erstatten dem Land Berlin die durch die Abnahme der Eignungsprüfung entstehenden Personal- und Sachkosten.

632 11	059	Anteil Schleswig-Holsteins an den Erhebungen zur Personalbedarfsrechnung nach PEBB\$Y und PEBB\$Y-Fach	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

632 12	059	Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat	0,0	900,0
---------------	-----	--	------------	--------------

Erläuterungen:

Mit der Freien und Hansestadt Hamburg ist am 16. Februar 2012 ein Staatsvertrag zur Errichtung eines gemeinsamen Staatsschutzsenats abgeschlossen worden (GVOBl. Schl.-H. S. 550, 614). Die Kostenbeteiligung erfolgt nach dem Verursacherprinzip. Abgerechnet wurden bisher die Personalkosten für die Verhandlungstage vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg. Die Ausgaben im Jahr 2019 liegen danach per Stand 13.09.2019 bei rd. 287,0 T€ für zwei abrechnungsfähige Verfahren.

Es wird mit einem zukünftigen Mehrbedarf gerechnet, da rückwirkend zum 01.01.2019 zusätzlich der Aufwand im Ermittlungsverfahren der Hamburger Generalstaatsanwaltschaft und des Ermittlungsrichters beim Hanseatischen Oberlandesgericht erstattet werden sollen. Darüber hinaus wird auch die Abrechnung der besonderen Aufwände im Zusammenhang mit der Sitzungsvorbereitung des Hauptverfahrens erwartet.

Ob und in welcher Höhe für Schleswig-Holstein Kosten anfallen werden, ist nicht einschätzbar.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	800,0 968,2	800,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 681 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872).

681 02	051	Entschädigungen an Verfahrensbeteiligte aufgrund überlanger Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren	50,0	50,0
			5,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.
In welcher Höhe aufgrund des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) Ansprüche gegen das Land geltend gemacht werden und ob diese zu Zahlungsverpflichtungen führen, ist nicht vorhersehbar.
Es handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für in Vorjahren erhobene Ansprüche.

681 03	051	Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen	5.000,0	4.400,0
			213,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.
Es handelt sich um eine pauschale Veranschlagung für verschiedene Amtshaftungsansprüche, die in 2020 fällig werden können (es werden zum Stand April 2019 Amtshaftungsansprüche in Höhe von rd. 5,5 Mio. € geltend gemacht). Schadensersatzleistungen können in Ausnahmefällen auch aus Gründen der Billigkeit gezahlt werden.
Hieraus können auch Mittel für Leistungen im Rahmen des Ergänzenden Hilfesystems für Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch im Verantwortungsbereich von Landeseinrichtungen im Geschäftsbereich des MJEVG geleistet werden.

681 04	051	Zuschuss zur Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation	0,0	0,0
			76,7	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuschuss der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer an die Leiterinnen und Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften während der Anwaltpflichtstation.

684 01	051	An Vereine und Verbände	6,6	6,6
			6,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beiträge für:

		2020
		T€
1.	Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	1,5
2.	Landesvereinigung Schleswig-Holstein des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	5,1
	Summe	6,6

684 03	236	Zuschüsse an Betreuungsvereine	1.200,0	1.350,0
			1.182,6	

Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen bei Tit. 119 04 an Betreuungsvereine stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 684 03 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt zur Schulung und fachlichen Begleitung vor allem ehrenamtlich tätiger Betreuer/-innen sowie für die Personal- und Sachausgaben von anerkannten Betreuungsvereinen im Rahmen von § 1908 f Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i. V. m. § 3 Landesbetreuungsgesetz, verabschiedet als Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes vom 17. Dezember 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 693), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. November 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 385).

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie über die Förderung von Betreuungsvereinen.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 684 03

Ziel:

- Durch die Landes- und Kommunalförderung sollen die nach § 1908 f BGB anerkannten Betreuungsvereine
- die Beschäftigung einer ausreichenden Zahl an geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten,
 - diese beaufsichtigen und weiterbilden,
 - ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewinnen,
 - die Ehrenamtler in ihre Aufgaben einführen, sie fortbilden und beraten,
 - planmäßig über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen informieren sowie Bevollmächtigte beraten,
 - einen Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen.

Mehr u. a. im Zusammenhang mit gestiegenen Bedarfen für Personalausgaben bei den Betreuungsvereinen.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	30,0	30,0
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	724,0	725,0
			656,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Erstmalige Anschaffungen		62,5
2.	Ersatzbeschaffungen		610,5
3.	Ergänzungsbeschaffungen		52,0
Summe			725,0

Insbesondere berücksichtigt sind die Beschaffungen von Mobiliarausstattungen in den Sitzungssälen sowie ergonomischen Schreibtischen und Bürostühlen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			129,4	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 18 sowie der Tit. 681 01 bis 681 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

01 Straffälligenhilfe und Opferschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Die tatsächlichen Einnahmen für Rückflüsse aus zurückzuzahlenden Zuwendungen im Bereich der Förderung der Straffälligenhilfe und des Opferschutzes bei Tit. 119 04 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmegruppe 01 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Die Mittelvergabe bei den Tit. 684 02, 684 06, 684 07, 684 08, 684 09, 684 10, 684 11 MG 01 und Tit. 0903 - 684 01 MG 02 erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2019 bis 2021 vom 20. Dezember 2018 (Amtsbl. Schl.-H. 2019 S. 28 ff.).

533 01	051	Therapie und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter	45,0	30,0
(MG 01)			19,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für therapeutische Versorgung von unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehenden Sexual- und Gewaltstraftätern, bei denen kriminalprognostisch erhöhte Rückfallrisiken bestehen, die im Rahmen der Nachsorge und ambulanten Therapie reduziert werden sollen.

Die Mittel stehen auch für die Erstattung von Fahrt- und Nebenkosten, die den Probanden aus Anlass der Wahrnehmung von Therapie- und Beratungsangeboten entstehen, zur Verfügung.

Weniger aufgrund Anpassung der Veranschlagung an die Ist-Entwicklung (vgl. dazu Förderung bei Tit. 684 09 -MG 01-).

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
684 02 (MG 01)	051	Zuwendungen für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche in Vollzug und Bewährungshilfe sowie für Mitarbeitende im Täter-Opfer-Ausgleich Erläuterungen: Die veranschlagten Mittel dienen der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer sowie ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer im Justizvollzug, der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen "Mediation in Strafsache (Täter-Opfer-Ausgleich)" sowie der Ausrichtung von Fachtagungen zur Fortbildung der vorgenannten Zielgruppen. Seit 2019 werden die vormals aufgrund einzelvertraglicher Regelungen veranschlagten Mittel nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes gewährt.	40,0 16,4	40,0
684 06 (MG 01)	051	Zuwendungen zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe Erläuterungen: Veranschlagt für die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Verfahren gegen Erwachsene und für die Förderung insbesondere der Vermittlung in gemeinnützige Arbeit sowie der Begleitung bei der Ratenzahlung zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen. Mehr zur Anpassung der Veranschlagung an den erwarteten Mittelbedarf und Sicherstellung eines gleichbleibenden Maßnahmenumfanges.	810,0 774,3	830,0
684 07 (MG 01)	051	Maßnahmen für den Opferschutz Erläuterungen: Aufgrund des Inkrafttretens des 3. Opferrechtsreformgesetz, sind im Jahr 2017 große Teile der bisher in Schleswig-Holstein als freiwillige Leistung erbrachten prozessualen Opferbegleitung in eine gesetzliche Leistung überführt worden (Diese Leistungen werden bei den sog. Auslagen in Rechtssachen vergütet, vgl. Tit. 526 18). Veranschlagt an dieser Stelle ist der Teil der prozessualen Opferbegleitung, der von den Neuregelungen des 3. Opferrechtsreformgesetzes nicht erfasst wird. Ziel der aus diesem Titel gewährten Zuwendungen ist es, insbesondere in Fällen von häuslicher Gewalt, Stalking und in Härtefällen, in denen jeweils keine gerichtliche Beordnung erfolgt, die psychosoziale Prozessbegleitung sicherzustellen. Erhöhung der Veranschlagung in 2019 für die Berücksichtigung von den im Zusammenhang mit der Leistungserbringung einzelfallabhängigen Kosten, wie zum Beispiel Kosten für Supervisionen, Fortbildungen sowie Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit.	65,0 42,7	65,0
684 08 (MG 01)	051	Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege und anderer Angebote freier Träger Erläuterungen: Veranschlagt für die Förderung von justiziell angeordneten Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege. Mehr zur Anpassung der Veranschlagung an den gestiegenen Mittelbedarf und Sicherstellung eines gleichbleibenden Maßnahmenumfanges.	330,0 343,4	340,0
684 09 (MG 01)	051	Förderung von Therapie- und Beratungsangeboten für Sexual- und Gewaltstraftäter Erläuterungen: Veranschlagt für die Förderung ambulanter Therapie-, Trainings- und Beratungsangebote für jugendliche und erwachsene Sexual- und Gewaltstraftäter inkl. KIK (häusliche Gewalt). In 2019 Erhöhung der Veranschlagung u.a. aufgrund gestiegenem Therapie- und Beratungsbedarf insbesondere im Bereich der Forensischen Ambulanzen sowie im Zusammenhang mit fachlichen Standardisierungsprozessen bzw. der Schaffung einer verantwortbaren Fallbelastung in den forensischen Ambulanzen. Mehr in 2020 zur Anpassung der Veranschlagung an den erwartet steigenden Mittelbedarf, u.a. auch zur Sicherstellung der nahtlosen Intensivbetreuung von auf Grundlage des § 2 des Staatsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und der Therapieunterbringung nach Schleswig-Holstein entlassenen Sicherungsverwahrten mit hohem Gefährdungspotenzial durch die Forensischen Ambulanzen (vgl. dazu auch Tit. 533 05).	870,0 807,2	955,0
684 10 (MG 01)	051	Fortentwicklung und Koordinierung der Straffälligenhilfe Erläuterungen: Veranschlagt für die Fortentwicklung und Koordinierung von Maßnahmen der sozialen Strafrechtspflege, der Straffälligenhilfe und der Opferhilfe durch den Schleswig-Holsteinischen Verband für soziale Strafrechtspflege e.V. (Landesverband Straffälligenhilfe). Mehr zur Anpassung der Veranschlagung an den gestiegenen Mittelbedarf und Sicherstellung eines gleichbleibenden Leistungsumfanges.	40,0 58,3	50,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
684 11 (MG 01)	051	Ambulante Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und anderer Angehöriger Inhaftierter Erläuterungen: § 3 Abs. 6 i.V.m. § 24 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG) normiert familienunterstützende Maßnahmen des Justizvollzugs. Vom Standpunkt der Opferorientierung aus gesehen, aber auch zur Unterstützung der vollzuglichen Resozialisierungsanstrengungen, ist eine komplementäre Arbeit im ambulanten Bereich angezeigt. Analog zu den bereits in anderen Bundesländern bestehenden Maßnahmen werden aus den veranschlagten Mitteln u.a. kurzzeitpädagogische Ferienmaßnahmen für Kinder Inhaftierter sowie die flächendeckende, aufsuchende Arbeit mit Kindern und anderen Angehörigen Inhaftierter in Schleswig-Holstein gefördert. Mehr zur Anpassung der Veranschlagung an den gestiegenen Mittelbedarf und Sicherstellung eines gleichbleibenden Maßnahmenumfanges.	100,0 90,2	105,0
685 02 (MG 01)	051	Kampagne zur Bekanntmachung der Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder Erläuterungen: Die Finanzierung des bisher aus Landesmitteln geförderten Projektes zur Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder, dass sich an dem Projekt "Kein Täter werden" der Berliner Charité orientierte, ist im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) in die Zuständigkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung übergegangen und wird seit 2018 in dortiger Verantwortung weitergeführt. Seit 2019 wird ein Teil der bisher hierfür veranschlagten Landesmittel für eine Kampagne zur Verbesserung der Bekanntheit des Projektes eingesetzt und trägt damit zur weiteren Verbesserung der Prävention bei. In 2020 Reduzierung der Veranschlagung wegen geringerer Kosten für die Fortführung für der Kampagne.	100,0	75,0
Summe der Maßnahmegruppe 01			2.400,0 2.151,8	2.490,0
06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
525 11 (MG 06)	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.	15,0 21,2	15,0
533 14 (MG 06)	051	Beratung und Betreuung "Neue Steuerungsinstrumente" Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für den Betreuungsaufwand bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie die Kosten für die Unterstützung beim Aufbau und Erhalt einer landesweiten Datenbank für die Einführung eines kennzahlengestützten Justizinformationssystems.	7,8 0,9	7,8
Summe der Maßnahmegruppe 06			22,8 22,1	22,8
Summe der Ausgaben			270.841,1 268.013,3	273.058,4

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019 Ist 2018	Soll 2020
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	152.973,8 154.893,4	154.250,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 77,3	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 25,1	0,0
Gesamteinnahmen			152.973,8 154.995,8	154.250,0
41 - 49		Personalausgaben	135.966,7 154.917,0	136.381,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	123.302,6 106.605,6	124.548,7
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	10.817,8 5.705,0	11.372,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	754,0 656,3	755,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 129,4	0,0
Gesamtausgaben			270.841,1 268.013,3	273.058,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-117.867,3 -113.017,5	-118.808,4

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Das Kapitel 09 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen
- 02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. der MG 01 und MG 02 verwendet werden.

Einnahmen

111 02	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	100,0	110,0
			105,6	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.
Für Haftkostenbeiträge der Gefangenen gem. § 78 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG).
Anpassung der Veranschlagung wegen höherer Einnahmen durch die gestiegene Zahl von Gefangenen die sich in einem Beschäftigungsverhältnis befinden.

111 03	056	Beteiligung der Gefangenen an besonderen Aufwendungen im Vollzug	40,0	40,0
			27,3	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.
Die Gefangenen haben eine Energiekostenpauschale für das Betreiben privater elektrischer Geräte zu zahlen, wenn der Gebrauch über einen festgelegten Grundbedarf hinausgeht.

119 02	056	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2,0	2,0
			1,2	

119 04	056	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschl. Zinsen	0,0	0,0
			11,8	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Einnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 und der MG 02 verwendet werden.

119 99	056	Vermischte Einnahmen	20,0	30,0
			29,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt u.a. für Schadensersatzleistungen Gefangener, Erstattungen der Gefangenen für positive Drogenkontrollen, Nutzungsentgelte der Gefangenen für Leihgeräte sowie für die Erstattung von Gefangenentransportkosten in Einzelfällen.
Mehr Anpassung der Veranschlagung an die Ist-Entwicklung.

124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	28,0	28,0
			18,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung:

	2020
	T€
1. von Gebäuden und Räumlichkeiten	12,0
2. von 3 Landesmietwohnungen	16,0
Summe	28,0

Mindereinnahmen in 2018 aufgrund eines vorübergehenden Leerstandes einer Landesmietwohnung durch mieterseitige Beendigung des Mietverhältnisses.

125 01	056	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	25,0	25,0
			17,4	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 verwendet werden.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
125 02	056	Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben	1.500,0 1.420,2	1.500,0
		Erläuterungen: Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 01 verwendet werden.		
132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0 3,4	10,0
		Erläuterungen: Vgl. Veranschlagung bei Tit. 811 01, 811 02 (MG 01) und 811 03 (MG 02).		
232 01	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	0,0 45,0	45,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Kostenerstattungen anderer Länder für die vorübergehende Unterbringung inhaftierter Personen in schleswig-holsteinischen Justizvollzugsanstalten sowie für Kostenerstattungen im Zusammenhang mit der Überführung von Gefangenen in Anstalten anderer Länder. Die Veranschlagung orientiert sich an der Ist-Entwicklung der Vorjahre. Die künftige Nutzung von Haftplätzen durch andere Länder steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit in den schleswig-holsteinischen Justizvollzugsanstalten.		
232 02	056	Erstattungen anderer Länder für die Unterbringung von Gefangenen in der psychiatrischen Tagesklinik der Justizvollzugsanstalt Neumünster	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der MG 02 zur Verfügung. Seit dem 01.10.2016 wird in der Justizvollzugsanstalt Neumünster gemeinsam mit dem ZIP-Zentrum für Integrative Psychiatrie als externem Dienstleister eine psychiatrische Abteilung (Tagesklinik) betrieben (vgl. dazu Tit. 533 13 -MG 02-). Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Vereinnahmung von Erstattungen für die Unterbringung von Gefangenen aus anderen Ländern in der Tagesklinik.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
359 02	851	Entnahme aus der Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vgl. Vermerk der MG 01 sowie Tit. 919 02 (MG 01).		
359 03	851	Entnahme aus der Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vgl. Vermerk der MG 02 sowie Tit. 919 03 (MG 02).		
Summe der Einnahmen			1.725,0 1.680,3	1.790,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	32.390,1	32.584,4
			34.107,0	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Vorzubehalten in Höhe von 100,0 T€ für Personalkosten im Bereich der Abschiebehafteinrichtungen.

Erläuterungen:

Die Veranschlagung berücksichtigt die Umsetzung von drei Planstellen in das Ministerium (vgl. Stellenplan zu Tit. 09 01 - 422 01). Darüber hinaus mehr für zusätzliche Planstellen im Zusammenhang mit der Konzeption und Einführung der elektronischen Gefangenenpersonalakte (eGPA) und der Einführung der elektronischen Verwaltungsakte im Justizvollzug. Weiterhin mehr für zusätzlichen Stellenbedarf im Zusammenhang mit der Bildung eines Ärztepools für die Justizvollzugsanstalten, zur Umsetzung des Beförderungspaketes und weitere personalentwickelnde Verbesserungen der Stellenausstattung.

422 03	056	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs-	2.026,6	2.026,6
		dienst	1.309,3	

427 01	056	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

427 05	056	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	40,0	40,0
			13,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der beiden vorhandenen Stellen für Praktikanten/-innen auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.310,1	5.310,1
			7.807,9	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

443 03	056	Schutzimpfungen	6,0	6,0
			7,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Hepatitischutzimpfungen der Bediensteten der medizinischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten, für die jährliche Gripeschutzimpfung sowie für die Hepatitis A/B-Schutzimpfungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst bei Justizvollzugsanstalten.

453 01	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	80,0	130,0
			106,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2020
				T€
1.		Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		67,5
2.		Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		7,5
3.		Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst		55,0
		Summe		130,0

Mehr aufgrund Anpassung der Veranschlagung an die gestiegenen Kosten u.a. infolge des Anstiegs der Zahl der im Rahmen des Führungskräfteentwicklungsprogrammes abgeordneten Mitarbeiter/-innen sowie für die erhöhte Zahl von Abordnungen im Zusammenhang mit der durch die Baumaßnahmen im Justizvollzug weiterhin erforderliche Verlegung von Gefangenen an andere Vollzugsstandorte (zu 1.). Darüber hinaus Mehrausgaben auch für Trennungsgelder für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst durch Ausweitung der Ausbildungskapazitäten und Umzug der Justizvollzugsschule in Neumünster in eine neu angemietete Liegenschaft mit dem Erfordernis der Bereitstellung separater Unterkunftsmöglichkeiten (zu 3.).

511 01	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	340,0	340,0
			289,6	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Büromaterial	70,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	20,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	0,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	45,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten und Mobiliar	80,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten und Mobiliar	90,0
7.	Unterhaltung von Geräten	20,0
8.	Sonstiges	15,0
Summe		340,0

Minderbedarf in 2018, darüber hinaus unveränderter Bedarf in den Folgejahren.

511 02	056	Sicherheitsanlagen	180,0	150,0
			110,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Ersatzbeschaffung von Geräten	40,0
2.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	30,0
3.	Unterhaltung von Geräten	80,0
Summe		150,0

Anpassung der Veranschlagung an die Ist-Entwicklung. Darüber hinaus berücksichtigt der Bedarf die Notwendigkeit auch auf nicht planbare Ausfälle von Sicherheitsanlagen im Justizvollzug reagieren zu können.

514 01	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	425,0	425,0
			408,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	200,0
2.	Dienst- und Schutzkleidung	225,0
Summe		425,0

Die Kosten für die Dienstfahrzeuge des Justizvollzugs sind zentral bei Tit. 514 01 veranschlagt.

Ab 2019 mehr wegen Anhebung des Dienstkleidungszuschusses gem. Dienstkleidungsordnung für den Justizdienst des Landes Schleswig-Holstein (Dienstkleidungsordnung - DKLO -) [vgl. Pos. 2.].

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 514 01

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen des Justizvollzuges	Soll 2019	Soll 2020	Tatsächlicher Bestand 01.02.2019
1.	Kraftfahrzeuge für Selbstfahrer/-innen			
1.1	Personenbeförderung (Pkw)	4	4	4
1.2	Lastenbeförderung (u.a. Brot- und Essenswagen MB-Sprinter)	6	6	6
1.3	Lastenbeförderung (Lkw / Vario-Kipper)	1	1	1
2.	Gefangenentransportfahrzeuge			
2.1	Gefangenentransportwagen (Pkw)	9	9	9
2.2	Gefangenentransportwagen (Kleinbusse)	26	26	26
2.3	Gefangenentransportbusse (Omnibusse)	2	2	2
3.	Landwirtschaftliche Fahrzeuge			
3.1	Kommunaltraktoren (z.B. für Schneeräumung)	5	5	5
3.2	Zugmaschinen (Traktoren/Ackerschlepper für die Bearbeitung von Freiflächen)	3	3	3
4.	Anhänger	8	8	8
	Summe	64	64	64

Aus Aussonderungskontingenten des MILI und Beschlagnahmungen der Staatsanwaltschaften vorhandene Fahrzeuge werden im Fahrzeugbestand nicht mit ausgewiesen.

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	260,0 246,5	235,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------

25,0 T€ umgesetzt nach Tit. 1220 - 517 91.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für das Kap. 0903 u.a. die Kosten für Reinigungsmittel und Wasser-/Abwasserproben. Mit dem HH 2020 übernimmt die GMSH die Aufgabe der Schädlingsbekämpfung und die zur Sicherung der Verkehrspflicht notwendigen Baumkontroll- und Baumpflegearbeiten in den Justizvollzugsanstalten. Für diesen Zweck werden 25,0 T€ in den Epl. 12 übertragen. Darüber hinaus unveränderter Bedarf.

518 02	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	27,0 25,6	27,0
--------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

525 01	056	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	120,0 100,8	190,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2020 T€
1.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1	60,0
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2	100,0
3.	Unterrichtsentschädigungen / Reisekosten / Sonstiges	30,0
	Summe	190,0

Mehr in 2020 wegen steigender Kostenerstattungen an die Fachhochschule Bad Münstereifel für die Ausbildung der Anwärter/-innen der Laufbahngruppe 2.1 (Vollzugs- und Verwaltungsdienst in den Justizvollzugsanstalten; vgl. 1) sowie für die Ausweitung der Ausbildung der Anwärter/-innen der Laufbahngruppe 1.2 nach Umzug in die neue Liegenschaft der Justizvollzugschule in Neumünster (Allgemeiner Vollzugsdienst oder Werkdienst; vgl. 2). Darüber hinaus mehr für die aufgrund des gestiegenen Ausbildungsumfanges höheren Kosten für Reisekostenerstattungen (vgl. 3).

525 02	056	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	290,0 254,2	340,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2020
		T€
1.	Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg	40,0
2.	Verpflichtende Fortbildungen für die Bereiche des medizinischen Dienstes und der Werkbetriebsveranstaltungen	60,0
3.	Übrige externe Fortbildungen	80,0
4.	Fortbildung für Aufsteigerinnen und Aufsteiger	10,0
5.	Reisekosten	10,0
6.	Durchführung von Schießübungen	20,0
7.	Gesundheitsmanagement	100,0
8.	Supervisionen	20,0
Summe		340,0

Mehr zur Verbesserung der beruflichen Qualifizierung der in den Krankenstationen der Justizvollzugsanstalten eingesetzten nicht-ärztlichen Mitarbeiter/-innen sowie zur Fortbildung der im psychologischen Dienst, in den Sozialtherapien und in der psychiatrischen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Neumünster (Tagesklinik) eingesetzten Psychologen/-innen.

525 03	056	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	2,0 0,9	2,0
526 03	056	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	3,0 0,9	3,0

Erläuterungen:

Veranschlagt für Entschädigungen und Reisekosten der Mitglieder von Beiräten bei den Justizvollzugsanstalten (§ 143 LStVollzG).

526 05	056	Ärztliche Untersuchungen	30,0 19,6	30,0
--------	-----	---------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen sowie für probatorische Sitzungen (Erstbehandlungssitzungen) bei Psychotherapeuten im Rahmen der Soforthilfe als Unterstützungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in beruflichem Zusammenhang Opfer von Gewalttaten werden oder einer besonders belastenden Situation ausgesetzt waren. (Ohne Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02).

527 01	056	Dienstreisen	35,0 28,8	35,0
--------	-----	---------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Reisekosten in Inlandsdienstreisen	35,0
2.	Reisekosten in Auslandsdienstreisen	0,0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0,0
Summe		35,0

Die Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) sind für die Kapitel 0901 - 0909 zentral im Kap. 0902 bei Tit. 527 01 veranschlagt.

533 01	056	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung	145,0 97,2	145,0
--------	-----	---	----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Baustellen in den Justizvollzugsanstalten. Der tatsächliche Mittelabfluss wird durch die Umsetzung der Bauphasen und den Baufortschritt in den jeweils von Umbaumaßnahmen betroffenen Justizvollzugsanstalten bestimmt. Unabhängig von Schwankungen bzw. unterjährigen Minderbedarfen beim Mittelabfluss besteht der Mittelbedarf auch im HH 2020 in unveränderter Höhe fort.

533 02	011	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte sowie für Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements	150,0 98,2	130,0
--------	-----	---	----------------------	--------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 533 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz für die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (ohne arbeitende Gefangene; vgl. Tit. 533 08 -MG 01-) sowie für externe Fachkräfte zur Implementierung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung. Darüber hinaus berücksichtigt der künftige Mittelbedarf steigende Ausgaben aufgrund der Wiederbesetzung von vakanten Stellen im betriebsärztlichen Dienst und den erwartet höheren Betreuungsaufwand infolge des Personalaufwuchses der vergangenen Jahre.

533 03	056	Evaluation der Umsetzung von Strafvollzugsgesetzen	50,0	50,0
			5,3	

Erläuterungen:

Die Umsetzung von Justizvollzugsgesetzen und der damit verbundenen Leitlinien soll regelmäßig wissenschaftlich begleitet und erforscht werden (Evaluation). Veranschlagt für die andauernde Beteiligung an der länderübergreifenden Evaluation des Jugendstrafvollzuges (§ 97 JStVollzG) und die landesspezifische Evaluation des Erwachsenenstrafvollzuges (§ 125 LStVollzG). Minderausgaben in 2018 aufgrund der noch nicht begonnenen Evaluation des Erwachsenenstrafvollzuges. Für die vollumfängliche Evaluation der beiden genannten Gesetze besteht der Mittelbedarf in unveränderter Höhe fort.

533 99	056	Leistungsentgelte an die GMSH	11,0	11,0
			11,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher Anlagen und Betriebsmittel. Die alle zwei Jahre stattfindende Überprüfung erfolgt im jährlichen Wechsel der betroffenen Justizvollzugsanstalten.

546 99	056	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	50,0	100,0
			67,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen		1,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		50,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		1,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben (Darunter Ausgaben für Nachwuchskräftewerbung)		48,0
Summe			100,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

Anpassung der Veranschlagung an den gestiegenen Mittelbedarf. Mehrbedarfe stehen insbesondere im Zusammenhang mit der hohen Anzahl durchzuführender Stellenbesetzungsverfahren (u.a. in Folge des Anstiegs der Altersabgänge, der Besetzung neuer Planstellen und Stellen insbesondere zur Nachwuchskräftegewinnung im Rahmen der Ausbildungsinitiative des Landes). Darüber hinaus berücksichtigt der gestiegene Mittelbedarf auch die höheren Ausschreibungskosten durch Preissteigerungen für die erforderlichen Zeitungsannoncen sowie die Kosten für die aktive Nachwuchskräftewerbung auf einschlägigen Messen, Karrierenetzwerken etc.

632 04	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug der Sicherungsverwahrung	955,0	1.000,0
			836,0	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0902 - 533 05 und Tit. 0903 - 632 07 (MG 02).

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterbringung der schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten in anderen Ländern (vgl. dazu Staatsvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und Therapieunterbringung - Gesetz vom 15. Mai 2013, GVBl. Schl.-H. S. 200).

Der Tagessatz für die Unterbringung der Schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten ist auf Grundlage der nach § 6 des Staatsvertrages zwischen Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg getroffenen Verwaltungsvereinbarung alle zwei Jahre zu überprüfen und für die folgenden beiden Jahre festzulegen. Mehr in 2020 wegen erwartet höheren Kosten aufgrund Anpassung des Tagessatzes.

671 04	056	Zuschüsse zu Versorgungskassenbeiträgen	0,0	0,0
			43,9	

Künftig wegfallend.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 671 04

Erläuterungen:

Mit dem HH 2018 sind die bei diesem Titel veranschlagten Mittel nach Tit. 533 10 (MG 02) übertragen worden, da zwei bisher von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) beurlaubte und vom Land Schleswig-Holstein als Beamte/-innen auf Widerruf eingestellte Pastoren/-innen künftig in Pfarstellenträgerschaft durch die Nordkirche beschäftigt werden. Die Erstattung der Personalkosten inklusive der hier ursprünglich veranschlagten Versorgungskassenbeiträge erfolgt künftig zentral aus Tit. 533 10 (MG 02).

Durch Verzögerungen bei der Umsetzung der vertraglichen Gestaltung der künftigen Beziehungen zur Nordkirche, waren in 2018 noch auf Grundlage der bisherigen vertraglichen Gestaltung die Versorgungskassenbeiträge in Höhe von 43,9 T€ aus diesem Titel zu erstatten.

684 02	056	Zuschuss an die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie Hamburg	0,0	30,0
---------------	-----	--	------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt als Anschubfinanzierung für die Konzeptionierung des berufsbegleitenden Masterstudienganges für Resozialisierung und Kriminologie durch die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie in Hamburg. Ziel ist die Implementierung eines weiterbildenden, berufsbegleitenden viersemestrigen Masterstudienganges zur wissenschaftlichen und fachpraktischen Qualifizierung von Fach- und Führungskräften für die Arbeit mit straffällig gewordenen Menschen.

811 01	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	65,0
---------------	-----	------------------------------------	------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2020
			T€
1.	Ersatzbeschaffungen		65,0
1.1	2 Personenkraftwagen (5-Sitzer, z.B. VW-Caddy, VW-Touran) für JVA Neumünster -ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen-		65,0
Summe			65,0

Die Fahrzeuge werden für Fahrten zu Fortbildungsveranstaltungen, Schießübungen und außerörtlichen Terminen der Bediensteten benötigt. Gelegentlich erfolgen - sofern hierfür neutrale Fahrzeuge benötigt werden - auch Ausführungen von Gefangenen, die schwerpunktmäßige Nutzung erfolgt aber weit überwiegend durch das Vollzugpersonal.

812 03	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	175,0	200,0
			67,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind

			2020
			T€
1.	Erstmalige Anschaffungen		45,0
2.	Ersatzbeschaffungen		15,0
3.	Ergänzungsbeschaffungen		140,0
Summe			200,0

Insbesondere veranschlagt für die weitere Ausstattung von Mitarbeiter/-innen der Justizvollzugsanstalten mit Personennotrufgeräten und Sicherheitsausrüstung (Körperschutzanzüge, Schutzhelme- und westen) sowie für die Ausstattung der Büroräume mit ergonomischen Büromöbeln (höhenverstellbare Schreibtische).

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			18,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel des MG 01 und MG 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
01		Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen		
		Mehreinnahmen bei Tit. 119 04, 125 02 und 359 02 dürfen für Mehrausgaben der MG 01 verwendet werden. Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 02.		
511 03	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	225,0	225,0
(MG 01)			174,8	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2020
				T€
		1. Ersatzbeschaffungen von Geräten		75,0
		2. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten		75,0
		3. Unterhaltung von Geräten		75,0
		Summe		225,0
		Die hier veranschlagten Mittel dienen der Ausstattung der Arbeits- und Qualifizierungsbereiche der Justizvollzugsanstalten. Unveränderter Bedarf zur Vermeidung von Einschränkungen bei der Ausbildung, Qualifizierung und des allgemeinen Arbeitseinsatzes von Gefangenen.		
514 03	056	Verbrauchsmittel	1.100,0	1.100,0
(MG 01)			962,5	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		2020
				T€
		1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.050,0
		2. Fremdleistungen (externe Bearbeitung von Rohstoffen, z.B. Verzinken)		50,0
		Summe		1.100,0
		Der Verbrauch von Roh- und Betriebsstoffen bemisst sich auch nach der Zahl der Gefangenen, die für eine ordnungsgemäße Abwicklung von Auftragsarbeiten zur Verfügung stehen. Die Veranschlagung ist daher auch bei ggf. abweichendem Mittelabfluss unverändert beizubehalten.		
533 07	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	150,0	210,0
(MG 01)			188,7	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Vergütungen für Vorträge und Unterricht, besonders für Lehrgänge zur Erlangung des Ersten Allgemeinbildenden Schulabschlusses (ESA), für Sprachkurse und für berufsfördernde Lehrgänge.		
		Mehr in 2020 aufgrund gestiegenem Aufwand bei der Vorbereitung auf den Ersten Allgemeinbildenden Schulabschluss, konkret zur Vermittlung englischer Sprachkenntnisse und für Sprachunterricht "Deutsch als Zweitsprache".		
533 08	056	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten	75,0	75,0
(MG 01)			60,3	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (für die Bediensteten vgl. Tit. 533 02).		
535 01	056	Lehr- und Lernmittel	30,0	30,0
(MG 01)			16,7	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für Lehr- und Lernmittel sowie Kosten für Fernlehrgänge.		
546 01	056	Vermischte Verwaltungsausgaben zur Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen	25,0	25,0
(MG 01)			23,0	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 546 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für Gebühren und Beiträge zu Handwerkskammern und Erzeugerverbänden (z.B. Bio-land) sowie Tierarztkosten (Landesgut Moltsfelde).

632 02 (MG 01)	056	Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Umsetzung der Ergebnisse aus den EQUAL-Projekten "e-LiS" und "BABE" im RESO-Nordverbund	0,0	0,0
--------------------------	-----	--	------------	------------

Weggefallen

681 05 (MG 01)	056	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	3.100,0 3.048,1	3.100,0
--------------------------	-----	---	---------------------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Entgelt gemäß §§ 38 ff. LStVollzG, §§ 57 ff. JStVollzG, § 25 UVollzG		1.500,0
2.	Berufsausbildungsbeihilfe gemäß §§ 37 ff. LStVollzG, §§ 57 ff. JStVollzG, § 25 UVollzG		860,0
3.	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemäß § 341 II SGB III, § 345 Nr. 3 SGB III, § 18 SGB IV, GefangenenbeitragsVO		700,0
4.	Taschengeld für unverschuldet arbeitslose Gefangene gemäß §§ 37 ff. LStVollzG, § 59 JStVollzG, § 25 UVollzG		40,0
Summe			3.100,0

684 04 (MG 01)	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	1.800,0 1.726,8	1.950,0
--------------------------	-----	--	---------------------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2020

Neuverpflichtung insgesamt	1.800
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	1.800
Davon fällig Haushaltsjahr 2022	
Davon fällig Haushaltsjahr 2023	
Davon fällig Haushaltsjahr 2024 ff	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Gefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmanagements. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Eingliederung von Gefangenen durch Arbeit und Qualifizierung (AQUA) vom 18. Oktober 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 992 ff.).

In 2018 Minderausgaben durch einmalig fluktuationsbedingt niedrigere Personalaufwendungen bei den Bildungsträgern (vgl. Tit. 684 05 (MG 01) - Deckung der Mehrausgaben).

Darüber hinaus in 2020 mehr zur Stärkung des Übergangsmanagements durch das zusätzliche Angebot einer arbeitsmarktorientierten Integrationsbegleitung auch im Frauenvollzug. Weiterhin mehr für die Ausweitung der für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration bereits in den Justizvollzugsanstalten Kiel und Neumünster etablierten Beruflichen Ausgangsanalyse und Bildungsbegleitung auch auf den Frauen- und Männervollzug in der Justizvollzugsanstalt Lübeck.

Die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 dient - wie bereits im HH 2018 erfolgt - der zweijährigen Absicherung der Zuwendung zur Sicherstellung der Kontinuität bei den Bildungsmaßnahmen für Gefangene und zur Vermeidung - mindestens aber Reduzierung - von Personalfluktuationen bei den Bildungsträgern.

684 05 (MG 01)	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	545,0 600,0	545,0
--------------------------	-----	---	-----------------------	--------------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 684 05

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2020
Neuverpflichtung insgesamt	545
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	545
Davon fällig Haushaltsjahr 2022	
Davon fällig Haushaltsjahr 2023	
Davon fällig Haushaltsjahr 2024 ff	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen für Maßnahmen der schulischen, berufsvorbereitenden und beruflichen Qualifizierung von Gefangenen der Jugendanstalt Schleswig einschließlich eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmanagements. Die veranschlagten Mittel sind notwendige Kofinanzierungsmittel des Landes im Rahmen des Landesprogramms Arbeit 2014 - 2020 zur Förderung der Berufsvorbereitung und Ausbildung für junge Gefangene (Aktion B 2). Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Aktionen der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung im Rahmen des Landesprogramms Arbeit (Rahmenrichtlinie Prioritätsachse B) vom 31. März 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 254 ff.) i.V.m. ergänzenden Förderkriterien. Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden direkt aus dem Epl. 06 (MWWATT) bewirtschaftet.

Deckung der Mehrausgaben 2018 durch einmalige Minderausgaben bei Tit. 684 04 (MG 02). Darüber hinaus unveränderter Mittelbedarf.

Die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 dient der Absicherung des Landesanteils im Rahmen des Landesprogramms Arbeit auch in der Nachlaufzeit der im Jahr 2020 zu Ende gehenden ESF-Förderperiode mit dem Ziel der Gewährleistung einer nahtlosen Sicherstellung der Kontinuität bei den Bildungsmaßnahmen für Gefangene und der Vermeidung - mindestens aber Reduzierung - von Personalfluktuationen bei den Bildungsträgern.

811 02	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	80,0
(MG 01)			0,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2020
			T€
1.	Ersatzbeschaffungen		
1.1	Lieferfahrzeug (z.B. Mercedes Sprinter) für die Betriebe des Vollzuglichen Arbeitswesens (VAW) der Justizvollzugsanstalt Kiel		80,0
Summe			80,0

Das Fahrzeug wird als Liefer- und Transportfahrzeug für Produkte aus Auftragsarbeiten der Betriebe des Vollzuglichen Arbeitswesens der Justizvollzugsanstalt Kiel benötigt.

812 01	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Arbeitsbetriebe	270,0	300,0
(MG 01)			246,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Erstmalige Beschaffungen		75,0
2.	Ersatzbeschaffungen		200,0
3.	Ergänzungsbeschaffungen		25,0
Summe			300,0

Veranschlagt insbesondere für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Betriebe des Vollzuglichen Arbeitswesens (VAW) in den Justizvollzugsanstalten. Vorgesehen ist u.a. der Erwerb einer Universal Fräs- und Bohrmaschine (JVA Kiel, Schlosserei), einer Drehmaschine (JVA Neumünster, Maschinenbau) sowie eines Zwischengärschranks und einer Brot-Langwirk-Maschine (JVA Neumünster, Bäckerei).

919 02	851	Zuführung an die Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
(MG 01)				

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der MG 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Summe der Maßnahmegruppe 01	7.320,0	7.640,0
	7.048,4	

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen beiden Tit. 111 02, 111 03, 119 04, 125 01, 232 02 und 359 03 dürfen für Mehrausgaben der MG 02 verwendet werden.
Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 01.

511 04	056	Gefangenenbücherei	5,0	5,0
(MG 02)			3,1	

511 05	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	180,0	170,0
(MG 02)			163,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Ersatzbeschaffungen von Geräten		60,0
2.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten		45,0
3.	Unterhaltung von Geräten		30,0
4.	Beschaffungen von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		30,0
5.	Sonstiges		5,0
Summe			170,0

Weniger aufgrund Anpassung an den gesunkenen Mittelbedarf.

514 04	056	Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Körperpflege	2.200,0	2.200,0
(MG 02)			2.069,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2020
			T€
1.	Verpflegung von Gefangenen		1.700,0
2.	Unterbringung, Bekleidung und Körperpflege		500,0
Summe			2.200,0

533 05	056	Übergangswohnen	50,0	0,0
(MG 02)				

Erläuterungen:

Gefangenen kann zur Einübung von Freiheit und eines selbstverantwortlichen Lebens nach der Haftentlassung noch während der Haft ein Probewohnen in Einrichtungen freier Träger zur Vorbereitung auf die Eingliederung ermöglicht werden (Übergangswohnen). Vorsorglich ausgebrachter Titel.

533 09	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	135,0	135,0
(MG 02)			135,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Dolmetscherleistungen		35,0
2.	Extremismusprävention und sonstige Maßnahmen für ausländische Gefangene (z.B. Gesprächsangebote oder religiöse Betreuung)		100,0
Summe			135,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

533 10 056 **Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Friseurinnen und Friseure** **290,0** **425,0**
 (MG 02) 99,2

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Erstattung von Personalkosten nebst Versorgungskassenbeiträgen im Zusammenhang mit der religiösen Betreuung der Gefangenen gem. § 135 Abs. 1 Landesstrafvollzugsgesetz (LStVollzG) und § 43 Abs. 1 Jugendstrafvollzugsgesetz (JStVollzG) durch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) und das Erzbistum Hamburg. Darüber hinaus veranschlagt für die musikalische Begleitung der Messen in den Justizvollzugsanstalten mit Kirchenräumen (Kiel, Lübeck und Neumünster) sowie für Friseurleistungen in allen Anstalten.

Seit 2018 ist in diesem Titel die erforderliche Erstattung von Personalkosten an die Nordkirche für zwei in dortiger Pfarrstellenträgerschaft beschäftigten Pastorinnen und Pastoren im Justizvollzug veranschlagt. Durch Verzögerungen bei der Umsetzung der vertraglichen Gestaltung der künftigen Beziehungen zur Nordkirche hat diese aus diesem Titel in 2018 noch keine Zahlungen erhalten (vgl. auch Erläuterungen zu Tit. 671 04).

Mehr in 2020 durch die künftig erforderliche Erstattung von Personalkosten an die Nordkirche für drei (statt bisher für zwei) in dortiger Pfarrstellenträgerschaft beschäftigte Pastorinnen und Pastoren im Justizvollzug sowie durch Kostensteigerungen für die beiden in Trägerschaft des Erzbistums Hamburg beschäftigten katholischen Seelsorger.

533 11 056 **Gesundheitsfürsorge für Gefangene** **2.800,0** **2.700,0**
 (MG 02) 2.790,2

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2020
	T€
1. Vergütungen für Ärztinnen und Ärzte	100,0
2. Zahnärztliche Leistungen einschl. Zahnersatz und Zahnkronen	250,0
3. Fachärztliche, ambulante und stationäre Untersuchungen und Behandlungen sowie Röntgenaufnahmen	830,0
4. Physikalisch-medizinische Leistungen (Massagen, Krankengymnastik, Wärmebehandlungen, Inhalationen pp.)	55,0
5. Arzneimittel, Verbandsmittel, Krankenpflegeartikel, Heil- und Hilfsmittel	1.300,0
6. Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel, Brillen	45,0
7. Laboruntersuchungen	75,0
8. Krankentransporte	45,0
Summe	2.700,0

Gemäß §§ 79 ff. LStVollzG ist für die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen zu sorgen. Der Anspruch erstreckt sich auf die ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie die Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln. Art und Umfang der Leistungen richten sich nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches zur gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) und den dazu getroffenen Regelungen. Absenkung der Veranschlagung zur Gegenfinanzierung der Mehrbedarfe für die Bildung eines "Ärztepools" für alle Justizvollzugsanstalten (vgl. Erläuterungen und Stellenplan zu Tit. 0903 - 422 01).

533 12 056 **Für Therapiemaßnahmen, für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung sowie für Familienorientierung im Vollzug** **1.475,0** **1.475,0**
 (MG 02) 1.427,4

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit durch Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter, für die Prävention bzgl. Eigentumsdelikten durch Schuldnerberatung und Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck und in der Jugendanstalt Schleswig sowie für die Familienberatung im Bereich des familienorientierten Vollzuges. Die Veranschlagung berücksichtigt auch den erhöhten Betreuungsaufwand für die gemäß § 62a des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) in der Justizvollzugsanstalt Neumünster getrennt von den übrigen Strafgefangenen unterzubringenden Abschiebungsgefangenen mit erheblichem Gefährdungspotenzial (sog. Gefährder).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 533 12

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter	510,0
2.	Gutachten	175,0
3.	Schuldnerberatungen	150,0
4.	Beratung drogenabhängiger Gefangener	390,0
5.	Familienorientierung im Vollzug	100,0
6.	Sonstige Angebote u.a. Anti-Agressionstraining	150,0
Summe		1.475,0

533 13	056	Stationäre Versorgung und Behandlung psychiatrisch erkrankter Gefangener	1.700,0	1.400,0
(MG 02)			1.181,0	

Erläuterungen:

Die Zahl psychiatrisch erkrankter Gefangener steigt in den Justizvollzugsanstalten des Landes stetig an. Psychiatrisch erkrankte Gefangene können seit dem 01.10.2016 in der psychiatrischen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Neumünster teilstationär behandelt werden. Die psychiatrische Abteilung wird gemeinsam mit dem ZIP-Zentrum für Integrative Psychiatrie als externem Dienstleister betrieben. Soweit eine teilstationäre Behandlung aufgrund des akuten Krankheitsbildes nicht ausreichend ist, kann eine Verlegung in den Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig mit dortiger vollstationärer Versorgung und Behandlung erfolgen.

Veranschlagt für:

		2020
		T€
1.	Teilstationäre Versorgung und Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen in der psychiatrischen Abteilung in der Justizvollzugsanstalt Neumünster (Tagesklinik)	1.200,0
2.	Vollstationäre Versorgung und Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig	200,0
Summe		1.400,0

Der zu Pos. 1. veranschlagte Betrag berücksichtigt auch die Kosten für die wissenschaftliche Begleitforschung (Evaluation) zu den angewandten Therapiemaßnahmen.

Minderausgaben in 2018, insbesondere weil die vollstationäre Versorgung und Behandlung von psychiatrisch erkrankten Gefangenen im Maßregelvollzug der Helios Fachklinik in Schleswig aufgrund dortiger Belegung mit Verurteilten nach §§ 63, 64 StGB (psychisch kranke / suchtkranke Straftäter) nur in begrenztem Umfang möglich war (vgl. dazu auch Erhöhung der Veranschlagung bei Tit. 632 07 -MG 02-).

In 2020 weniger aufgrund der weiterhin erwarteten begrenzten Belegungsmöglichkeiten in der Helios Fachklinik.

535 02	056	Für Sportangebote und Freizeitgestaltung	190,0	190,0
(MG 02)			95,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die zur Durchführung von Behandlungs- und Gesundheitssport, Freizeitmaßnahmen und kultureller Angebote erforderlichen Fachleistungsstunden. Darüber hinaus vorgesehen für die Beschaffung von Werk- und Bastelmaterialien, Tages- und Anstaltszeitungen.

546 02	056	Vermischte Verwaltungsausgaben zur Versorgung und Behandlung von Gefangenen	0,0	20,0
(MG 02)				

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. Ausgaben im Zusammenhang mit der Ausrichtung von familienorientierten Veranstaltungen und Festen innerhalb der Justizvollzugsanstalten (z.B. Miete für Stehtische, Sitzgarnituren, Pagodenzelte etc.).

632 07	056	Zuweisungen an andere Länder für die stationäre Behandlung erkrankter Gefangener in Anstalten anderer Verwaltungen	250,0	350,0
(MG 02)			305,5	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 632 07

Erläuterungen:

Aufgrund eines nach § 80 Abs. 1 des Landestrafvollzugsgesetzes (LStVollzG) mit Hamburg geschlossenen Staatsvertrages und mit weiteren Ländern geschlossenen Einzelverträgen zur Erbringung der nach den §§ 79 ff. LStVollzG vorgeschriebenen Leistungen veranschlagt für die Unterbringung von:

		2020
		T€
1.	Gefangenen im Zentralkrankenhaus Hamburg	175,0
2.	Gefangenen in Pflegeeinrichtungen oder Vollzugskrankenhäusern anderer Länder	175,0
Summe		350,0

Die Veranschlagung berücksichtigt mit Blick auf die Behandlungsverpflichtung auch die Notwendigkeit akuter und kostspieliger Behandlungen und basiert neben einer kalkulatorischen Einschätzung der Belegung anderer Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen auch auf nicht in den Tageshaftkostensätzen enthaltenen Behandlungskosten.

Mehrausgaben in 2018, u.a. da aufgrund der Belegung des Maßregelvollzuges der Helios Fachklinik in Schleswig mit Verurteilten nach §§ 63, 64 StGB (psychisch kranke / suchtkranke Straftäter) eine dortige Unterbringung mit psychiatrisch erkrankten Gefangenen nur in begrenztem Umfang möglich war (vgl. dazu Minderausgaben bei Tit. 533 13 -MG 02-).

In 2020 mehr wegen Anpassung der Veranschlagung an den aufgrund der weiterhin erwarteten begrenzten Belegungsmöglichkeiten in der Helios Fachklinik gestiegenen Bedarf für die Unterbringung psychiatrisch erkrankter Gefangener in anderen Ländern.

632 08	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung	126,0	126,0
(MG 02)			53,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt aufgrund einer nach § 142 Abs. 2 LStVollzG (Vollzugsgemeinschaft) geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen für die Unterbringung von:

		2020
		T€
1.	Jungen weiblichen Gefangenen in Vechta (Niedersachsen)	42,0
2.	Weiblichen Gefangenen in der sozialtherapeutischen Einrichtung Alfeld (Niedersachsen)	84,0
Summe		126,0

Die Veranschlagung bezieht sich auf die Vorhaltung jeweils nur eines ganzjährig finanzierten Haftplatzes in Vechta und Alfeld. Unabhängig von der Ist-Belastung des Titels ist die Veranschlagung daher mit Blick auf die vollzuglichen Anforderungen unverändert beizubehalten.

681 06	056	Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug	10,0	10,0
(MG 02)			4,2	

681 07	056	Entlassungshilfen für Gefangene	15,0	15,0
(MG 02)			10,4	

Erläuterungen:

Nach § 60 Abs. 4 LStVollzG und § 21 Abs. 2 JStVollzG erhalten bedürftige entlassene Gefangene Reisekostenzuschüsse, Entlassungsbekleidung oder sonstige notwendige Unterstützung.

681 08	056	Entschädigungen an Gefangene und an Hinterbliebene von Gefangenen wegen eines während der Haft erlittenen Unfalls	0,5	0,5
(MG 02)				

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Entschädigungen, die sich im Falle eines Anspruches auf Amtshaftung nach § 839 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. Art. 34 des Grundgesetzes (GG) ergeben.

681 09	056	Auslagererstattungen für Ehrenamtliche im Straffälligenbereich	10,0	10,0
(MG 02)			2,8	

Erläuterungen:

Gemäß Allgemeinverfügung (AV) des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa vom 18.07.2007 - II 202 / 4400 - 228 SH - (SchIHA S. 369) zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 12.11.2015 (SchIHA S. 490) u.a. veranschlagt für Erstattungen von Fahrtkosten und sonstigen Auslagen der ehrenamtlich im Vollzug tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Veranschlagung berücksichtigt den rechnerischen Anspruch auf Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach Ziff. 10 der o.a. AV. Der tatsächlichen Mittelabfluss kann geringer ausfallen, da nicht alle Anspruchsberechtigten den Anspruch auch geltend machen.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
684 01	056	Förderung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Justizvollzug	30,0	30,0
(MG 02)			22,1	
Erläuterungen:				
Nach § 4 Abs. 3 JAVollzG und § 21 LStVollzG besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs -sog. Restorative Justice Maßnahmen- innerhalb des Justizvollzuges.				
Veranschlagt für tatusgleichende Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs sowie der Restorative Justice in Strafverfahren und nach der Verurteilung bei Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen; insbesondere für Opfer-Empathie-Trainings (OET).				
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2019 bis 2021 vom 20. Dezember 2018 (Amtsbl. Schl.-H. 2019 S. 28 ff.)				
811 03	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	40,0	175,0
(MG 02)			167,9	
Erläuterungen:				
Veranschlagt für:				
				2020
				T€
1. Ersatzbeschaffungen				
1.1 1 Gefangenentransportwagen -Kabinenfahrzeug- für die Justizvollzugsanstalt Kiel (Kleinbus mit Einbau von Einzel- und Doppelkabinen)				175,0
Summe				175,0
Das Gefangenentransportfahrzeug wird insbesondere genutzt, um Vorführungen von Gefangenen bei Gerichten durchzuführen. Aufgrund der immer häufiger notwendigen Trennungsgesuche von Gefangenen ist ein umfangreicher Kabinenausbau im Fahrzeug erforderlich.				
812 02	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	680,0	115,0
(MG 02)			193,6	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2020
				T€
1. Erstmalige Beschaffungen				10,0
2. Ersatzbeschaffungen				65,0
3. Ergänzungsbeschaffungen				40,0
Summe				115,0
Veranschlagt u.a. für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen im Zusammenhang mit der Versorgung und Behandlung von Gefangenen. Vorgesehen ist u.a. der Erwerb von Spezialmatratzen für die Sicherheitsabteilung der JVA Lübeck, von Küchenausstattungen (Spültisch, Warmhaltethermen etc.) für die Anstaltsküchen in Lübeck, Kiel und Neumünster sowie einer Industriegeschirrspülmaschine für die JVA Flensburg.				
In 2019 wurden einmalig 500,0 T€ aus dem Landesinfrastrukturprogramm 2019 aufgrund der Neukonzeption der Sport- und Freizeitangebote für Gefangene in den Justizvollzugsanstalten des Landes zur Verfügung gestellt.				
919 03	851	Zuführung an die Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
(MG 02)				
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der MG 02 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Summe der Maßnahmegruppe 02			10.186,5	9.551,5
			8.725,3	
Summe der Ausgaben			60.607,3	60.796,6
			61.855,3	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.725,0 1.635,3	1.745,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 45,0	45,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.725,0 1.680,3	1.790,0
41 - 49		Personalausgaben	39.852,8 43.351,4	40.097,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	12.748,0 11.155,9	12.598,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.841,5 6.653,5	7.166,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.165,0 676,5	935,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 18,0	0,0
Gesamtausgaben			60.607,3 61.855,3	60.796,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-58.882,3 -60.175,0	-59.006,6

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0904 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.200,0	1.200,0
			1.240,1	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	3,0	3,0
			2,4	
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.203,0	1.203,0
			1.242,5	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	45,0	45,0
			27,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222), und die Kosten für Mitgliederinnen und Mitglieder der Berufsgerichte gemäß § 59 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit für die Heilberufe (HBKG) vom 29. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.01.2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 30).
Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

Veranschlagt für:

	2020
	T€
1. die Verwaltungsgerichtsbarkeit	35,0
2. Berufsgerichte für die Heilberufe	10,0
Summe	45,0

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.715,8	5.720,7
			5.443,3	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	5,0	5,0
			23,4	

Erläuterungen:

Für die Kosten des Vorbereitungsdienstes einer Justizoberwachtmeisteranwärterin / eines Justizoberwachtmeisteranwärters (Anw. LG 1.1).

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.842,5	1.992,5
			2.108,5	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung von drei Stellen aus dem Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht in die bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht eingerichtete gemeinsame IT-Stelle der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit (GeFa).

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	6,0	6,0
			3,1	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	330,0	330,0
			236,6	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Büromaterial	80,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	93,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	120,0
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	25,0
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	3,0
7.	Unterhaltung von Geräten	2,0
8.	Sonstiges	5,0
Summe		330,0

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	11,0	11,0
			8,7	

Erläuterungen:

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2019	Soll 2020	Tatsächlicher Bestand 01.02.2019
1.	Kleintransporter	1	1	1
2.	Selbstfahrer-Pkw	2	2	2
Summe		3	3	3

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	28,0	28,0
			19,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	5,0	5,0
			4,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 2 (Vorjahr 2) geleaste Fahrzeuge.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	12,0	15,0
			14,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z. B. Deutsche Richterakademie, Nordverbund, Komma, OLG Schleswig u. ä.)	12,0
2.	Inhouse-Schulungen (z. B. Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Serviceeinheiten, Fortbildung für Verwaltungsrichterrinnen und -richter zu aktuellen Themen u. ä.)	2,0
3.	Gesundheitsmanagement	1,0
Summe		15,0

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0	0,0
---------------	------------	--	------------	------------

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 526 03

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
			1,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	750,0	750,0
			755,1	

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

	2020
	T€
1. Prozesskostenhilfe	400,0
2. Zeugenentschädigungen	5,0
3. Sachverständige und Dolmetscherkosten in Asylverfahren	340,0
4. Sonstige Auslagen in Rechtssachen	5,0
Summe	750,0

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	2,0	2,0
			1,2	

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0	5,5
			5,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet alle zwei Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0	1,0
			2,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2020
	T€
1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0,0
2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0,0
3. Auslagen für Vorstellungsreisen	0,0
4. Sonstige vermischte Ausgaben	1,0
Summe	1,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019 Ist 2018	Soll 2020
			T€	
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30,0 58,6	10,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2020
				T€
		1. Ersatzbeschaffungen		10,0
		Summe		10,0
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0 35,4	0,0
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Ausgaben			8.784,3 8.748,6	8.927,7

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.203,0 1.242,5	1.203,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.203,0 1.242,5	1.203,0
41 - 49		Personalausgaben	7.614,3 7.605,3	7.769,2
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.140,0 1.049,3	1.148,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30,0 58,6	10,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 35,4	0,0
Gesamtausgaben			8.784,3 8.748,6	8.927,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-7.581,3 -7.506,1	-7.724,7

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0905 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 18 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.600,0	1.800,0
			1.806,5	
		Erläuterungen:		
		Anpassung an die Ist-Entwicklung.		
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0
			0,2	
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.602,0	1.802,0
			1.806,7	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	210,0	210,0
			141,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.570,3	5.575,2
			6.380,4	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.066,4	2.919,2
			3.720,0	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Insgesamt niedrigere Veranschlagung wegen Umsetzung von drei Stellen in die bei dem Schleswig-Holsteinischen Obergericht eingerichtete gemeinsame IT-Stelle der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit (GeFa). Darüber hinaus mehr zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	15,0
			14,8	

Erläuterungen:

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	400,0	400,0
			356,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Büromaterial		85,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.		90,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten		4,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		116,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten		79,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten		20,0
7.	Unterhaltung von Geräten		1,0
8.	Sonstiges		5,0
Summe			400,0

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	8,0	8,0
			7,2	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 514 01

Erläuterungen:

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2019	Soll 2020	Tatsächlicher Bestand 01.02.2019
1.	Pkw mit Fahrerin / Fahrer	1	1	1
Summe		1	1	1

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	26,5	26,5
			26,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte. Darüber hinaus ist der Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 99	051	Leasingraten für Dienstfahrzeuge	3,0	3,0
			3,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 1) geleastes Fahrzeug.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	28,0	40,0
			40,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020 T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z. B. Richterakademie in Trier/Wustrau, Proberichtertagungen, Tagungen des gehobenen Dienstes u. ä.)		22,0
2.	Inhouse-Schulungen (z. B. Qualifizierung der Serviceeinheiten, Schulungen der Kostenbeamten, Fortbildung für Richter/-innen zu aktuellen Themen u. ä.)		10,0
3.	Fortbildung der richterlichen Mediatoren (Güterichter)		5,0
4.	Gesundheitsmanagement		3,0
Summe			40,0

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	1,0	1,0
---------------	------------	--	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder der bei dem Landessozial- sowie bei den Sozialgerichten eingerichteten Ausschüsse gem. § 11 Sozialgerichtsgesetz.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,5	1,5
			1,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Entschädigungen für Klägerinnen und Kläger und für Zeuginnen und Zeugen	120,0	120,0
			106,7	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 12	051	Entschädigungen für Sachverständige	3.150,0	3.000,0
			2.775,5	

Erläuterungen:

Anpassung an das erwartete Ist.
Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 13	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.200,0	1.200,0
			1.193,8	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 526 13

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	5,0	5,0
			5,1	

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	100,0	110,0
			108,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Sozialgerichte. Anpassung an die Ist-Entwicklung.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0	2,0
			2,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	2,0	2,0
			3,2	

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
		Weggefallen		

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	0,0	0,0
		Weggefallen		

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,5	1,5
			3,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben		1,5
Summe			1,5

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	50,0	100,0
---------------	-----	--	-------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Ersatzbeschaffungen		80,0
2.	Ergänzungsbeschaffungen		20,0
Summe			100,0

Mehr insb. wegen Ersatzbeschaffungen von Büroausstattungen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insb. auch mit ergonomischen Schreibtischen und Bürostühlen.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			21,1	
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Ausgaben			13.957,2	13.739,9
			14.911,7	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.602,0 1.806,7	1.802,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.602,0 1.806,7	1.802,0
41 - 49		Personalausgaben	8.858,7 10.256,7	8.719,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.048,5 4.633,9	4.920,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	50,0 0,0	100,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 21,1	0,0
Gesamtausgaben			13.957,2 14.911,7	13.739,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-12.355,2 -13.105,0	-11.937,9

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0906 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	350,0	390,0
			390,7	
		Erläuterungen:		
		Anpassung an die Ist-Entwicklung.		
		Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			350,0	390,0
			390,7	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	5,0	5,0
			4,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapiterläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.273,0	1.273,0
			1.413,8	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	354,0	358,7
			408,0	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
---------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	52,0	52,0
			40,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Büromaterial	8,5
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	27,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	1,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	11,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	2,0
7.	Unterhaltung von Geräten	0,5
8.	Sonstiges	1,0
Summe		52,0

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	6,0	6,0
			4,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	6,0	6,0
			4,1	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z. B. Richterakademie in Trier/Wustrau, Bundesfinanzakademie in Brühl, Norddeutsche Finanzrichtertage in Königslutter, Finanzrichtertage in Berlin u. ä.)	2,0
2.	Inhouse-Schulungen (z. B. Qualifizierung von Mitarbeiter/-innen in Serviceeinheiten, Fortbildung der Finanzrichter/-innen zu aktuellen Themen u. ä.)	3,0
3.	Gesundheitsmanagement	1,0
Summe		6,0

526 05 051 **Ärztliche Untersuchungen** 0,5 0,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11 051 **Auslagen in Rechtssachen** 40,0 40,0
19,0

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

527 01 051 **Dienstreisen** 2,0 2,0
1,1

533 99 051 **Leistungsentgelte an die GMSH** 0,0 0,0
0,8

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01 051 **Zur Ausrichtung von Tagungen** 0,0 0,0
2,3

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Das Ist 2018 enthält einmalige Ausgaben für die Ausrichtung der Kostentagung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes bei dem Bundesfinanzhof und den Finanzgerichten.

546 99 051 **Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-
träge** 1,0 1,0
0,3

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1,0
Summe		1,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01 051 **Kostenanteil an dem Gemeinsamen Senat für Zoll -und Verbrauchs-
steuersachen beim Finanzgericht in Hamburg** 80,0 80,0
52,4

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 632 01

Erläuterungen:

Kostenanteil des Landes an dem Gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) gemäß Staatsvertrag vom 14. Juli 1981 (GVOBl. Schl.-H. S. 140), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 10. März 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 103). Berechnungsgrundlage sind die für Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen beteiligten Ländern erledigten Verfahren.

812 02 051 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen **10,0** **10,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Ersatzbeschaffungen	10,0
Summe		10,0

916 05 851 Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr **0,0** **0,0**

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01 851 Zuführung an die Rücklage **0,0** **0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben	1.829,5	1.834,2
	1.951,0	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	350,0 390,7	390,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			350,0 390,7	390,0
41 - 49		Personalausgaben	1.632,0 1.825,8	1.636,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	107,5 72,8	107,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	80,0 52,4	80,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	10,0 0,0	10,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.829,5 1.951,0	1.834,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.479,5 -1.560,3	-1.444,2

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0908 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	15.000,0	15.000,0
			14.512,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020	
			T€	
1.	Geldstrafen und Geldbußen			13.900,0
2.	Gerichtskosten			1.100,0
Summe				15.000,0

Anpassung an die Ist-Entwicklung.
Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

112 03	051	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität	500,0	800,0
			835,7	

Erläuterungen:

Der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	5,0	5,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

119 99	051	Vermischte Einnahmen	50,0	50,0
			67,0	

132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

231 01	051	Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen	75,0	100,0
			252,1	

Erläuterungen:

Nach einer Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder erstattet der Bund die dem Land in Staatsschutz-Strafsachen entstandenen Kosten, insbesondere in den Fällen, in denen ein Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes zuständig war.
Der Ansatz ist geschätzt.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01).
Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen			15.630,0	15.955,0
			15.667,7	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	22.466,1 25.462,5	23.166,1
<p>Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.</p> <p>Erläuterungen: Mehr für zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zur Stärkung der Schwerpunktabteilung Cybercrime der Staatsanwaltschaft Itzehoe und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen bei der Staatsanwaltschaft Lübeck (teilweise finanziert im Rahmen der Stellenmittelfristplanung), ebenfalls mehr für zusätzliche Rechtspfleger/-innen aufgrund Aufgabenerweiterungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung sowie mehr für eine zusätzliche Planstelle für eine Staatsanwältin oder einen Staatsanwalt zur (teilweisen) Kompensation der zunehmenden Arbeitsverdichtung (sämtlich Pakt für den Rechtsstaat inkl. Folgedienste). Weiterhin mehr für eine Planstelle für eine Informationssicherheitskoordinatorin oder einen Informationssicherheitskoordinator nach dem Konzept zur Informationssicherheitskoordination der schleswig-holsteinischen Justiz.</p>				
422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	15,0 4,2	15,0
<p>Erläuterungen: Für die Kosten des Vorbereitungsdienstes von bis zu drei Justizoberwachmeisteranwärter/-innen (Anw. LG 1.1)..</p>				
427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	30,0 62,6	30,0
427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	3,0 2,1	3,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind ausschließlich Hausdienstvergütungen. In den Fällen, in denen bisher schon Justizwachtmeisterinnen bzw. Justizwachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z. B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit - auslaufend - weiterhin zulässig.</p>				
427 05	051	Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten	20,0 19,4	20,0
<p>Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für die ganzjährige Besetzung der vorhandenen Stelle für eine Praktikantin / einen Praktikanten auf Grundlage des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen / Praktikanten der Länder (TV Prakt-L).</p>				
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	8.804,6 9.695,5	9.304,6
<p>Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.</p> <p>Erläuterungen: Mehr für zusätzliche Stellen für Serviceeinheiten als Folgewirkung der Schaffung zusätzlicher Planstellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Zusammenhang mit der Stärkung der Schwerpunktabteilung Cybercrime in der Staatsanwaltschaft Itzehoe und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen bei der Staatsanwaltschaft Lübeck sowie zur (teilweisen) Kompensation der angespannten und infolge der zurückliegenden Stellenzuwächse im staatsanwaltlichen Bereich und damit verbundener Aufgabenerweiterungen u.a. aufgrund des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung weiter zunehmenden Belastungssituation (Pakt für den Rechtsstaat -Folgedienste-).</p>				
453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	30,0 23,8	30,0
459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	0,4 0,4	0,4
<p>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0902 - 459 03.</p> <p>Erläuterungen: Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialdienst (Laufbahngruppe 2.1).</p>				
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.000,0 985,5	990,0

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 511 01

10,0 T€ übertragen nach Tit. 1402 - 511 44.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2020
	T€
1. Büromaterial	400,0
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	120,0
3. Druck- und Buchbinderarbeiten	10,0
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	280,0
5. Ersatzbeschaffungen von Geräten	100,0
6. Ergänzungsbeschaffungen	50,0
7. Unterhaltung von Geräten	20,0
8. Sonstiges	10,0
Summe	990,0

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der Mehrbedarf für Druck- und Folgekosten im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	50,0	50,0
			35,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2020
	T€
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	35,0
2. Dienst- und Schutzkleidung	15,0
3. Verbrauchsmittel	0,0
4. Sonstiges	0,0
Summe	50,0

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der Mehrbedarf wegen der Anhebung des Dienstbekleidungszuschusses im Bereich der Justizwachtmeisterei gemäß der Dienstkleidungsordnung für den Justizdienst des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt (vgl. Pos. 2). Das Ist 2018 spiegelt diese Aufstockung noch nicht wider.

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2019	Soll 2020	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2019
1.	Kleintransporter	1	1	1
2.	Pkw mit Fahrer / Fahrer	1	1	1
3.	Selbstfahrer-Pkw	10	10	10
	Summe	12	12	12

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	95,0	75,0
			69,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

In der Veranschlagung 2019 und 2020 ist der erwartete Mehrbedarf für Druckgeräte im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum 01.01.2018 gem. Art. 69 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein berücksichtigt.

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	18,0	18,0
			15,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 5 (Vorjahr 5) geleaste Fahrzeuge.

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	10,0	10,0
			6,8	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 525 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Unterrichtsentschädigungen für die Referendarausbildung	8,0
2.	Unterrichtsentschädigungen für die Ausbildung von Anwärtnerinnen und Anwärtern der Laufbahngruppe 2.1	2,0
Summe		10,0

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	100,0	120,0
			117,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2020
		T€
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	90,0
2.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Staatsanwaltschaften	10,0
3.	Supervision für Staatsanwälte	10,0
4.	Supervision für Gerichtshilfe	5,0
5.	Gesundheitsmanagement	5,0
Summe		120,0

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	8,0	8,0
			7,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 13	051	Entschädigung für Zeuginnen und Zeugen	190,0	190,0
			204,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).
Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 14	051	Entschädigung für Sachverständige	6.750,0	6.750,0
			6.367,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).
Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.000,0	1.000,0
			955,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) und Teil 3 des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz (GNotKG) vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2573).
Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01	051	Dienstreisen	130,0	130,0
			122,0	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2020
		T€
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	20,0
2.	Reisen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu auswärtigen Sitzungen	80,0
3.	Reisen der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer	30,0
Summe		130,0

533 01	051	Aufwendungen für Dienstverträge	110,0	110,0
			98,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pfortnerdienst.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	8,0	8,0
			11,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	3,4	3,4
			1,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für evtl. interne Umzüge bei den Staatsanwaltschaften; der Ansatz ist geschätzt.

537 01	051	Beförderung und Vorführung von Gefangenen einschließlich Reisekosten des Begleitpersonals	20,0	20,0
			18,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für nicht beeinflussbare Ausgaben im Rahmen der Beförderung und Vorführung von Gefangenen.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeiträge	8,0	8,0
			13,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	7,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1,0
Summe		8,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Anteil Schleswig-Holstein an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Amtsanwaltsausbildung	0,0	16,0
--------	-----	---	------------	-------------

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amtsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung (Gesetz vom 14. Dezember 2006; GVOBl. Schl.-H. S. 305) werden die Kosten des Studienganges nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern abgeordneten Beamtinnen und Beamten umgelegt.

Die Höhe der Ist-Ausgaben ist abhängig von der Anzahl der Rechtspfleger/-innen, die für die Amtsanwaltsausbildung zugelassen werden. Vor dem Hintergrund einer bedarfsgerechten Ausbildung werden im Jahr 2020 voraussichtlich zwei Rechtspfleger/-innen zur Amtsanwaltsausbildung zugelassen.

632 02	051	Kostenanteil an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewalttaten in Ludwigsburg	34,0	45,0
			31,9	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung einer Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen vom 6. November 1958, zuletzt geändert durch Vereinbarung vom 13. Juni 1995 werden die Personal- und Sachausgaben der Zentralen Stelle nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Länder am 1. April des jeweiligen Haushaltsjahres auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt.

Das Ist 2018 entspricht der Abrechnung der tatsächlichen Ausgaben.

Die Veranschlagung für 2020 beruht auf dem Haushaltsvoranschlag des Justizministeriums des Landes Baden-Württemberg und berücksichtigt auch die Übernahme der Versorgungszuschläge für die dorthin abgeordneten Mitarbeiter/-innen aus dem Budget der Zentralen Stelle.

671 01	059	Kostenerstattungen für Delegierte Europäische Staatsanwälte (DEUStA)	0,0	150,0
--------	-----	---	------------	--------------

Erläuterungen:

Gemäß Verordnung (EU) Nr. 2017/1939 soll die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA) im Jahr 2020 ihre Tätigkeit in den Zentrenländern Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen aufnehmen. Veranschlagt sind die anteiligen Personalausgaben des Landes für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus Schleswig-Holstein, die an die vorgesehenen Zentren der EUSTA zugewiesen werden und darüber hinaus anteilig an die Landesjustizverwaltungen abgeordnet sind. Die diesem Abordnungsanteil entsprechenden Personalausgaben sind dem jeweiligen Zentrumsland von Schleswig-Holstein zur Hälfte zu erstatten.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	75,0	75,0
			95,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872).

681 02	051	Geldbelohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener	5,0	5,0
			3,8	

Belohnungen dürfen auch ohne Mittel ausgesetzt werden. Die Erläuterungen sind gem. § 17 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener. Es dürfen für das laufende und für das vorausgegangene Haushaltsjahr bis zu 70,0 T€ ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.

Der Bedarf ist geschätzt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
--------	-----	------------------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	175,0	175,0
			174,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Ersatzbeschaffungen	152,0
2.	Ergänzungsbeschaffungen	23,0
Summe		175,0

In der Veranschlagung für 2019 sind insbesondere die Beschaffungsbedarfe von ergonomischen Büroausstattungen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt (vgl. Pos. 1).

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	------------	------------

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 919 01

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben

41.158,5
44.606,6

42.525,5

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.555,0 15.415,6	15.855,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	75,0 252,1	100,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			15.630,0 15.667,7	15.955,0
41 - 49		Personalausgaben	31.369,1 35.270,5	32.569,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	9.500,4 9.030,8	9.490,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	114,0 131,0	291,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	175,0 174,3	175,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			41.158,5 44.606,6	42.525,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-25.528,5 -28.938,9	-26.570,5

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 des Kapitels 0909 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Tit. 412 01, 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Tit. 111 02 bzw. 112 01 der genannten Kapitel verwendet werden. Darüber hinaus sind die Ausgaben der Tit. 412 01 sowie 526 11 bis 526 18 und 681 01 bis 681 03 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.000,0 885,5	1.000,0
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,5 0,0	0,5
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vgl. Tit. 811 01.	0,0	0,0
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr Erläuterungen: Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. der OGr. 42 zur Verfügung (vgl. Tit. 422 01 und 428 01). Vgl. Tit. 916 05.	0,0 35,3	0,0
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.	0,0	0,0
Summe der Einnahmen			1.000,5 920,8	1.000,5

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	165,0	165,0
			114,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222).

Vgl. Kapitelerläuterung 0902.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2.602,0	2.606,8
			3.034,1	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Mehr zur Umsetzung des Beförderungspaketes.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.730,0	1.730,0
			1.999,2	

Die Ansätze bei den Tit. 422 01 und 428 01 dürfen zusätzlich insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	8,5	8,5
			6,9	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	345,0	345,0
			302,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Büromaterial	66,0
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä.	65,0
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	145,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	30,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12,0
7.	Unterhaltung von Geräten	20,0
8.	Sonstiges	5,0
Summe		345,0

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	5,0	5,0
--------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

nachrichtlich:

Nr.	Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2019	Soll 2020	Tatsächlicher Bestand 01.02.2019
1.	Selbstfahrer-Pkw	1	1	0
Summe		1	1	0

Veranschlagung unter Berücksichtigung des erwarteten Bedarfs im Zusammenhang mit der erstmaligen Anschaffung eines Dienstfahrzeugs durch das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein im Jahr 2019.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	50,0	30,0
			25,6	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 518 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.
Anpassung an die Ist-Entwicklung.

518 99 051 **Leasingraten für Fahrzeuge** 0,0 5,0

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 0) geleastes Fahrzeug.
Die Anschaffung des Dienstfahrzeuges soll im Jahr 2019 erfolgen, vgl. Tit. 514 01.

525 02 051 **Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten** 30,0 30,0
26,3

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z. B. Richterakademie Trier/Wustrau, Akademie Sankelmark, Verwaltungsakademie Bordes-holm, FHVD Altenholz u. ä.)	14,0
2.	Inhouse-Schulungen	10,0
3.	Gesundheitsmanagement	6,0
Summe		30,0

526 05 051 **Ärztliche Untersuchungen** 1,0 1,0
1,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11 051 **Auslagen in Rechtssachen** 2.200,0 2.200,0
1.930,9

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2020
		T€
1.	Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte/-innen	2.100,0
2.	Entschädigung der Zeugen/innen	55,0
3.	Entschädigungen der Sachverständigen vor Gericht	44,0
4.	Sonstige Auslagen	1,0
Summe		2.200,0

Vgl. Kapitel Erläuterung 0902.

527 01 051 **Dienstreisen** 10,0 15,0
13,4

Erläuterungen:

Anpassung an die Ist-Entwicklung.

533 04 051 **Aufwendungen für Dienstverträge** 220,0 220,0
189,3

Erläuterungen:

Veranschlagt für externe Kräfte zur Eingangssicherung der Arbeitsgerichte.
Die Eingangssicherung ist u. a. von baulichen Maßnahmen (Sicherheitsschleusen) abhängig. Diese haben sich verzögert, so dass im Jahr 2018 der Ansatz nicht ausgeschöpft wurde.

533 99 051 **Leistungsentgelte an die GMSH** 4,0 4,0

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

534 02 051 **Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter** 4,0 4,0
0,8

536 01 051 **Umzüge von Dienststellen** 0,0 0,0

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 536 01

Weggefallen

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	0,0	0,0
		Weggefallen		

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	2,0	2,0
			2,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020	
			T€	
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen			0,0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen			2,0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen			0,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben			0,0
Summe				2,0

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

684 01	051	An Vereine und Verbände	0,3	0,3
			0,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Beiträge für den Arbeitsgerichtsverband.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	20,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	-------------	------------

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	10,0	25,0
			9,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2020	
			T€	
1.	Ersatzbeschaffungen			25,0
Summe				25,0

Mehr insb. wegen Ersatzbeschaffungen von Büroausstattungen für die Dienstzimmer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insb. auch mit ergonomischen Schreibtischen und Bürostühlen.

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			9,7	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. der OGr. 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
---------------	-----	----------------------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			7.406,8	7.396,6
			7.665,9	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.000,5 885,5	1.000,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 35,3	0,0
Gesamteinnahmen			1.000,5 920,8	1.000,5
41 - 49		Personalausgaben	4.505,5 5.154,3	4.510,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.871,0 2.492,2	2.861,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,3 0,3	0,3
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	30,0 9,4	25,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 9,7	0,0
Gesamtausgaben			7.406,8 7.665,9	7.396,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.406,3 -6.745,1	-6.396,1

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Das Kapitel 09 11 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

61 Hanse-Office in Brüssel

Ausgaben

61 Hanse-Office in Brüssel

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0911 mit Ausnahme der TG 61 zur Verfügung.

Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 02	011	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 10,9	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel, vgl. Kapitelvermerk.		
231 01	011	Kostenbeteiligung des Bundes an der Entwicklung und Durchführung von Projekten im Zusammenhang mit der Pflege und der Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit	0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 541 02 zur Verfügung. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
271 03	011	Erstattungen der EU im Rahmen des INTERREG-Ostseeprogrammes für die Koordinierung des Schwerpunktbereichs Kultur der EU-Ostsee-strategie	100,0 46,0	100,0
		Erläuterungen: In der EFRE-Förderperiode 2014-2020 steht das INTERREG-Ostseeprogramm für die Förderung der EU-Ostsee-strategie zur Verfügung. Zur Unterstützung der Koordinatoren aller Schwerpunktbereiche und "Horizontalen Aktionen" stehen 8 Mio. EUR über die gesamte Förderperiode zur Finanzierung bestimmter Sach- und Personalkosten zur Verfügung. Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur übernommen. Vorrangige Ziele des Schwerpunktbereichs Kultur sind Förderung und Visualisierung der Kultur und Kreativwirtschaft des Ostseeraums, Erhalt und Sichtbarmachung des kulturellen Erbes des Ostseeraums, Stärkung der kulturellen Identität des Ostseeraums sowie die Weiterentwicklung des Netzwerks der Kulturkooperation im Ostseeraum. Für Schleswig-Holstein ergibt sich hieraus die Möglichkeit der ostseeweiten Positionierung von schleswig-holsteinischer Kultur, kulturellem Erbe und Kreativwirtschaft sowie deren Akteuren durch Einbeziehung in die Aktivitäten des Schwerpunktbereichs Kultur. Das MJEVG hat die Federführung für die Antragstellung beim INTERREG-Ostsee-programm übernommen. Veranschlagt sind die Einnahmen, die ab 2016 aufgrund der gemeinsamen Koordinierungsfunktion aus Fördermitteln des INTERREG Ostseeprogramms von der EU erstattet werden. Die für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei den Tit. 533 03, 541 03 und 676 03 zur Verfügung.		
271 04	011	Erstattungen der EU im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	19,5 12,8	19,5
		Erläuterungen: Mehreinnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Tit. 527 01, 541 04 und 981 01 zur Verfügung. Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner im Projekt "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Das Projekt zielt auf die Stärkung von transnationaler Zusammenarbeit und Innovation im Bereich nachhaltiger Energie-Cluster bzw. darauf ausgerichteter, bedarfsgerechter regionaler Innovations- und Internationalisierungsstrategien ab. Das unter Führung der Kommune Aalborg stehende Projekt hat nach Annahme durch das EU-Programm INTERREG V B Nordsee Anfang 2017 seine Arbeit aufgenommen; die Gesamtprojektlaufzeit ist bis April 2020 vorgesehen. Veranschlagt sind die ab 2018 aus den Fördermitteln des INTERREG Nordseeprogramms erstatteten und durch die Kommune Aalborg weitergeleiteten, auf das Land Schleswig-Holstein entfallenden Einnahmeanteile, einschließlich der für das MWVATT bestimmten Beträge (vgl. dazu Tit. 981 01).		
272 01	011	Zuschuss der EU im Zusammenhang mit der gemeinsame Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Europäischen Union in der Fläche	0,0	15,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 272 01

Erläuterungen:

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Ausgaben bei Tit. 531 01 zur Verfügung.

Veranschlagt für Einnahmen der EU, die der Finanzierung von Maßnahmen aus der "Strategischen Partnerschaft" in 2020 zwischen der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein dienen (vgl. Tit. 531 01).

282 01	011	Kostenbeteiligung Dritter an Veranstaltungen	0,0	0,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 541 02 zu verwenden.
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

61 Hanse-Office in Brüssel

Erläuterungen:

Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen können für Mehrausgaben in der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) verwendet werden.

Siehe Erläuterungen bei TG 61 Ausgaben.

119 61 (TG 61)	011	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
--------------------------	-----	-----------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

124 61 (TG 61)	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	75,2	75,2
			72,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Untervermietung (Kaltmiete plus Nebenkosten) von Diensträumen des Hanse-Office im Gebäude Avenue Palmerston 24, 1000 Brüssel an Dritte, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).

232 61 (TG 61)	011	Erstattungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg	341,8	341,8
			326,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil für die gemeinsame Dienststelle (50 % der Gesamtausgaben).

359 61 (TG 61)	851	Entnahme aus der Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0	0,0
--------------------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk Titelgruppe 61 und Tit. 919 61 (TG 61).
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61	417,0	417,0
	399,2	

Summe der Einnahmen	536,5	551,5
	468,9	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Ausgaben

526 09	011	Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten	6,0	6,0
			1,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung und Pflege der Partnerschaften des Landes Schleswig-Holstein im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit der französischen Partnerregion Pays de la Loire.

527 01	011	Reisekosten im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	9,0	9,0
			6,3	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 541 04 bzw. 981 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind projektgebundene Reisekosten von am Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MJEVG, vgl. dazu auch Tit. 271 04, sowie 541 04 und 981 01.

529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	12,0	12,0
			8,3	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 01	011	Kosten im Zusammenhang mit der gemeinsame Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Europäischen Union in der Fläche	0,0	15,0
--------	-----	---	------------	-------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 272 01 geleistet werden; deckungsfähig in Höhe dieser tatsächlichen Einnahmen einseitig zu Gunsten Tit. 541 01 und 685 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Finanzierung der Maßnahmen aus der "Strategischen Partnerschaft" in 2020 zwischen der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein über die Kosten im Zusammenhang mit der gemeinsamen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Europäischen Union in der Fläche.

533 03	011	Für externe Dienstleistungen im Rahmen des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	43,2	43,2
			31,5	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 541 03 und 676 03 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Veranschlagt für die Beauftragung eines externen Dienstleisters, der auf schleswig-holsteinischer Seite bestimmte Aufgaben (u.a. für die Projektassistenz in den Bereichen Projektentwicklung, Projektgenerierung, Organisation von Veranstaltungen und Workshops sowie Öffentlichkeitsarbeit) übernimmt, vgl. Tit. 271 03, 541 03 und 676 03.

533 04	011	Zur Ausrichtung der Fehmarnbelt Days 2020	0,0	80,0
--------	-----	--	------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Landesanteil für die Durchführung der Fehmarnbelt Days, die in 2020 in Schleswig-Holstein (Kreis Ostholstein) stattfinden werden. Kooperationspartner ist neben dem Land Schleswig-Holstein u. a. auch die Entwicklungsgesellschaft Ostholstein (EGOH), die zudem als Dienstleister die Sekretariatsfunktion für die Organisation übernimmt. U.a. bieten die Fehmarnbelt Days dabei grenzüberschreitenden Akteuren die Möglichkeit, die Entwicklung der Fehmarnbelt Region zu diskutieren und sich über Projekte und Initiativen auszutauschen.

541 01	011	Kosten für die Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	20,0	20,0
			30,0	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 531 01 in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 272 01, sofern sie nicht bei Tit. 531 01 oder Tit. 685 01 verwendet werden.

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 541 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes und den strategischen Partnerschaften mit der Europäischen Kommission.

541 02	011	Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire	50,0	25,0
			24,7	

Zusätzlich dürfen Ausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung der regionalen Partnerschaften und der freundschaftlichen Beziehungen im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit Pays de la Loire. Des Weiteren können Ausgaben für die zielgruppenorientierte Kommunikation der Beteiligung des Landes an den INTERREG B Programmen Ostsee und Nordsee und an INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie im Zusammenhang mit der Kulturpriorität der EU-Ostseestrategie geleistet werden.

Geringere Veranschlagung, da die aktuelle Förderperiode der vorgenannten INTERREG-Programme 2020 ausläuft.

541 03	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Koordinierung des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie	21,3	21,3
			0,9	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 533 03 und 676 03 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat ab 2016 gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Veranschlagt sind in diesem Zusammenhang in Schleswig-Holstein entstehende Sachausgaben, insbesondere für Durchführung und Organisation von Veranstaltungen, Fach- und Projektworkshops, vgl. Tit. 271 03, 533 03 und 676 03.

541 04	011	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes am INTERREG V B Nordsee - Projekt "Northern Connections"	20,0	10,0
			5,0	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 527 01 bzw. 981 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind projektgebundene Sachkosten des MJEVG für die Ausrichtung von Arbeitstreffen aller Projektpartner und von Arbeitsgruppen in Schleswig-Holstein sowie für die Durchführung von Veranstaltungen, Workshops etc., vgl. dazu auch Tit. 271 04, sowie 527 01 und 981 01.

Geringere Veranschlagung, da das Projekt im Laufe des Jahres 2020 enden wird.

632 03	011	Landesanteil an den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum	60,0	60,0
			55,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Anteile des Landes an den Ausgaben für den Betrieb der "Schleswig-Holstein-Büros Baltikum" mit Sitz in Tallinn und Außenstellen in Riga und Vilnius sowie des Hanse-Office in Kaliningrad.

632 04	011	Kostenanteil für die Prüfaufgaben im Rahmen des INTERREG Europe Programmes	5,0	5,0
---------------	-----	---	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Prüfaufgaben im Rahmen des INTERREG Europe Programmes (vormals: INTERREG C). Grundlage für die Kostenbeteiligung ist eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern.

In der laufenden INTERREG Förderperiode 2014 - 2020 wurden erste Projekte erst in 2016 genehmigt. Kosten für Prüfaufgaben, die vom Land hätten übernommen werden können, sind daher bisher nicht angefallen. Darüber hinaus unveränderter Bedarf.

632 09	011	Kostenanteil für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union	18,3	18,3
			18,1	

Erläuterungen:

Die Ausgaben für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union sind im Haushalt des Staatsministeriums Baden-Württemberg veranschlagt.

Nach dem Länderabkommen vom 27. Oktober 1988 in der Neufassung vom 24. Oktober 1996 erstatten die anderen Länder dem Land Baden-Württemberg unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels den auf sie entfallenden Anteil am tatsächlichen Aufwand für die Beobachtertätigkeit.

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
671 01	011	Kostenanteile für die Gemeinsamen Technischen Sekretariate im Rahmen der Programme INTERREG B, INTERREG Europe und INTERACT Erläuterungen: Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Verwaltungskosten (Technische Sekretariate) der INTERREG B-Programme für den Ostseeraum und für den Nordseeraum sowie für das Programm INTERREG Europe (vormals: INTERREG C) sowie für das INTERACT-Programm. Grundlage für die Kostenbeteiligungen bilden Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den an den jeweiligen Programmen beteiligten Bundesländern. Geringere Veranschlagung zur Deckung der Mehrbedarfe bei Tit. 533 04.	56,0 54,1	36,0
671 02	011	Mittel zur Finanzierung von schleswig-holsteinischen Projekten im Rahmen der Programme INTERREG B und INTERREG Europe, der politischen Kooperation "STRING" sowie mit regionalen Partnern im Rahmen der Ostsee- und Nordseekooperationen des Landes Erläuterungen: Veranschlagt für die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Beteiligung von schleswig-holsteinischen Partnern an den mit EU-Mitteln finanzierten Projekten der INTERREG B Ostsee- und Nordseeprogramme und von INTERREG Europe, zur Förderung von Projekten im Rahmen der STRING-Kooperation und zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Ostsee- und Nordseekooperationen mit regionalen Partnern in den Ländern Dänemark, Norwegen, Finnland, Schweden, Polen, den Baltischen Staaten, den Niederlanden und mit Kaliningrad / Nordwestrussland. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von schleswig-holsteinischen Projekten im Ostsee- und Nordseeraum (INTERREG-, STRING- und Ostseekooperationsrichtlinie). Die Mittelbeantragung erfolgt in Abhängigkeit der in unregelmäßigen Abständen veröffentlichten Ausschreibungsrunden der INTERREG-Programme, insoweit unterliegt auch die Mittelvergabe unbeschadet des unveränderten Bedarfs ebenfalls jährlichen Schwankungen. Geringere Veranschlagung, da die aktuelle Förderperiode der vorgenannten INTERREG-Programme 2020 ausläuft.	56,5 61,8	31,5
671 04	011	Erstattung an das Nordkolleg Rendsburg Umsetzung nach 09 11 - 684 10. Aus haushaltssystematischen Gründen mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 684 10.	0,0	0,0
676 01	011	Kostenanteil für das Gemeinsame Sekretariat der "STRING"-Kooperation Erläuterungen: Veranschlagt sind anteilige Ausgaben für die Unterhaltung des Sekretariats der STRING-Kooperation (Personal- und Sachkosten).	74,0 74,0	74,0
676 03	011	Erstattung an europäische Partner im Rahmen der gemeinsamen Koordinierung des Schwerpunktbereiches Kultur der EU-Ostseestrategie Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 03 geleistet werden, soweit diese nicht bei den Tit. 533 03 und 541 03 verwendet werden. Erläuterungen: Das Land Schleswig-Holstein (MJEVG) hat gemeinsam mit Polen (Ministerium für Kultur und Nationales Erbe - MKNE) die Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich Kultur der EU-Ostseestrategie übernommen. Das MJEVG hat die Federführung für die Finanzierung der Koordinierungstätigkeit (Leadpartnerrolle) beim INTERREG-Ostseeprogramm übernommen, das in der Förderperiode 2014-2020 eine Finanzierung bestimmter im Zusammenhang mit der Koordinierung der Schwerpunktbereiche der EU-Ostseestrategie stehender Sach- und Personalausgaben gewährt. Veranschlagt für die Weiterleitung der INTERREG-Mittel für die auf polnischer Seite entstandenen Kosten, vgl. Tit. 271 03, 533 03 und 541 03.	35,5 11,2	35,5
684 05	011	Beiträge an die Nordseekommission und an die "Konferenz der peripheren Küstenregionen" (KPKR) Erläuterungen: Veranschlagt ist der Beitrag für die Mitgliedschaft des Landes in der Nordsee-Kommission und in der "Konferenz der peripheren Küstenregionen" zur Stärkung der Schleswig-Holsteinischen Position, insbesondere in Angelegenheiten der "Europäischen Meerespolitik".	40,0 40,5	40,0
684 06	011	Institutionelle Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	90,0 80,0	90,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 684 06

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der gemeinsamen Geschäftsstelle von Europa-Union, Europäische Bewegung, Junge Europäische Föderalisten (Landesverbände Schleswig-Holstein).

684 08	011	Zuwendungen für Projektförderungen aufgrund der Partnerschaft mit der französischen Region Pays de la Loire	6,8	6,8
			6,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Partnerschaftsprojekten mit der französischen Region Pays de la Loire auf den vereinbarten Gebieten Austausch, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Kultur, erneuerbare Energien und Umwelt, Meerespolitik.

684 09	011	Förderung der Academia Baltica	50,0	50,0
			50,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der Academia Baltica (Personal- und Sachkosten).

684 10	011	Zuwendung an das Nordkolleg Rendsburg	69,0	69,0
			69,0	

Umsetzung von 09 11 - 671 04.

Aus haushaltssystematischen Gründen mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 671 04.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Zuwendungen an das Nordkolleg Rendsburg für den Betrieb des Ars Baltica Sekretariats. Derzeit koordiniert das Ars Baltica Sekretariat mehrere multilaterale, ostseeweite Projekte.

685 01	011	Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit	18,0	18,0
			7,0	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 531 01 in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 272 01, sofern sie nicht bei Tit. 531 01 oder Tit. 541 01 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Dritte zur Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europäischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit.

687 01	011	Zuwendung an die Region Sønderjylland-Schleswig	0,0	150,0
---------------	-----	--	------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Zuwendungen an die deutsch-dänische Region Sønderjylland-Schleswig, die Grenzpendlerberatungen in steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Fragen aufgrund der unterschiedlichen Steuer- und Sozialversicherungssystemen und -strukturen in Deutschland und in Dänemark für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im nördlichen Grenzbereich durchführt.

981 01	011	Verrechnung zu Gunsten des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) im Zusammenhang mit der Beteiligung am INTERREG V B Nordsee-Projekt "Northern Connections"	8,5	8,5
			3,1	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zu Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 271 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei den Tit. 527 01 bzw. 541 04 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein ist seit 2017 - unter Beteiligung des MJEVG und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) - Partner in dem aus Mitteln des EU-Programms INTERREG V B Nordsee geförderten Projekts "Northern Connections (Strategic Transnational Cluster Cooperation - unlocking the potential for regional innovation)". Veranschlagt sind die auf das MWVATT entfallenden Erstattungsanteile (vgl. 0601-381 01) der bei Tit. 271 04 vereinnahmten Beträge, vgl. dazu Kapitelvermerk und Tit. 527 01 und 541 04.

61 Hanse-Office in Brüssel

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen der TG 61 können für Mehrausgaben der TG 61 verwendet werden.

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg haben ihre Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten in einem Staatsvertrag geregelt (GVOBl. Schl.H. 2005, S. 536). Das Hanse-Office (HO) in Brüssel wird in der Rechtsform einer gemeinsamen Dienststelle geführt.

Für die haushaltsmäßige Abwicklung der Finanzen des Hanse-Office ist gem. Artikel 6 des Abkommens (GVOBl. 2006, S. 14) das Land Schleswig-Holstein federführend verantwortlich.

Der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil von 50% der Gesamtausgaben ist als Einnahme bei Tit. 232 61 (TG 61) veranschlagt.

427 61 (TG 61)	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,0	1,0
--------------------------	-----	--	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Entgelte für vorübergehend zu beschäftigende Ortskräfte als Vertretungs- und Aushilfskräfte.

428 61 (TG 61)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	265,0 261,2	265,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte für fünf Ortskräfte (4 Verwaltungskräfte, 1 Hausmeister) einschließlich aller nach belgischem Recht zu zahlenden Abgaben. Die Entgelte für das aus Schleswig-Holstein entsandte Personal sind im Kapitel 0901 veranschlagt.

443 61 (TG 61)	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	2,9 2,2	2,9
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für eine nach belgischem Recht vorzuhaltende Unfallversicherung für die Ortskräfte.

511 61 (TG 61)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	67,0 61,1	67,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind der Geschäftsbedarf (Arbeitsmittel, Bücher, Zeitungen u.ä.) sowie die Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen einschl. Telekommunikation.

517 61 (TG 61)	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (ohne GMSH)	78,0 72,5	78,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Bewirtschaftung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Diensträume in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, vgl. auch Tit. 518 61 (TG 61).

Veranschlagt sind:

			2020
			T€
1.	Heizung		0,0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf		20,0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung		50,0
4.	Alarmanlage		3,0
5.	Gebäudeversicherungen		4,3
6.	Sonstiges		0,7
Summe			78,0

518 61 (TG 61)	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	260,3 259,4	260,3
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Miete für die Diensträume des Hanse-Office in Brüssel in den Gebäuden Avenue Palmerston 20 und 24, 1000 Brüssel, vgl. hierzu auch Tit.124 61 (TG 61) und die Miete für die zum Dienstbetrieb erforderlichen Geräte (u.a. Kopiergerät).

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 518 61

Veranschlagt für folgende Grundstücke, Gebäude und Räume:

Nutzung	Dienststelle	Nutzfläche
1. Büro- und Veranstaltungsräumlichkeiten	Hanse-Office, Avenue Palmerston 20	748 qm
2. Büroräume	Hanse-Office, Avenue Palmerston 24 davon 260 qm untervermietet	340 qm
		1.088 qm

519 61 (TG 61)	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5,2 5,0	5,2
Erläuterungen: Veranschlagt ist die laufende Unterhaltung der für das Hanse-Office in Brüssel angemieteten Gebäude in der Avenue Palmerston 20 und 24.				
525 61 (TG 61)	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	1,0	1,0
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Mitarbeiter/-innen des Hanse-Office einschl. Reisekosten, wenn diese im Zusammenhang mit einer Fortbildung stehen.				
526 61 (TG 61)	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä., Gerichts- und ähnliche Kosten, ärztliche Untersuchungen, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,6	0,6
Erläuterungen: Veranschlagt sind Rechts- und Beratungskosten sowie die Kosten für ärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.				
527 61 (TG 61)	011	Dienstreisen	15,0 13,5	15,0
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Reisekosten für Dienstreisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hanse-Office.				
529 61 (TG 61)	011	Verfügungsmittel für Repräsentationszwecke	3,9 2,0	3,9
Erläuterungen: Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.				
533 61 (TG 61)	011	Kosten für arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	0,6 0,9	0,6
Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung und den sicherheitstechnischen Arbeitsschutz der Ortskräfte.				
535 61 (TG 61)	011	Kosten für Veranstaltungen und Informationen	55,0 38,7	55,0
Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für Veranstaltungen, Workshops, Ausstellungen u.ä. Veranstaltungen des Hanse-Office.				
546 61 (TG 61)	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0 0,4	1,0
812 61 (TG 61)	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Beschaffung von beweglichen Sachen mit einem Anschaffungswert im Einzelfall von über 5.000 €				
919 61 (TG 61)	851	Zuführung an die Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0	0,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	

noch zu 919 61

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 (TG 61) sowie bis zur Höhe der nicht für zusätzliche Ausgaben verwendeten Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 61	756,5	756,5
	716,9	
Summe der Ausgaben	1.525,6	1.690,6
	1.355,4	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2019	Soll 2020
			Ist 2018	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	75,2 83,2	75,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	461,3 385,7	476,3
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			536,5 468,9	551,5
41 - 49		Personalausgaben	268,9 263,4	268,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	669,1 561,4	729,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	579,1 527,5	684,1
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	8,5 3,1	8,5
Gesamtausgaben			1.525,6 1.355,4	1.690,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-989,1 -886,5	-1.139,1

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2020

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
09 01	Ministerium	2020		44,7	255,3			300,0
		2019		13,2	255,3			268,5
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2020		154.250,0				154.250,0
		2019		152.973,8				152.973,8
09 03	Justizvollzugsanstalten	2020		1.745,0	45,0			1.790,0
		2019		1.725,0				1.725,0
09 04	Gerichte der Verwaltungs- gerichtsbarkeit	2020		1.203,0				1.203,0
		2019		1.203,0				1.203,0
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbar- keit	2020		1.802,0				1.802,0
		2019		1.602,0				1.602,0
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2020		390,0				390,0
		2019		350,0				350,0
09 08	Staatsanwaltschaften	2020		15.855,0	100,0			15.955,0
		2019		15.555,0	75,0			15.630,0
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichts- barkeit	2020		1.000,5				1.000,5
		2019		1.000,5				1.000,5
09 11	Europaangelegenheiten	2020		75,2	476,3			551,5
		2019		75,2	461,3			536,5
	Summe Haushalt	2020		176.365,4	876,6			177.242,0
	Summe Haushalt	2019		174.497,7	791,6			175.289,3
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+1.867,7	+85,0	0,0	0,0	+1.952,7

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
57.838,6	1.593,9		3.826,6		330,0		63.589,1	2020	09 01
48.095,1	1.428,4		4.182,6		375,0		54.081,1	2019	
136.381,9	124.548,7		11.372,8		755,0		273.058,4	2020	09 02
135.966,7	123.302,6		10.817,8		754,0		270.841,1	2019	
40.097,1	12.598,0		7.166,5		935,0		60.796,6	2020	09 03
39.852,8	12.748,0		6.841,5		1.165,0		60.607,3	2019	
7.769,2	1.148,5				10,0		8.927,7	2020	09 04
7.614,3	1.140,0				30,0		8.784,3	2019	
8.719,4	4.920,5				100,0		13.739,9	2020	09 05
8.858,7	5.048,5				50,0		13.957,2	2019	
1.636,7	107,5		80,0		10,0		1.834,2	2020	09 06
1.632,0	107,5		80,0		10,0		1.829,5	2019	
32.569,1	9.490,4		291,0		175,0		42.525,5	2020	09 08
31.369,1	9.500,4		114,0		175,0		41.158,5	2019	
4.510,3	2.861,0		0,3		25,0		7.396,6	2020	09 09
4.505,5	2.871,0		0,3		30,0		7.406,8	2019	
268,9	729,1		684,1			8,5	1.690,6	2020	09 11
268,9	669,1		579,1			8,5	1.525,6	2019	
289.791,2	157.997,6		23.421,3		2.340,0	8,5	473.558,6	2020	
278.163,1	156.815,5		22.615,3		2.589,0	8,5	460.191,4	2019	
+11.628,1	+1.182,1	0,0	+806,0	0,0	-249,0	0,0	+13.367,2		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2020

-296.316,6

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2019

-284.902,1

09 **Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung**
Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2020

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2020	2021	2022	2023	2024 ff.
		T€					
09 03	Justizvollzugsanstalten	2.345,0	2.345,0				
	Summe des Einzelplans	2.345,0	2.345,0				

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2020

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
09 01	Ministerium							
01	Gesundheitlicher Verbraucher- schutz	2020		1,7				1,7
		2019		1,7				1,7
02	Wirtschaftlicher und techni- scher Verbraucherschutz	2020		31,5	0,0			31,5
		2019		0,0	0,0			0,0
03	Förderung der Gleichstellung	2020		2,5				2,5
		2019		2,5				2,5
09 11	Europaangelegenheiten							
61	Hanse-Office in Brüssel	2020		75,2	341,8		0,0	417,0
		2019		75,2	341,8		0,0	417,0
	Summe Haushalt	2020		110,9	341,8		0,0	452,7
	Summe Haushalt	2019		79,4	341,8		0,0	421,2

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2020

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€-									
09 01	Ministerium								
01	Gesundheitlicher Verbraucherschutz								
	2020		74,2		10,6				84,8
	2019		72,7		10,6				83,3
02	Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz								
	2020		236,3		1.235,0				1.471,3
	2019		56,3		1.235,0				1.291,3
03	Förderung der Gleichstellung								
	2020		627,0		2.581,0		300,0		3.508,0
	2019		521,0		2.937,0		300,0		3.758,0
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit								
01	Straffälligenhilfe und Opferschutz								
	2020		30,0		2.460,0				2.490,0
	2019		45,0		2.355,0				2.400,0
06	Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem								
	2020		22,8						22,8
	2019		22,8						22,8
09 03	Justizvollzugsanstalten								
01	Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen								
	2020		1.665,0		5.595,0		380,0	0,0	7.640,0
	2019		1.605,0		5.445,0		270,0	0,0	7.320,0
02	Versorgung und Behandlung von Gefangenen								
	2020		8.720,0		541,5		290,0	0,0	9.551,5
	2019		9.025,0		441,5		720,0	0,0	10.186,5
09 11	Europaangelegenheiten								
61	Hanse-Office in Brüssel								
	2020	268,9	487,6				0,0	0,0	756,5
	2019	268,9	487,6				0,0	0,0	756,5
Summe	2020	268,9	11.862,9		12.423,1		970,0	0,0	25.524,9
Summe	2019	268,9	11.835,4		12.424,1		1.290,0	0,0	25.818,4

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kapitel 09 01 Ministerium	100
Kapitel 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	108
Kapitel 09 03 Justizvollzugsanstalten	118
Kapitel 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	125
Kapitel 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	130
Kapitel 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	135
Kapitel 09 08 Staatsanwaltschaften	137
Kapitel 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	142
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	146
Hebungen	148
Umwandlungen	149
Umsetzungen	150
kw-Vermerke	151
Neue Stellen	156
Einsparungen	160

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2019	2020
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
B9	Staatssekretäre/-innen	1	1
B5	Ministerialdirigenten/-innen	5	5 ³⁾
B2	Ministerialräte/-innen	5	5
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A16	Ministerialräte/-innen	19	21
A15	Regierungsdirektoren/-innen	23	23
A14	Oberregierungsräte/-innen	11	13
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	6	7
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	16	19 ²⁾
A12	Amtsräte/-innen	29	34
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	10	11
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	4	5
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	27	33 ¹⁾
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	3	3
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	1	1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	1	1
Summe :		161	182

- 1) 8 Stellen (Vorjahr: 3) sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet. (1 Amtszulage nach 0701-422 01 übertragen; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)
HH 2020: Anpassung der mit Amtszulagen ausgestatteten Planstellen der Bes. Gruppe A9 LG 1.2 unter Beachtung der nach SHBesO A und B zulässigen Obergrenze, zur Personalentwicklung -Umsetzung Beförderungspaket-
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 3) 1 Planstelle ist für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin oder zum stellvertretenden Staatssekretär mit einer widerruflichen Zulage gemäß Fußnote 2 zur Bes. Gruppe B 5 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A16	am 31.12.2021	Wegfall der für die Geschäftsführung der IMAG EU-Fonds im Zusammenhang mit der Einwerbung von EU-Fördermitteln und Koordinierung der EU-Finanzperiode 2021 - 2027 ausgebrachten Planstelle	(aus HH 2019)
1 Stelle	A16		mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle-	(aus HH 2015)
1 Stelle	A14	am 31.12.2022	Wegfall zum Ende der Projektlaufzeit des Länderverbundprojektes "Neues Textsystem" für das Fachverfahren "forumStar"	(aus HH 2019)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1, Planstellen der BesGr. A 15 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 2 besetzt werden. (aus HH 1992)

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostseeprogr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordseeprogr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes. Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten ohne Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordseeprogramm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle	A8		darf nur mit 75 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (25 % dürfen bei 0701-422 01 in Anspruch genommen werden) (aufgrund Änderung der Geschäftsverteilung im Jahr 2017)	(aus HH 2018)
----------	----	--	--	---------------

09 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A16	1										+2	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A16 -Ministerialräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-
2								1					Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A15 -Regierungsdirektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A16 -Ministerialräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Abt. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadewesen) -Umsetzung Beförderungspaket-
3	A15	1										0	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A15 -Regierungsdirektoren/-innen- (Konzeptionierung und rechtliche Koordinierung im Zusammenhang mit der Umsetzung und Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte in der Justiz) -i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
4									1				nach A16; Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A15 -Regierungsdirektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A16 -Ministerialräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Abt. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadewesen) -Umsetzung Beförderungspaket-
5	A14	1										+2	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-
6									1				von A13 LG 2.2; Hebung einer der beiden aus Tit. 0901 - 428 01 umgewandelten Stellen (aus Entgeltgruppe E13 nach Bes.Gruppe A13 LG 2.2 -Regierungsräte/-innen-) nach Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Abt. Verbraucherschutz) -Umsetzung Beförderungspaket-
7	A13 LG 2.2					2						+1	von 09 01 - 428 01; Umwandlung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E13 in zwei Planstellen der Bes.Gruppe A13 LG 2.2 - Regierungsräte/-innen- (zur Personalentwicklung und Attraktivitätssteigerung von Arbeitsplätzen, Abt. Verbraucherschutz)
8										1			nach A14; Hebung einer der beiden aus Tit. 0901 - 428 01 umgewandelten Stellen (aus Entgeltgruppe E13 nach Bes.Gruppe A13 LG 2.2 -Regierungsräte/-innen-) nach Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Abt. Verbraucherschutz) -Umsetzung Beförderungspaket-

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
9	A13 LG 2.1	3										+3	Ausbringung von drei Planstellen der Bes. Gruppe A13 LG 2.1 -Oberamtsräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-
10	A12	2										+5	Ausbringung von zwei Planstellen der Bes. Gruppe A12 -Amtsräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-
11								3					von A11; Hebung der drei aus Tit. 0903 - 422 01 umgesetzten Planstellen der Bes. Gruppe A11 -Regierungsamtmänner/-frauen- nach Bes. Gruppe A12 -Amtsräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Abt. Justizvollzug) -Umsetzung Beförderungspaket-
12	A11			3								+1	von 09 03 - 422 01; Umsetzung von drei Planstellen der Bes. Gruppe A11 -Justizamtsfrauen/-männer von Tit. 09 03 - 422 01 nach Tit. 09 01 - 422 01 -Bes. Gruppe A11 -Regierungsamtmänner/-frauen- (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, Abt. Justizvollzug)
13								1					von A10; Hebung einer Planstelle der Bes. Gruppe A10 -Regierungsoberinspektoren/-innen- nach Bes. Gruppe A11 -Regierungsamtmänner/-frauen- (zur Personalentwicklung, Abt. Verbraucherschutz) - Umsetzung Beförderungspaket-
14									3				nach A12; Hebung der drei aus Tit. 0903 - 422 01 umgesetzten Planstellen der Bes. Gruppe A11 -Regierungsamtmänner/-frauen- nach Bes. Gruppe A12 -Amtsräte/-innen- (zur Personalentwicklung, Abt. Justizvollzug) -Umsetzung Beförderungspaket-
15	A10					2						+1	von 09 01 - 428 01; Umwandlung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E10 in zwei Planstellen der Bes. Gruppe A10 -Regierungsoberinspektoren/-innen- (Verbindlichkeit der Stellenpläne und -übersichten, Anpassung der Stellenausstattung an den erforderlichen Stellenbedarf)
16									1				nach A11; Hebung einer Planstelle der Bes. Gruppe A10 -Regierungsoberinspektoren/-innen- nach Bes. Gruppe A11 -Regierungsamtmänner/-frauen- (zur Personalentwicklung, Abt. Verbraucherschutz) - Umsetzung Beförderungspaket-
17	A9 LG 1.2	4										+6	Ausbringung von vier Planstellen der Bes. Gruppe A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (für Verfahrensbetreuer/-innen im Zusammenhang mit der Umsetzung und Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte in der Justiz) -i. R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
18		1											Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-
19		1											Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle des in den Linienbetrieb überführten landeseinheitlichen Fachverfahrens für die Dienstplanung im Justizvollzug)
Summe:		14		3		4		6	6			+21	

Stellenanzahl
2019 2020

428 01

Entgeltgruppe

AT B2	1	1
E15 Ü	1	1
E15	9	9
E14	1	1
E13	2	1
E12	10	18
E11	14	5
E10	4	2
E9	10	0
E9 b LG 2.1	0	7
E9 a LG 1.2	0	3
E8	9	9
E6	5	6
Auszubild.	3	6
Summe :	69	69

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E12 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG (aus HH 2015)
Prüfbehörden/Prüfstelle-

Vermerke:

Die Gesamtkosten der f.d. Besetzung der Prüfbehörden des dt.-dänischen INTERREG A Progr. und des INTERREG B Ostseeprogr. sowie der Prüfstelle des INTERREG B Nordseeprogr. ausgewiesenen Planstellen/Stellen der Bes.Gruppe A16 sowie der Entgeltgruppe E12 sind mit 287,9 T€ berechnet. Die beiden Stellen dürfen nur besetzt werden, soweit diese berechneten Kosten ohne Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Anteils an der Prüfbehörde bzw. Prüfstelle für das INTERREG B Ostsee-/Nordseeprogramm erstattet werden. (aus HH 2015)

1 Stelle E12 (INTERREG Prüfbehörden/Prüfstelle) darf mit bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. (aus HH 2015)
Darüber hinaus darf die Stelle bis zu 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit mit einer/einem Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E8 besetzt werden.

1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2003)

1 Stelle E6 darf nur mit 35% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2006)

09 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

1 Stelle	E6	darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Tit. 1301-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2013)
----------	----	---	---------------

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13						2					-1	nach 09 01 - 422 01; Umwandlung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E13 in zwei Planstellen der Bes.Gruppe A13 LG 2.2 - Regierungsräte/-innen- (zur Personalentwicklung und Attraktivitätssteigerung von Arbeitsplätzen, Abt. Verbraucherschutz)
2									1				von E11; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E11 nach Entgeltgruppe E13 (Schaffung der Voraussetzungen zur Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, Abt. Verbraucherschutz) -Umsetzung Beförderungspaket-
3	E12									2		+8	von E11; Hebung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E11 nach Entgeltgruppe E12 (Schaffung der Voraussetzungen zur Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, Abt. Verbraucherschutz) -Umsetzung Beförderungspaket-
4									6				von E11; Hebung von sechs Stellen der Entgeltgruppe E11 nach Entgeltgruppe E12 (Schaffung der Voraussetzungen zur Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, Bereich Informationstechnik) -Umsetzung Beförderungspaket-
5	E11									1		-9	nach E13; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E11 nach Entgeltgruppe E13 (Schaffung der Voraussetzungen zur Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, Abt. Verbraucherschutz) -Umsetzung Beförderungspaket-
6										2			nach E12; Hebung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E11 nach Entgeltgruppe E12 (Schaffung der Voraussetzungen zur Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, Abt. Verbraucherschutz) -Umsetzung Beförderungspaket-
7										6			nach E12; Hebung von sechs Stellen der Entgeltgruppe E11 nach Entgeltgruppe E12 (Schaffung der Voraussetzungen zur Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, Bereich Informationstechnik) -Umsetzung Beförderungspaket-
8	E10						2					-2	nach 09 01 - 422 01; Umwandlung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E10 in zwei Planstellen der Bes.Gruppe A10 -Regierungsoberinspektoren/-innen- (Verbindlichkeit der Stellenpläne und -übersichten, Anpassung der Stellenausstattung an den erforderlichen Stellenbedarf)
9	E9											7	-10 nach E9 b LG 2.1; Neue Entgeltordnung
10												3	nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
11	E9 b LG 2.1										7		+7 von E9; Neue Entgeltordnung
12	E9 a LG 1.2										3		+3 von E9; Neue Entgeltordnung
13	E6			1									+1 von 09 02 - 428 01; Umsetzung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 von Tit. 09 02 - 428 01 nach Tit. 09 01 - 428 01 (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, für die Geschäftsstelle Hauptpersonalrat / Schwerbehindertenvertretung)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
14	Auszubild.	3										+3	Ausbringung von drei Stellen für Auszubildende (Weiterer Ausbau (2. Studienjahrgang) des in 2019 erstmalig im HH abgebildeten digitalen Studienganges zur Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich der Justiz) -Ausbildungsoffensive der Landesregierung-
Summe:		3		1			4	9	9	10	10	0	

Beamte und Beamtinnen

B9	1	1	
B5	5	5	
B2	5	5	
A16	19	21	
A15	23	23	
A14	11	13	
A13 LG 2.2	6	7	
A13 LG 2.1	16	19	
A12	29	34	
A11	10	11	
A10	4	5	
A9 LG 1.2	27	33	
A8	3	3	
A7	1	1	
A6 LG 1.1	1	1	
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>		161	182

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

AT B2	1	1	
E15 Ü	1	1	
E15	9	9	
E14	1	1	
E13	2	1	
E12	10	18	
E11	14	5	
E10	4	2	
E9	10	0	
E9 b LG 2.1	0	7	
E9 a LG 1.2	0	3	
E8	9	9	
E6	5	6	
Auszubild.	3	6	
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>		69	69

Summe: 230 251

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

NACHWUCHSKRÄFTE IN DER JUSTIZ

Zur Erreichung einer bedarfsorientierten Steuerung der Ausbildungskapazitäten in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gilt für die Bewirtschaftung der in den Kap. 0902 und 0903 ausgebrachten Stellen für Anwärter/-innen und Auszubildende folgende Regelung:

Abweichungen von den in den Stellenplänen/-übersichten bei den Titeln 0902 - 428 03, 0902 - 422 03 sowie 0903 - 422 03 jeweils ausgewiesenen Stellen sind zulässig, sofern die Zahl der insgesamt bei diesen Titeln zur Verfügung stehenden Stellen nicht überschritten wird.

ELEKTRONISCHER RECHTSVERKEHR / ELEKTRONISCHE AKTE

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz besteht ein zusätzlicher Personalbedarf. Dafür war zunächst in den Jahren ab 2015 eine Ausweitung der Ausbildungskapazitäten erforderlich. Die Schaffung zusätzlicher Planstellen erfolgt sukzessive ab dem Jahr 2016.

Im Kap. 0902 sind bei Tit. 422 01 zentral für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften folgende Planstellen für eine Nutzung ausschließlich im Zusammenhang mit Personalbedarfen durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte ausgebracht:

1 Planstelle der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen-

6 Planstellen der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen-

21 Planstellen der Bes.Gruppe A8 -Justizhauptsekretäre/-innen-

Darüber hinaus stehen die auf Grundlage der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung nach § 14 Abs. 19 HG 2020 in Planstellen der LG 2.1 und 1.2 sowie in Stellen für Tarifbeschäftigte im Haushaltsvollzug umgewandelten Anwärter/-innen-Stellen und Auszubildenden-Stellen (bis zu 15) ebenfalls zentral für alle Gerichte und Staatsanwaltschaften zur Verfügung.

		Stellenanzahl	
		2019	2020
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
R8	Präsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1
R5	Präsident/-in des Landgerichts	3	3
R4	Präsident/-in des Landgerichts	1	1
R4	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts	1	1
R3	Präsident/-in des Amtsgerichts	2	2
R3	Vizepräsident/-in des Landgerichts	3	3
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberlandesgericht	16	16
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
R2	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts	2	2 ²⁾
R2	Vizepräsident/-in des Landgerichts	1	1 ³⁾
R2	Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht	60	64
R2	Direktoren/-innen des Amtsgerichts	20	20 ¹⁾
R2	Richter/-innen am Amtsgericht	39	40
R2	Richter/-in am Oberlandesgericht	38	39
R1	Direktoren/-innen des Amtsgerichts	1	1 ⁴⁾
R1	Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht	355	362 ⁹⁾
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1
A14	Oberregierungsräte/-innen	6	6
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	38	37 ⁷⁾
A12	Justizamtsräte/-innen	114	115
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	15	15
A11	Sozialamt männer/-frauen	20	20
A11	Justizamtfrauen/-männer	161	161
A10	Justizoberinspektoren/-innen	93	93
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	37	37
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	45	45
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	191	195 ⁵⁾
A9 LG 1.2	Obergerichtsvollzieher/-innen	107	107 ⁶⁾
A8	Gerichtsvollzieher/-innen	48	48
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	160	160
A7	Justizobersekretäre/-innen	151	147

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	165	165 ⁸⁾
Summe :		1.895	1.908

- 1) 18 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 4 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.
- 5) 54 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 6) 32 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 7) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 14 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 8) 35 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.
- 9) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.Gruppe R 1 SHBesO R ausgestattet.
(HH 2020: gem. Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften vom 08.11.2018, Art. 1 Ziff. 9, Änderung Anlage 4 SHBesG (SHBesO R) -Amtsblatt Schl.-Holst. 2018 S. 691 ff.-)

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A12	Künftig wegfallend mit Beendigung der Freistellung als Personalratsmitglied (Ausbringung der Planstelle gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes 2019)	(aus HH 2020)
----------	-----	---	---------------

Vermerke:

		Planstellen der Bes.Gruppe A 10 -Sozialoberinspektoren/-innen- dürfen mit graduierten Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E11 besetzt werden.	(aus HH 1979)
		5 Richter/-innen am Oberlandesgericht -Bes.Gruppe R2- werden als Professoren/-innen auf Planstellen der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt.	(aus HH 1998)
1 Stelle	A9 LG 2.1	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	A7	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R2	4										+4	Ausbringung von vier Planstellen der Bes.Gruppe R2 -Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht- (Einrichtung von vier zusätzlichen Strafkammern bei den Landgerichten, mit jeweils einer Richter/-innen-Planstelle der Bes.Gruppe R2 und 2 Richter/-innen-Planstellen der Bes.Gruppe R1) -Pakt für den Rechtsstaat-
2	R2							1				+1	von R1; Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe R1 -Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht- nach Bes.Gruppe R2 -Richter/-innen am Amtsgericht- (für eine/- weitere/-n aufsichtführende Richter/-in am Amtsgericht Elmshorn, gem. Fußnote 1 zu Bes.Gruppe R2, Anl.4 SHBesO R) -Umsetzung Beförderungspaket-
3	R2	1										+1	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R2 - Richter/-in am Oberlandesgericht- (für die Leitung der Gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit - GeorG-) -stv. Leitung vgl. Tit. 428 01, Ausbringung einer Stelle der Entgeltgruppe E11-
4	R1	8										+7	Ausbringung von acht Planstellen der Bes.Gruppe R1 -Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/innen am Landgericht- (Einrichtung von vier zusätzlichen Strafkammern bei den Landgerichten, mit jeweils einer Richter/-innen-Planstelle der Bes.Gruppe R2 und 2 Richter/-innen-Planstellen der Bes.Gruppe R1) -Pakt für den Rechtsstaat-
5									1				nach R2; Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe R1 -Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht- nach Bes.Gruppe R2 -Richter/-innen am Amtsgericht- (für eine/- weitere/-n aufsichtführende Richter/-in am Amtsgericht Elmshorn, gem. Fußnote 1 zu Bes.Gruppe R2, Anl.4 SHBesO R) -Umsetzung Beförderungspaket-
6	A13 LG 2.1		1									-1	Vollzug kw-Vermerk; Abgang einer Planstelle der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (Realisierung kw-Vermerk, Wegfall der gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für ein freigestelltes Personalratsmitglied ausgebrachten Planstelle durch Fortfall des Befreiungsgrundes nach Neuwahl des Personalrates bzw. Eintritt des Stelleninhabers in den Ruhestand.
7	A12	1										+1	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (Planstelle künftig wegfallend, Ausbringung gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes 2019 für ein nach den Wahlen zum Personalrat im Mai 2019 neu freigestelltes Personalratsmitglied)
8	A9 LG 1.2							4				+4	von A8; Hebung von vier Planstellen der Bes.Gruppe A7 -Justizobersekretäre/-innen- nach Bes.Gruppe A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen-; Abbildung der Hebung über die Bes.Gruppe A8 gem. HRL Ziff. 22.7 (zur Personalentwicklung im Bereich der Serviceeinheiten) -Umsetzung Beförderungspaket-

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 1.2	15										+15	Ausbringung von 15 neuen Stellen für Anw. LG 1.2 -Justizobersekretärwärter/-innen- (Weitere Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes zur Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften) -Ausbildungsoffensive der Landesregierung-
Summe:		15										+15	

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 15 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)
- 20 Stellen Anw. LG 1.2 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

Stellenanzahl
2019 2020

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant	2	2
Summe :	2	2

Stellenanzahl
2019 2020

428 01

Entgeltgruppe

E13	0	1
E11	10	16
E10	10	10
E9	197	0
E9 b LG 2.1	0	27
E9 a LG 1.2	0	172
E8	275	275
E6	189	185
E4	35	35
E3	1	1
E2	4	4
Cheffahrer	1	1
PKW-Fahrer	4	4
Summe :	726	731

Stellen künftig wegfallend:

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

10 Stellen	E4	am 31.12.2025	Einsparung der aus dem Nachtragshaushalt 2016 als Planstellen der Bes.Gruppe A 6 LG 1.1 im Zusammenhang mit den Großprozessen ausgebrachten Stellen zum genannten Zeitpunkt möglich, soweit in den Justizwachmeistereien nicht mehr benötigt. Künftig wegfallend als Stelle der Entgeltgruppe E 4 aus Gründen der Personalbewirtschaftung (Verbeamtung der zunächst als Justizhelfer/-innen (Tarifbeschäftigte) erprobten Mitarbeiter/-innen).	(aus HH 2018)
------------	----	---------------	---	---------------

Vermerke:

1 Stelle	E10		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
4 Stellen	E8		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
3 Stellen	E6		dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
3 Stellen	E6		dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E4		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E4		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E4		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E3		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
2 Stellen	E2		dürfen nur zu 85% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2007/2008)
2 Stellen	E2		dürfen nur zu 65% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2007/2008)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13							1				+1	von E9; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E13 (Schaffung der Voraussetzungen für die dauerhafte Implementierung einer arbeitspsychologischen Betreuung im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) beim Schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht durch tarifgerechte Bewertung einer Stelle) -Umsetzung Beförderungspaket-(neue Entgeltordnung E9a)
2	E11	1										+6	Ausbringung einer Stelle der Entgeltgruppe E11 (für die stellvertretende Leitung der Gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit -GeorG-) -Leitung vgl. Tit. 422 01, Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R2-
3								5					von E9; Hebung von fünf Stellen der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E11 (Tarifgerechte Bewertung von Stellen für die Beschäftigung von Betriebskoordinatoren/-innen in der Gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit -GeorG-) -Umsetzung Beförderungspaket-(neue Entgeltordnung E9a)
4	E9	5										-197	Ausbringung von fünf Stellen der Entgeltgruppe E9 (Folgewirkung der Einrichtung von vier zusätzlichen Strafkammern bei den Landgerichten, hier: Stärkung der Serviceeinheiten) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste- (neue Entgeltordnung E9a)
5								1					von E6; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E9 (Reorganisation eines Arbeitsplatzes in der Fortbildungsabteilung des schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht auf Basis der Ergebnisse durchgeführter Arbeitsplatzuntersuchungen) -Umsetzung Beförderungspaket-(neue Entgeltordnung E9a)
6								2					von E6; Hebung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E9 (Tarifgerechte Bewertung von Stellen für die Beschäftigung von Fachverfahrenspfleger/-innen, hier: forumStar, Module Insolvenz- und Strafrecht) -Umsetzung Beförderungspaket-(neue Entgeltordnung E9a)
7										1			nach E13; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E13 (Schaffung der Voraussetzungen für die dauerhafte Implementierung einer arbeitspsychologischen Betreuung im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) beim Schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht durch tarifgerechte Bewertung einer Stelle) -Umsetzung Beförderungspaket-(neue Entgeltordnung E9a)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
8									5				nach E11; Hebung von fünf Stellen der Entgeltgruppe E9 nach Entgeltgruppe E11 (Tarifgerechte Bewertung von Stellen für die Beschäftigung von Betriebskoordinatoren/-innen in der Gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit - GeorG-) -Umsetzung Beförderungspaket (neue Entgeltordnung E9a)
9											27		nach E9 b LG 2.1; Neue Entgeltordnung
10											170		nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
11											2		nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
12	E9 b LG 2.1									27		+27	von E9; Neue Entgeltordnung
13	E9 a LG 1.2									170		+172	von E9; Neue Entgeltordnung
14											2		von E9; Neue Entgeltordnung
15	E6				1								-4 nach 09 01 - 428 01; Umsetzung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 von Tit. 09 02 - 428 01 nach Tit. 09 01 - 428 01 (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, für die Geschäftsstelle Hauptpersonalrat / Schwerbehindertenvertretung)
16									1				nach E9; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E9 (Reorganisation eines Arbeitsplatzes in der Fortbildungsabteilung des schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht auf Basis der Ergebnisse durchgeführter Arbeitsplatzuntersuchungen) -Umsetzung Beförderungspaket (neue Entgeltordnung E9a)
17									2				nach E9; Hebung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E9 (Tarifgerechte Bewertung von Stellen für die Beschäftigung von Fachverfahrenspfleger/-innen, hier: forumStar, Module Insolvenz- und Strafrecht) -Umsetzung Beförderungspaket (neue Entgeltordnung E9a)
Summe:		6			1			9	9	199	199	+5	

Stellenanzahl

2019 2020

428 03

Bedarf an Auszubildenden

Entgeltgruppe

Auszub.

60 **60**

Summe :

60 **60**

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2019	2020
428 04			
<i>Bes.Gruppe</i>			
Anw. LG 2.2	Referendare/-innen	651	630
Summe :		651	630

Planstellen künftig wegfallend:

4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.06.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)
5 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.12.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)
4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.08.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)
4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.10.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)
11 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.01.2020	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2017)

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.2		13									-21	Vollzug kw-Vermerk; Einsparung von dreizehn Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- (Realisierung der kw-Vermerke "kw am 01.01.2019", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Nachvollziehung der bereits zum HH 2019 nachgewiesenen Einsparungen-
2			8										Einsparung von 8 Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- (zur vollständigen Nachweisung der Realisierung der Stelleneinsparvorgaben zum HH 2020) -10 v.h. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)-
Summe:			21									-21	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.06.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)
5 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.12.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)
4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.08.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)
4 Stellen	Anw. LG 2.2	am 01.10.2020	zur budgetneutralen Umschichtung innerhalb des Einzelplans	(aus HH 2020)

Beamte und Beamtinnen

R8	1	1
R5	3	3
R4	2	2
R3	21	21
R2	160	166
R1	356	363
A15	1	1
A14	6	6
A13 LG 2.1	38	37
A12	129	130
A11	181	181
A10	130	130

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A9 LG 2.1	45	45
A9 LG 1.2	298	302
A8	208	208
A7	151	147
A6 LG 1.1	165	165
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	1.895	1.908
<i>Beamte im Vorbereitungsdienst</i>		
Anw. LG 2.2	651	630
Anw. LG 2.1	105	105
Anw. LG 1.2	106	121
Anw. LG 1.1	6	6
<i>Summe [Beamte im Vorbereitungsdienst]:</i>	868	862
<i>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</i>		
Auszub.	60	60
E13	0	1
E11	10	16
E10	10	10
E9	197	0
E9 b LG 2.1	0	27
E9 a LG 1.2	0	172
E8	275	275
E6	189	185
E4	35	35
E3	1	1
E2	4	4
Cheffahrer	1	1
PKW-Fahrer	4	4
Praktikant	2	2
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	788	793
Summe:	3.551	3.563

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

NACHWUCHSKRÄFTE IN DER JUSTIZ

Zur Erreichung einer bedarfsorientierten Steuerung der Ausbildungskapazitäten in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gilt für die Bewirtschaftung der in den Kap. 0902 und 0903 ausgebrachten Stellen für Anwärter/-innen und Auszubildende folgende Regelung:

Abweichungen von den in den Stellenplänen/-übersichten bei den Titeln 0902 - 428 03, 0902 - 422 03 sowie 0903 - 422 03 jeweils ausgewiesenen Stellen sind zulässig, sofern die Zahl der insgesamt bei diesen Titeln zur Verfügung stehenden Stellen nicht überschritten wird.

	Stellenanzahl	
	2019	2020
422 01		
Bedarf an Beamtinnen und Beamten		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER		
<i>Bes. Gruppe</i>		
A16 Leitende Regierungsdirektoren/-innen	3	4 ³⁾
A16 Leitende Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	0	5
A15 Regierungsdirektoren/-innen	4	4
A15 Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	3	0
A14 Oberregierungsräte/-innen	13	17
A14 Leiter/-in Frauenvollzug	1	1
A14 LG 2.1 Rektoren/-innen im Justizvollzugsdienst	1	1
A13 LG 2.2 Regierungsräte/-innen	9	4
A13 LG 2.1 Justizoberamtsräte/-innen	11	11 ⁴⁾
A13 LG 2.1 Lehrkraft im Justizvollzugsdienst	8	8
A12 Justizamtsräte/-innen	31	33
A11 Sozialamt männer/-frauen	19	19
A11 Justizamtsfrauen/-männer	25	22
A9 LG 2.1 Justizinspektoren/-innen	0	2
A9 LG 2.1 Verwaltungsinspektoren/-innen	1	0
A9 LG 1.2 Justizamtsinspektoren/-innen	288	292 ¹⁾
A9 LG 1.2 Justizbetriebsinspektoren/-innen	12	12 ²⁾
A8 Hauptwerkmeister/-innen	11	11
A8 Justizhauptsekretäre/-innen	435	432
Summe :	875	878

- 1) 86 (Vorjahr: 84) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet. (HH 2020: Ausstattung von zwei weiteren Planstellen der Bes. Gruppe A9 LG 1.2 mit einer Amtszulage unter Einhaltung der nach sachgerechter Bewertung zu beachtenden Obergrenze; zur Personalentwicklung und Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze im Allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst).
- 2) 5 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 3) 2 Stellen der BesGr. A 16 ist mit einer Amtszulage gem. Vorbermerkung Nr. 5 zur SHBesO A und B ausgestattet.
- 4) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A12	am 31.12.2023	Wegfall einer im Zusammenhang mit der Ausbildung von Nachwuchskräften für den Betrieb der Abschiebehafteinrichtung in Glückstadt vorgehaltenen Planstelle für eine Lehrkraft.	(aus HH 2019)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2021	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens am 31.07.2021 - gem. § 15 Ziffer 1 HG 2019-	(aus HH 2020)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2022	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -spätestens am 31.07.2022- (Ausbringung der Planstelle gem. § 15 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes 2019)	(aus HH 2020)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2015)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

4 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2021	Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)	(aus HH 2016)
6 Stellen	A8	am 31.12.2021	Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)	(aus HH 2016)

Vermerke:

			Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 10 besetzt werden.	(aus HH 1980)
			Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1 besetzt werden, und zwar bis zu 2 Planstellen.	(aus HH 1987)
			Planstellen der LG 2.1 der Laufbahnzweige des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des gehobenen Sozialdienstes dürfen unter Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden.	(aus HH 2004/2005)
			Planstellen der LG 1.2 der Laufbahnzweige des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes dürfen unter der Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden.	(aus HH 2004/2005)
			Auf den Planstellen der LG 2.1 des Laufbahnzweiges des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen auch Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
			Auf den Planstellen der LG 1.2 des Laufbahnzweiges des mittleren Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten dürfen Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden.	(aus HH 2009/2010)
			Planstellen der Bes.Gruppe A16 für Leitende Regierungsmedizinalkliniken/-innen dürfen gem. § 49 Abs. 4 LHO zusätzlich auch mit Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern besetzt werden, die als Ärztinnen oder Ärzte nach den Regelungen des Tarifvertrages für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken (TV-Ärzte) eingruppiert sind.	(aus HH 2018)
9 Stellen	A11		Planstellen der Bes.Gr. A 11 (Justizamtfrauen/-männer) dürfen nur mit der Leiterin/ dem Leiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck, Flensburg und Itzehoe sowie bei der Jugendanstalt Schleswig und mit der Leiterin/ dem Leiter des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster und Lübeck besetzt werden.	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A8		darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A16							1				+1	von A15; Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A15 -Regierungsdirektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A16 -Leitende Regierungsdirektoren/-innen- (Anhebung der Besoldung für die Leitung der Jugendanstalt Schleswig) -Umsetzung Beförderungspaket-
2	A16	2										+5	Ausbringung von zwei Planstellen der Bes.Gruppe A16 -Leitende Regierungsmedizinalkommissare/-innen- (Sicherstellung der kontinuierlichen, medizinischen Versorgung der Gefangenen durch Bildung eines "Ärzte-pools" für alle Justizvollzugsanstalten)
3									3				von A15; Hebung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A15 -Regierungsmedizinalkommissare/-innen- nach Bes.Gruppe A16 -Leitende Regierungsmedizinalkommissare/-innen- (zur Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze und Vermeidung von Vakanzen im Bereich der Anstaltsärzte/-innen) -Umsetzung Beförderungspaket-
4	A15								1			0	von A14; Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- nach Bes.Gruppe A15 -Regierungsdirektoren/-innen- (für eine Vertretung der Anstaltsleitung der Justizvollzugsanstalt Lübeck)
5										1			nach A16; Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A15 -Regierungsdirektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A16 -Leitende Regierungsdirektoren/-innen- (Anhebung der Besoldung für die Leitung der Jugendanstalt Schleswig) -Umsetzung Beförderungspaket-
6	A15										3	-3	nach A16; Hebung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A15 -Regierungsmedizinalkommissare/-innen- nach Bes.Gruppe A16 -Leitende Regierungsmedizinalkommissare/-innen- (zur Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze und Vermeidung von Vakanzen im Bereich der Anstaltsärzte/-innen) -Umsetzung Beförderungspaket-
7	A14								5			+4	von A13 LG 2.2; Hebung von fünf Planstellen der Bes.Gruppe A13 LG 2.2 -Regierungsräte/-innen- nach Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- (zur Attraktivitätssteigerung, Personalentwicklung und Vermeidung von Vakanzen im Bereich des psychologischen Dienstes der Justizvollzugsanstalten) -Umsetzung Beförderungspaket-
8											1		nach A15; Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- nach Bes.Gruppe A15 -Regierungsdirektoren/-innen- (für eine Vertretung der Anstaltsleitung der Justizvollzugsanstalt Lübeck)
9	A13 LG 2.2										5	-5	nach A14; Hebung von fünf Planstellen der Bes.Gruppe A13 LG 2.2 -Regierungsräte/-innen- nach Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- (zur Attraktivitätssteigerung, Personalentwicklung und Vermeidung von Vakanzen im Bereich des psychologischen Dienstes der Justizvollzugsanstalten) -Umsetzung Beförderungspaket-

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
10	A12	1										+2	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (für die Konzeption und Einführung der elektronischen Gefangenenpersonalakte (eGPA) sowie für die Einführung der elektronischen Verwaltungsakte im Justizvollzug, Stelle Projektleitung)
11		1											Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (für eine/-n Informationssicherheitskoordinator/-in nach dem Konzept zur Informationssicherheitskoordination der schleswig-holsteinischen Justiz)
12	A11				3							-3	nach 09 01 - 422 01; Umsetzung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A11 -Justizamtsfrauen/-männer von Tit. 09 03 - 422 01 nach Tit. 09 01 - 422 01 -Bes.Gruppe A11 - Regierungsamtmänner/-frauen- (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, Abt. Justizvollzug)
13	A9 LG 2.1	1										+2	Zugang einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- (Zugang einer zur Übernahme einer ausgebildeten Nachwuchskraft gem. § 15 Ziffer 1 HG 2019 ausgebrachten Planstelle, künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens am 31.07.2021)
14		1											Zugang einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- (Ausbringung gem. § 15 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes für die Übernahme einer ausgebildeten Nachwuchskraft, Planstelle ist künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens am 31.07.2022)
15	A9 LG 2.1		1									-1	Vollzug kw-Vermerk; Einsparung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 2.1 -Verwaltungsinspektoren/-innen- (Realisierung kw-Vermerk, am 31.07.2019 (aus HH 2017), Wegfall einer zur Übernahme einer ausgebildeten Nachwuchskraft gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2016 im HH 2017 ausgebrachten Planstelle)
16	A9 LG 1.2	1										+4	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (für die Konzeption und Einführung der elektronischen Gefangenenpersonalakte (eGPA) sowie für die Einführung der elektronischen Verwaltungsakte im Justizvollzug, Stelle Verfahrensbetreuung)
17								3					von A8; Hebung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- nach Bes.Gruppe A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (zur Personalentwicklung der Mitarbeiter/-innen des Verwaltungsdienstes der Justizvollzugsanstalten) -Umsetzung Beförderungspaket-

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
18	A8								3			-3	nach A9 LG 1.2; Hebung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- nach Bes.Gruppe A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (zur Personalentwicklung der Mitarbeiter/-innen des Verwaltungsdienstes der Justizvollzugsanstalten) -Umsetzung Beförderungspaket-
Summe:		7	1		3			13	13			+3	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A9 LG 2.1 am 31.07.2021 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens am 31.07.2021 - gem. § 15 Ziffer 1 HG 2019- (aus HH 2020)
- 1 Stelle A9 LG 2.1 am 31.07.2022 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -spätestens am 31.07.2022- (Ausbringung der Planstelle gem. § 15 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes 2019) (aus HH 2020)

Stellenanzahl
2019 2020

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG 2.1	Justizinspektoranwärter/-innen	10	10
Anw. LG 1.2	Justizhauptsekretäranwärter/-innen	102	102
Summe :		112	112

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 4 Stellen Anw. LG 2.1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers. (aus HH 2018)

Stellenanzahl
2019 2020

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant		2	2
Summe :		2	2

Stellenanzahl
2019 2020

428 01

Entgeltgruppe

E13		1	1
-----	--	---	----------

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E12	1	1
E10	3	3
E9	3	0
E9 b LG 2.1	0	3
E8	32	32
E7	3	3
E6	8	8
E5	3	3
KR 7a	3	3
Summe :	57	57

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E5 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029 (aus HH 2004/2005)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9										3	-3	nach E9 b LG 2.1; Neue Entgeltordnung
2	E9 b LG 2.1										3	+3	von E9; Neue Entgeltordnung
Summe:										3	3	0	

Beamte und Beamtinnen

A16	3	9
A15	7	4
A14	14	18
A14 LG 2.1	1	1
A13 LG 2.2	9	4
A13 LG 2.1	19	19
A12	31	33
A11	44	41
A9 LG 2.1	1	2
A9 LG 1.2	300	304
A8	446	443
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	875	878

Beamte im Vorbereitungsdienst

Anw. LG 2.1	10	10
Anw. LG 1.2	102	102
<i>Summe [Beamte im Vorbereitungsdienst]:</i>	112	112

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E13	1	1
E12	1	1
E10	3	3
E9	3	0
E9 b LG 2.1	0	3
E8	32	32
E7	3	3
E6	8	8
E5	3	3
KR 7a	3	3
Praktikant	2	2
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	59	59

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

Summe:

1.046

1.049

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2019	2020
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Oberverwaltungsgericht			
R6	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1 ⁴⁾
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	3	3
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		5	5
Verwaltungsgericht			
R4	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1
Summe [Verwaltungsgericht]:		1	1
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Oberverwaltungsgericht			
R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	12	12
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A12	Justizamtsräte/-innen	2	2
A11	Justizbibliotheksamtfrau/-amtmann	1	1
A11	Justizamtsfrauen/-männer	1	2
A10	Justizoberinspektoren/-innen	1	0
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	7	7 ²⁾
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	9	9 ³⁾
Summe [Oberverwaltungsgericht]:		40	40
Verwaltungsgericht			
R2	Vorsitzender Richter/-in am Verwaltungsgericht	15	15
R2	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1 ¹⁾
R1	Richter/-innen	42	42
Summe [Verwaltungsgericht]:		58	58
Summe :		104	104

1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.

2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.

3) 1 Stelle ist mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	R2	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	R2	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

3 Stellen	R1	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
3 Stellen	R1	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)
1 Stelle	A12	am 31.12.2023	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)
2 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2023	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	A6 LG 1.1	am 31.12.2023	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)

Vermerke:

- Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)
- 3 Richter/-innen am Oberverwaltungsgericht - Bes.Gruppe R2 - werden als Professoren/-innen auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1991)
- 1 Richter/-in am Verwaltungsgericht - Bes.Gruppe R1 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1983)

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	A11							1				+1	von A10; [Stufe Oberverwaltungsgericht] Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A11 -Justizamfrauen/-männer- (zur Personalentwicklung im Bereich des Rechtspflegerdienstes) -Umsetzung Beförderungspaket-
2	A10								1			-1	nach A11; [Stufe Oberverwaltungsgericht] Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A11 -Justizamfrauen/-männer- (zur Personalentwicklung im Bereich des Rechtspflegerdienstes) -Umsetzung Beförderungspaket-
Summe:								1	1			0	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	R2	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	R2	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)
3 Stellen	R1	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

3 Stellen	R1	am 31.12.2023	[Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)
1 Stelle	A12	am 31.12.2023	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)
2 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2023	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2016)
1 Stelle	A6 LG 1.1	am 31.12.2023	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2017)

Stellenanzahl

2019 2020

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG 1.1 Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen

1 1

Summe :

1 1

Stellenanzahl

2019 2020

428 01

Entgeltgruppe

Oberverwaltungsgericht

E12

1 2

E11

2 2

E10

1 3

E9

13 0

E9 b LG 2.1

0 2

E9 a LG 1.2

0 11

E8

9 9

E6

19 19

Summe [Oberverwaltungsgericht]:

45 48

Summe :

45 48

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E9 a LG 1.2	am 31.12.2023	[Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2020)
-----------	-------------	---------------	---	---------------

Vermerke:

Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)

3 Stellen	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden. [Stufe Oberverwaltungsgericht]	(aus HH 2001)
-----------	----	---	---------------

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	E12			1								+1	von 09 05 - 428 01; Umsetzung einer Stelle der Entgeltgruppe E 12 von Tit. 09 05 - 428 01 nach Tit. 09 04 - 428 01 (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf wg. Versetzung der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers an die beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht angesiedelte gemeinsame IT-Stelle der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit -GeFa-)
2	E10			2								+2	von 09 05 - 428 01; Umsetzung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E 10 von Tit. 09 05 - 428 01 nach Tit. 09 04 - 428 01 (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf wg. Versetzung der Stelleninhaber/-innen an die beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht angesiedelte gemeinsame IT-Stelle der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit -GeFa-)
3	E9										11	-13	nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
4											2	2	nach E9 b LG 2.1; Neue Entgeltordnung
5	E9 b LG 2.1									2		+2	von E9; Neue Entgeltordnung
6	E9 a LG 1.2									11		+11	von E9; Neue Entgeltordnung
Summe:				3						13	13	+3	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E9 a LG 1.2 am 31.12.2023 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich. (aus HH 2020)

Beamte im Vorbereitungsdienst

Anw. LG 1.1	1	1
<i>Summe [Beamte im Vorbereitungsdienst]:</i>	1	1

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Oberverwaltungsgericht	2019	2020	2021
<i>Beamte und Beamtinnen</i>			
R6	1	1	
R3	4	4	
R2	12	12	
A14	1	1	
A13 LG 2.1	1	1	
A12	2	2	
A11	2	3	
A10	1	0	
A9 LG 1.2	7	7	
A8	4	4	
A7	1	1	
A6 LG 1.1	9	9	
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	45	45	
<i>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</i>			
E12	1	2	
E11	2	2	
E10	1	3	
E9	13	0	
E9 b LG 2.1	0	2	
E9 a LG 1.2	0	11	
E8	9	9	
E6	19	19	
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	45	48	
Summe [Oberverwaltungsgericht]:	90	93	
Verwaltungsgericht	2019	2020	2021
<i>Beamte und Beamtinnen</i>			
R4	1	1	
R2	16	16	
R1	42	42	
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	59	59	
Summe [Verwaltungsgericht]:	59	59	
Summe:	150	153	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2019	2020
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Landessozialgericht			
R6	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	1 ¹⁾
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landessozialgericht	3	3
Summe [Landessozialgericht]:		5	5
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes. Gruppe</i>			
Landessozialgericht			
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	12	12
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1
A10	Justizoberinspektoren/-innen	1	1
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1 ²⁾
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	2	2 ⁵⁾
Summe [Landessozialgericht]:		20	20
Sozialgerichte			
R2	Direktoren/-innen eines Sozialgerichts	4	4 ³⁾
R2	Richter/-innen am Sozialgericht	7	7
R1	Richter/-innen am Sozialgericht	43	43
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3
A11	Justizamtfrauen/-männer	2	3
A10	Justizoberinspektoren/-innen	5	4
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4 ⁴⁾
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	5	5
A7	Justizobersekretäre/-innen	2	2
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	3	3
Summe [Sozialgerichte]:		78	78
Summe :		103	103

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO R ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 5) 2 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen	R1	am 31.12.2021	[Stufe Sozialgerichte] Einsparung unter Berücksichtigung steigender Bestandszahlen, einer angemessenen Verfahrensdauer und vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von anhängigen Klageverfahren der Krankenkassen wegen verkürzter Verjährungsfristen frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2009/2010)
-----------	----	---------------	---	--------------------

Vermerke:

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Richter/-in am Landessozialgericht - Bes.Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder (aus HH 1984) einer anderen deutschen Hochschule geführt [Stufe Landessozialgericht]

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Sozialgerichte													
1	A11							1				+1	von A10; [Stufe Sozialgerichte] Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A11 - Justizamtfrauen/-männer- (zur Personalentwicklung im Bereich des Rechtspflegerdienstes) -Umsetzung Beförderungspaket-
2	A10								1			-1	nach A11; [Stufe Sozialgerichte] Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A10 -Justizoberinspektoren/-innen- nach Bes.Gruppe A11 -Justizamtfrauen/-männer- (zur Personalentwicklung im Bereich des Rechtspflegerdienstes) -Umsetzung Beförderungspaket-
Summe:								1	1			0	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

3 Stellen R1 am 31.12.2021 [Stufe Sozialgerichte] Einsparung unter Berücksichtigung steigender Bestandszahlen, einer angemessenen Verfahrensdauer und vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von anhängigen Klageverfahren der Krankenkassen wegen verkürzter Verjährungsfristen frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich. (aus HH 2009/2010)

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle R1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.05.2021 [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

1 Stelle R1 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.10.2021 [Stufe Sozialgerichte] (aus HH 2009/2010)

Stellenanzahl

2019 2020

428 01

Entgeltgruppe

Landessozialgericht

E12	1	0
E10	2	0
E8	2	2
E6	9	9
PKW-Fahrer	1	1
Summe [Landessozialgericht]:	15	12

Sozialgerichte

E8	4	5
E6	52	51

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E3	4	4
Summe [Sozialgerichte]:	60	60
Summe :	75	72

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E6 am 31.12.2021 [Stufe Sozialgerichte] Einsparung in den Folgediensten (Serviceeinheiten) unter Berücksichtigung steigender Bestandszahlen, einer angemessenen Verfahrensdauer und vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von anhängigen Klageverfahren der Krankenkassen wegen verkürzter Verjährungsfristen frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich. (aus HH 2009/2010)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landessozialgericht													
1	E12				1							-1	nach 09 04 - 428 01; Umsetzung einer Stelle der Entgeltgruppe E 12 von Tit. 09 05 - 428 01 nach Tit. 09 04 - 428 01 (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf wg. Versetzung der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers an die beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht angesiedelte gemeinsame IT-Stelle der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit -GeFa-)
2	E10				2							-2	nach 09 04 - 428 01; Umsetzung von zwei Stellen der Entgeltgruppe E 10 von Tit. 09 05 - 428 01 nach Tit. 09 04 - 428 01 (zur Bereinigung der Stellensituation im Epl. 09, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf wg. Versetzung der Stelleninhaber/-innen an die beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht angesiedelte gemeinsame IT-Stelle der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit - GeFa-)
Sozialgerichte													
3	E8							1				+1	von E6; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E8 (Tarifgerechte Bewertung einer für die Besetzung mit einer IT-Administratorin / eines IT-Administrators vorgesehenen Stelle, Sozialgericht Kiel) - Umsetzung Beförderungspaket-
4	E6								1			-1	nach E8; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E6 nach Entgeltgruppe E8 (Tarifgerechte Bewertung einer für die Besetzung mit einer IT-Administratorin / eines IT-Administrators vorgesehenen Stelle, Sozialgericht Kiel) - Umsetzung Beförderungspaket-
Summe:					3			1	1			-3	

geänderte Vermerke

Stellen künftig wegfallend:

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

3 Stellen	E6	am 31.12.2021	[Stufe Sozialgerichte] Einsparung in den Folgediensten (Serviceeinheiten) unter Berücksichtigung steigender Bestandszahlen, einer angemessenen Verfahrensdauer und vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von anhängigen Klageverfahren der Krankenkassen wegen verkürzter Verjährungsfristen frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.	(aus HH 2009/2010)
-----------	----	---------------	---	--------------------

weggefallene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E6	am 01.05.2021	Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	E6	am 01.10.2021	Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2009/2010)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Landessozialgericht	2019	2020	2021
<i>Beamte und Beamtinnen</i>			
R6	1	1	
R3	4	4	
R2	12	12	
A14	1	1	
A13 LG 2.1	1	1	
A11	1	1	
A10	1	1	
A9 LG 1.2	1	1	
A7	1	1	
A6 LG 1.1	2	2	
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	25	25	
<i>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</i>			
E12	1	0	
E10	2	0	
E8	2	2	
E6	9	9	
PKW-Fahrer	1	1	
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	15	12	
Summe [Landessozialgericht]:	40	37	
Sozialgerichte	2019	2020	2021
<i>Beamte und Beamtinnen</i>			
R2	11	11	
R1	43	43	
A12	3	3	
A11	2	3	
A10	5	4	
A9 LG 1.2	4	4	
A8	5	5	
A7	2	2	
A6 LG 1.1	3	3	
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	78	78	
<i>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</i>			
E8	4	5	
E6	52	51	
E3	4	4	
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	60	60	
Summe [Sozialgerichte]:	138	138	
Summe:	178	175	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2019	2020
422 01	Bedarf an Beamtinnen und Beamten		
	FESTE GEHÄLTER		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
R5	Präsident/-in des Finanzgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	1	1
R3	Vorsitzender Richter/-in am Finanzgericht	3	3
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
R2	Richter/-in am Finanzgericht	10	10
R1	Richter/-in am Finanzgericht	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A12	Justizamtsräte/-innen	1	1
A11	Justizamtsfrauen/-männer	1	1
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	2	2
Summe :		22	22

Vermerke:

1 Richter/-in am Finanzgericht - Bes. Gruppe R2 - wird als Professor/-in auf einer Planstelle der CAU oder einer anderen deutschen Hochschule geführt. (aus HH 1984)

		Stellenanzahl	
		2019	2020
428 01	<i>Entgeltgruppe</i>		
E10		0	1
E9		1	0
E9 b LG 2.1		0	0
E8		1	1
E6		4	4
Summe :		6	6

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E10							1				+1	von E9 b LG 2.1; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9b nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung einer für die Besetzung mit einer Betriebskoordinatorin / eines Betriebskoordinators der für IT-Angelegenheiten der Fachgerichtsbarkeiten eingerichteten dezentralen IT-Stelle (GeFa) vorgesehenen Stelle) -Umsetzung Beförderungspaket-
2	E9										1	-1	nach E9 b LG 2.1; Neue Entgeltordnung
3	E9 b LG 2.1								1			0	nach E10; Hebung einer Stelle der Entgeltgruppe E9b nach Entgeltgruppe E10 (Tarifgerechte Bewertung einer für die Besetzung mit einer Betriebskoordinatorin / eines Betriebskoordinators der für IT-Angelegenheiten der Fachgerichtsbarkeiten eingerichteten dezentralen IT-Stelle (GeFa) vorgesehenen Stelle) - Umsetzung Beförderungspaket-
4											1		von E9; Neue Entgeltordnung
Summe:								1	1	1	1	0	

Beamte und Beamtinnen

R5	1	1
R3	4	4
R2	10	10
R1	1	1
A13 LG 2.1	1	1
A12	1	1
A11	1	1
A9 LG 1.2	1	1
A8	2	2
Summe [Beamte und Beamtinnen]:	22	22

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E10	0	1
E9	1	0
E9 b LG 2.1	0	0
E8	1	1
E6	4	4
Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:	6	6

Summe: 28 28

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2019	2020
422 01			
Bedarf an Beamtinnen und Beamten			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
R6	Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin	1	1
R4	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	2	2
R3	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	4	4 ⁶⁾
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
R2	Oberstaatsanwälte/-innen	32	33 ¹⁾
R1	Erste Staatsanwälte/-innen	12	12 ⁸⁾
R1	Staatsanwälte/-innen	144	151 ²⁾
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	10	12 ⁷⁾
A13 LG 2.1	Oberamtsanwälte/-innen	32	32 ⁴⁾
A12	Amtsanwälte/-innen	21	21
A12	Justizamtsräte/-innen	23	27
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	4	4
A11	Sozialamtmänner/-frauen	5	5
A11	Justizamtfrauen/-männer	16	16
A10	Justizoberinspektoren/-innen	7	7
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	9	9
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	3	3
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	62	62 ³⁾
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	40	40
A7	Justizobersekretäre/-innen	42	42
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	29	29 ⁵⁾
Summe :		501	515

- 1) 4 Stellen mit einer Amtszulage gem. Fußnote 6 zu BesGr. R2 SHBesO R ausgestattet.
- 2) 12 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 2 zu BesGr R1 SHBesO R ausgestattet.
- 3) 14 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
- 4) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 12 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 5) 6 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesG ausgestattet bzw. mit einer Amtszulage gem. Fußnoten 4 oder 5 zu BesGr. A 6 SHBesO A und B.
- 6) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet.
- 7) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 15 zu BesGr. A 13 SHBesO A und B ausgestattet.
- 8) Sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 LG 2.1	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2017)
1 Stelle	A12	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2017)

Vermerke:

Planstellen der Bes.Gruppe A10 für Sozialoberinspektoren/-innen dürfen mit graduierten Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe E10 besetzt werden. (aus HH 1979)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R2	1										+1	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R2 -Oberstaatsanwälte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stelle für eine/-n Abteilungsleiter/-in) - Pakt für den Rechtsstaat-
2	R1	4										+7	Ausbringung von vier Planstellen der Bes.Gruppe R1 -Staatsanwälte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Dezenten/-innen) -Pakt für den Rechtsstaat, finanziert i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-
3		2											Ausbringung von zwei Planstellen der Bes.Gruppe R1 -Staatsanwälte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Dezenten/-innen) -Pakt für den Rechtsstaat-
4		1											Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R1 -Staatsanwälte/-innen- (Erhöhung des Stellenbestandes im staatsanwaltlichen Dienst als Beitrag zur Kompensation der anhaltend hohen und weiter steigenden Belastung) -Pakt für den Rechtsstaat-
5	A13 LG 2.1	2										+2	Ausbringung von zwei Planstellen der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (zur weiteren Kompensation der komplexen Aufgabenerweiterungen im Rechtspfleger/-innen-Dienst der Staatsanwaltschaften aufgrund der Neufassung des materiellen und prozessualen Rechts der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste-
6	A12	1										+4	Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (für eine/-n Informationssicherheitskoordinatoren/-in nach dem Konzept zur Informationssicherheitskoordination in der schleswig-holsteinischen Justiz)
7		3											Ausbringung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Rechtspfleger/-innen) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste-
Summe:		14										+14	

Stellenanzahl

2019

2020

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

<i>Bes. Gruppe</i>			
Anw. LG 1.1	Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen	3	3
Summe :		3	3

427 05

<i>Entgeltgruppe</i>			
	Praktikant	1	1
Summe :		1	1

Stellenanzahl
2019 **2020**

428 01

<i>Entgeltgruppe</i>			
	E12	2	2
	E11	10	10
	E10	1	1
	E9	11	0
	E9 b LG 2.1	0	4
	E9 a LG 1.2	0	17
	E8	24	24
	E6	109	109
	E5	6	6
	E4	1	1
Summe :		164	174

Stellenanzahl
2019 **2020**

Vermerke:

- 1 Stelle E8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 2 Stellen E5 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9	6										-11	Ausbringung von sechs Stellen der Entgeltgruppe E9 (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Serviceeinheiten) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste- (neue Entgeltordnung E9a)
2		4											Ausbringung von vier Stellen der Entgeltgruppe E9 (zur weiteren Kompensation der gestiegenen Belastung in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften, u.a. aufgrund der Stellenzuwächse bei den Staatsanwälten/-innen und infolge des Verfahrensanstieges durch die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste-(neue Entgeltordnung E9a)
3												7	nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
4												4	nach E9 b LG 2.1; Neue Entgeltordnung
5												10	nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
6	E9 b LG 2.1											4	+4 von E9; Neue Entgeltordnung
7	E9 a LG 1.2											7	+17 von E9; Neue Entgeltordnung
8												10	von E9; Neue Entgeltordnung
Summe:		10								21	21	+10	

Beamte und Beamtinnen

R6	1	1
R4	2	2
R3	4	4
R2	32	33
R1	156	163
A15	1	1
A14	2	2
A13 LG 2.1	42	44
A12	48	52
A11	21	21
A10	16	16
A9 LG 2.1	3	3
A9 LG 1.2	62	62
A8	40	40
A7	42	42
A6 LG 1.1	29	29
<hr/>		
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	501	515

Beamte im Vorbereitungsdienst

Anw. LG 1.1	3	3
<hr/>		
<i>Summe [Beamte im Vorbereitungsdienst]:</i>	3	3

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E12	2	2
E11	10	10
E10	1	1
E9	11	0
E9 b LG 2.1	0	4
E9 a LG 1.2	0	17
E8	24	24

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E6	109	109
E5	6	6
E4	1	1
Praktikant	1	1
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	165	175
Summe:	669	693

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2019	2020
422 01			
FESTE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
Landesarbeitsgericht			
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1 ¹⁾
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landesarbeitsgericht	4	4
Summe [Landesarbeitsgericht]:		6	6
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER			
<i>Bes.Gruppe</i>			
Landesarbeitsgericht			
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1
A12	Justizamtsräte/-innen	0	1
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	0
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1
Summe [Landesarbeitsgericht]:		4	4
Arbeitsgericht			
R2	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts	4	4
R1	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts, Richter/-innen am Arbeitsgericht	18	18 ²⁾
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3
A11	Justizamtfrauen/-männer	3	3
A10	Justizoberinspektoren/-innen	5	5
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4
Summe [Arbeitsgericht]:		37	37
Summe :		47	47

1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO R ausgestattet [Stufe Landesarbeitsgericht].

2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO R ausgestattet [Stufe Arbeitsgericht].

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Landesarbeitsgericht													
1	A12							1				+1	von A11; [Stufe Landesarbeitsgericht] Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A11 -Justizamtfrauen/-männer- nach Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (zur Personalentwicklung im Bereich des Rechtspflegerdienstes) -Umsetzung Beförderungspaket-
2	A11								1			-1	nach A12; [Stufe Landesarbeitsgericht] Hebung einer Planstelle der Bes.Gruppe A11 -Justizamtfrauen/-männer- nach Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (zur Personalentwicklung im Bereich des Rechtspflegerdienstes) -Umsetzung Beförderungspaket-
Summe:								1	1			0	

Stellenanzahl
2019 2020

428 01

Entgeltgruppe

Landesarbeitsgericht

E11	1	1
E9	3	0
E9 b LG 2.1	0	2
E9 a LG 1.2	0	1
E8	2	2
E6	5	5
Summe [Landesarbeitsgericht]:	11	11

Arbeitsgericht

E9	2	0
E9 a LG 1.2	0	2
E8	4	4
E6	23	23
Summe [Arbeitsgericht]:	29	29

Summe :	40	40
----------------	-----------	-----------

Vermerke:

Eine Stelle der EntgGr. E8 darf nur zur Hälfte aus der EntgGr. E6 besetzt werden.

(aus HH 2006)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen	
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Landesarbeitsgericht														
1	E9											1	-3	nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
2												2		nach E9 b LG 2.1; Neue Entgeltordnung
3	E9 b LG 2.1									2		+2	von E9; Neue Entgeltordnung	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
4	E9 a LG 1.2									1		+1	von E9; Neue Entgeltordnung
Arbeitsgericht													
5	E9										2	-2	nach E9 a LG 1.2; Neue Entgeltordnung
6	E9 a LG 1.2									2		+2	von E9; Neue Entgeltordnung
Summe:										5	5	0	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2020

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7 428 01 428 TG	8	9
09 01	Ministerium	2020	182	-	-	63	6	251
		2019	161	-	-	66	3	230
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2020	1.908	-	862	733	60	3.563
		2019	1.895	-	868	728	60	3.551
09 03	Justizvollzugsanstalten	2020	878	-	112	59	-	1.049
		2019	875	-	112	59	-	1.046
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	2020	104	-	1	48	-	153
		2019	104	-	1	45	-	150
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	2020	103	-	-	72	-	175
		2019	103	-	-	75	-	178
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2020	22	-	-	6	-	28
		2019	22	-	-	6	-	28
09 08	Staatsanwaltschaften	2020	515	-	3	175	-	693
		2019	501	-	3	165	-	669
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	2020	47	-	-	40	-	87
		2019	47	-	-	40	-	87
Summe		2020	3.759	-	978	1.196	66	5.999
		2019	3.708	-	984	1.184	63	5.939

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2020

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2020	Ministerium	09 01
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	09 02
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020	Justizvollzugsanstalten	09 03
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	09 04
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	09 05
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	09 06
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020	Staatsanwaltschaften	09 08
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	09 09
-	-	-	-	-	2019		
-	-	-	-	-	2020		Summe
-	-	-	-	-	2019		

09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Hebungen 2020

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 01	Ministerium				
	A15	A16			1
	A13 LG 2.2	A14			1
	A11	A12			3
	A10	A11			1
			E11	E13	1
		E11	E12	6	
		E11	E12	2	
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				
	R1	R2			1
	A8	A9 LG 1.2			4
	A7	A8			4
			E9	E13	1
			E9	E11	5
		E6	E9	2	
		E6	E9	1	
09 03	Justizvollzugsanstalten				
	A15	A16			3
	A15	A16			1
	A14	A15			1
	A13 LG 2.2	A14			5
A8	A9 LG 1.2			3	
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit				
	A10	A11			1
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit				
	A10	A11	E6	E8	1
				1	
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht				
			E9 b LG 2.1	E10	1
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit				
	A11	A12			1
Summe	31	31	20	20	51

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Umwandlungen 2020

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01	Ministerium						
			E13 E10	A13 LG 2.2 A10			2 2
Summe	0	0	4	4	0	0	4

09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Umsetzungen Stellenplan 2020

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				1
nach 09 01			E6	E6	
09 03	Justizvollzugsanstalten				3
nach 09 01	A11	A11			
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit				1 2
nach 09 04			E12 E10	E12 E10	
Summe	3	3	4	4	7

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01 Ministerium							
422 01							
A16	1	2015	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/ Prüfstelle-			1	Im Zusammenhang mit der Aufgabewahrnehmung der Prüfbehörde des deutsch-dänischen INTERREG A-Programmes (2014-2020) und des INTERREG B-Ostseeprogrammes (2014 - 2020) sowie der Prüfstelle des INTERREG B-Nordseeprogrammes.
A16	1	2019	am 31.12.2021 Wegfall der für die Geschäftsführung der IMAG EU-Fonds im Zusammenhang mit der Einwerbung von EU-Fördermitteln und Koordinierung der EU-Finanzperiode 2021 - 2027 ausgebrachten Planstelle			1	
A14	1	2019	am 31.12.2022 Wegfall zum Ende der Projektlaufzeit des Länderverbundprojektes "Neues Textsystem" für das Fachverfahren "forumStar"			1	
428 01							
E12	1	2015	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten -INTERREG Prüfbehörden/ Prüfstelle-			1	Im Zusammenhang mit der Aufgabewahrnehmung der Prüfbehörde des deutsch-dänischen INTERREG A-Programmes (2014-2020) und des INTERREG B-Ostseeprogrammes (2014 - 2020) sowie der Prüfstelle des INTERREG B-Nordseeprogrammes.
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit							
422 01							
A13 LG 2.1	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder	1			Erlass FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016)
422 03							
Anw. LG 2.1	15	2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.			15(*)	Zur Sicherstellung einer künftig ausreichenden Personalausstattung im Rechtspflegedienst der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist eine Reduzierung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes absehbar nicht möglich. - Ausbildungsoffensive Landesregierung-
Anw. LG 1.2	20	2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers.			20(*)	Zur Sicherstellung einer künftig ausreichenden Personalausstattung in den Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist eine Reduzierung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes absehbar nicht möglich. - Ausbildungsoffensive Landesregierung-

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2019 realisiert und im HH 2020 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2020 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2020 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
428 01							
E4	10	2018	am 31.12.2025 Einsparung der aus dem Nachtragshaushalt 2016 als Planstellen der Bes.Gruppe A 6 LG 1.1 im Zusammenhang mit den Großprozessen ausgebrachten Stellen zum genannten Zeitpunkt möglich, soweit in den Justizwachtmeistereien nicht mehr benötigt. Künftig wegfallend als Stelle der Entgeltgruppe E 4 aus Gründen der Personalbewirtschaftung (Verbeamtung der zunächst als Justizhelfer/-innen (Tarifbeschäftigte) erprobten Mitarbeiter/-innen).			10	Die für die Bewältigung der Großprozesse im HH 2016 ausgebrachten Stellen werden u.a. i.Z.m. der aufgrund des gestiegenen Bedarfs im Strafbereich erfolgten Verstärkung der übrigen Laufbahnen und mit Blick auf weitere Großprozesslagen weiterhin benötigt.
428 04							
Anw. LG 2.2	13	2016	am 01.01.2019 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	13			10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Anw. LG 2.2	11	2017	am 01.01.2020 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)			11	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
09 03 Justizvollzugsanstalten							
422 01							
A12	1	2019	am 31.12.2023 Wegfall einer im Zusammenhang mit der Ausbildung von Nachwuchskräften für den Betrieb der Abschiebehafteinrichtung in Glückstadt vorgehaltenen Planstelle für eine Lehrkraft.			1	
A9 LG 2.1	1	2017	am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren - gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2016	1			Erlass des FM vom 10.05.2016 - VI 214 - H 6900-353 -
A9 LG 1.2	1	2009/2010	gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	für ein freigestelltes Personalratsmitglied der JVA Neumünster
A9 LG 1.2	1	2015	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2014 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erlass des FM vom 04.06.2014 - VI 214 - HHV 2014 -
A9 LG 1.2	4	2016	am 31.12.2021 Voraussichtliches Ende der Großprozesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)			4	Der gestiegene Stellenbedarf im Strafbereich (ordentliche Gerichtsbarkeit), die personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaften und weitere "Großprozesslagen" führen auch im Justizvollzug zu einem weiterhin höherem Stellenbedarf.

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2019 realisiert und im HH 2020 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2020 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2020 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A8	6	2016	am 31.12.2021 Voraussichtliches Ende der Großpro- zesse 2015/2016 (aus Nachtragshaushalt 2016)			6	Der gestiegene Stellenbedarf im Strafbereich (ordentliche Gerichtsbarkeit), die personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaften und weitere "Großprozesslagen" führen auch im Justizvollzug zu einem weiterhin höherem Stellenbedarf.
422 03							
Anw. LG 2.1	4	2018	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn / des Stelleninhabers.		4(*)		Zur Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung der Justizvollzugsanstalten ist eine Reduzierung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes für den Vollzugs- und Verwaltungsdienst nicht möglich. -Ausbildungsoffensive Landesregierung-
428 01							
E5	1	2004/2005	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029			1	
09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit							
422 01							
R2	1	2016	am 31.12.2023 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestands- zahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühes- tens zum genannten Zeitpunkt möglich.		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2020" auf den "31.12.2023". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen für den Bereich Asyl ist angesichts der Entwicklung von Bestandszahlen und Verfahrensdauer mindestens bis zum genannten Termin nötig.
R2	1	2017	am 31.12.2023 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestands- zahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühes- tens zum genannten Zeitpunkt möglich.		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2020" auf den "31.12.2023". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen für den Bereich Asyl ist angesichts der Entwicklung von Bestandszahlen und Verfahrensdauer mindestens bis zum genannten Termin nötig.
R1	3	2016	am 31.12.2023 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestands- zahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühes- tens zum genannten Zeitpunkt möglich.		3		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2020" auf den "31.12.2023". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen für den Bereich Asyl ist angesichts der Entwicklung von Bestandszahlen und Verfahrensdauer mindestens bis zum genannten Termin nötig.
R1	3	2017	am 31.12.2023 [Stufe Verwaltungsgericht] Einsparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestands- zahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühes- tens zum genannten Zeitpunkt möglich.		3		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2020" auf den "31.12.2023". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen für den Bereich Asyl ist angesichts der Entwicklung von Bestandszahlen und Verfahrensdauer mindestens bis zum genannten Termin nötig.

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2019 realisiert und im HH 2020 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2020 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2020 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
A12	1	2017	am 31.12.2023 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2020" auf den "31.12.2023". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen für den Bereich Asyl ist angesichts der Entwicklung von Bestandszahlen und Verfahrensdauer mindestens bis zum genannten Termin nötig.
A9 LG 1.2	2	2016	am 31.12.2023 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.		2		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2020" auf den "31.12.2023". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen für den Bereich Asyl ist angesichts der Entwicklung von Bestandszahlen und Verfahrensdauer mindestens bis zum genannten Termin nötig.
A6 LG 1.1	1	2017	am 31.12.2023 [Stufe Oberverwaltungsgericht] Ein- sparung bei Rückgang der Eingangs- und Bestandszahlen in Asylverfahren und einer angemessenen Verfahrensdauer frühestens zum genannten Zeitpunkt möglich.		1		Hinausschieben des Realisierungszeit- punktes vom "31.12.2020" auf den "31.12.2023". Der Erhalt der Planstellen/ Stellen für den Bereich Asyl ist angesichts der Entwicklung von Bestandszahlen und Verfahrensdauer mindestens bis zum genannten Termin nötig.
09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit							
422 01							
R1	1	2009/2010	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.10.2021 [Stufe Sozialgerichte]		1(*)		Wegfall wegen Zusammenfassung (und Änderung) der drei einzelnen kw-Ver- merke in einen kw-Vermerk "3 Stellen R1 künftig wegfallend am 31.12.2021".
R1	3	2009/2010	am 31.12.2021 [Stufe Sozialgerichte] Einsparung unter Berücksichtigung steigender Bestands- zahlen, einer angemessenen Verfahrensdauer und vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von anhängigen Klageverfahren der Krankenkassen wegen verkürzter Verjährungsfristen frü- hestens zum genannten Zeitpunkt mög- lich.		3		Eine Realisierung des kw-Vermerkes "mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.12.2020" lässt sich vor dem Hinter- grund der jüngst wieder deutlich zunehmenden Belastungssituation d. Sozialgerichte nicht mehr verwirklichen.
R1	1	2009/2010	am mit Ausscheiden der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers, spätestens am 01.05.2021 [Stufe Sozialgerichte]		1(*)		Wegfall wegen Zusammenfassung (und Änderung) der drei einzelnen kw-Ver- merke in einen kw-Vermerk "3 Stellen R1 künftig wegfallend am 31.12.2021".
428 01							
E6	1	2009/2010	am 01.05.2021 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frü- hestens zum genannten Zeitpunkt mög- lich		1(*)		Wegfall wegen Zusammenfassung (und Änderung) der drei einzelnen kw-Ver- merke in einen kw-Vermerk "3 Stellen E6 künftig wegfallend am 31.12.2021".

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2019 realisiert und im HH 2020 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2020 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2020 unverändert weiter ausgebracht

kw-Vermerke 2019

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
E6	1	2009/2010	am 01.10.2021 Entlastung Folgedienste in Abhängigkeit der richterlichen Stellenentwicklung frü- hestens zum genannten Zeitpunkt mög- lich		1(*)		Wegfall wegen Zusammenfassung (und Änderung) der drei einzelnen kw-Ver- merke in einen kw-Vermerk "3 Stellen E6 künftig wegfallend am 31.12.2021".
E6	3	2009/2010	am 31.12.2021 [Stufe Sozialgerichte] Einsparung in den Folgediensten (Serviceeinheiten) unter Berücksichtigung steigender Bestands- zahlen, einer angemessenen Verfahrensdauer und vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von anhängigen Klageverfahren der Krankenkassen wegen verkürzter Verjährungsfristen frü- hestens zum genannten Zeitpunkt mög- lich.		3		Eine Realisierung des kw-Vermerkes "künftig wegfallend am 01.12.2020" lässt sich vor dem Hintergrund der jüngst wieder deutlich zunehmenden Belas- tungssituation der Sozialgerichte nicht mehr verwirklichen.
<p>09 08 Staatsanwaltschaften</p> <p>422 01</p>							
A13 LG 2.1	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erllass des FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016) i. V. m.
A12	1	2017	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	Erllass des FM vom 18. Dezember 2015 (VI 214 - HHV 2016)
Summe				15	61	41	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2019 realisiert und im HH 2020 nachvollzogen

in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2020 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)

in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2020 unverändert weiter ausgebracht

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2020

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 01	Ministerium			
	A16		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A16 -Ministerialräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-	1
	A15		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A15 - Regierungsdirektoren/-innen- (Konzeptionierung und rechtliche Koordinierung im Zusammenhang mit der Umsetzung und Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte in der Justiz) -i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	1
	A14		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A14 -Oberregierungsräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-	1
	A13 LG 2.1		Ausbringung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 - Oberamtsräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-	3
	A12		Ausbringung von zwei Planstellen der Bes.Gruppe A12 -Amtsräte/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-	2
	A9 LG 1.2		Ausbringung von vier Planstellen der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 - Amtsinspektoren/-innen- (für Verfahrensbetreuer/-innen im Zusammenhang mit der Umsetzung und Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte in der Justiz) -i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	4
	A9 LG 1.2		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 - Amtsinspektoren/-innen- (Schaffung einer fachlichen und übergeordneten ministeriellen Linienstruktur -nach Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs- zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte) -Folgestelle ERV/eAkte-	1
	A9 LG 1.2		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 - Amtsinspektoren/-innen- (für die zentrale Verfahrenspflegestelle des in den Linienbetrieb überführten landeseinheitlichen Fachverfahrens für die Dienstplanung im Justizvollzug)	1
		Auszubild.	Ausbringung von drei Stellen für Auszubildende (Weiterer Ausbau (2. Studienjahrgang) des in 2019 erstmalig im HH abgebildeten digitalen Studienganges zur Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich der Justiz) -Ausbildungs-offensive der Landesregierung-	3

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2020

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit			
	R2		Ausbringung von vier Planstellen der Bes.Gruppe R2 -Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht- (Einrichtung von vier zusätzlichen Strafkammern bei den Landgerichten, mit jeweils einer Richter/-innen-Planstelle der Bes.Gruppe R2 und 2 Richter/-innen-Planstellen der Bes.Gruppe R1) -Pakt für den Rechtsstaat-	4
	R2		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R2 - Richter/-in am Oberlandesgericht- (für die Leitung der Gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit -GeorG-) -stv. Leitung vgl. Tit. 428 01, Ausbringung einer Stelle der Entgeltgruppe E11-	1
	R1		Ausbringung von acht Planstellen der Bes.Gruppe R1 -Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/innen am Landgericht- (Einrichtung von vier zusätzlichen Strafkammern bei den Landgerichten, mit jeweils einer Richter/-innen-Planstelle der Bes.Gruppe R2 und 2 Richter/-innen-Planstellen der Bes.Gruppe R1) -Pakt für den Rechtsstaat-	8
	A12		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (Planstelle künftig wegfallend, Ausbringung gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes 2019 für ein nach den Wahlen zum Personalrat im Mai 2019 neu freigestelltes Personalratsmitglied)	1
	Anw. LG 1.2		Ausbringung von 15 neuen Stellen für Anw. LG 1.2 -Justizobersekretäranwärter/-innen- (Weitere Anpassung der Kapazitäten des Vorbereitungsdienstes zur Sicherstellung einer künftig auskömmlichen Personalausstattung in den Serviceeinheiten der Gerichte und Staatsanwaltschaften) -Ausbildungsoffensive der Landesregierung-	15
			E11	Ausbringung einer Stelle der Entgeltgruppe E11 (für die stellvertretende Leitung der Gemeinsamen dezentralen IT-Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit -GeorG-) -Leitung vgl. Tit. 422 01, Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R2-
		E9	Ausbringung von fünf Stellen der Entgeltgruppe E9 (Folgewirkung der Einrichtung von vier zusätzlichen Strafkammern bei den Landgerichten, hier: Stärkung der Serviceeinheiten) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste- (neue Entgeltordnung E9a)	5

Neue Stellen 2020

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 03	Justizvollzugsanstalten			
	A16		Ausbringung von zwei Planstellen der Bes.Gruppe A16 -Leitende Regierungsmedizinaldirektoren/-innen- (Sicherstellung der kontinuierlichen, medizinischen Versorgung der Gefangenen durch Bildung eines "Ärztepools" für alle Justizvollzugsanstalten)	2
	A12		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (für eine/-n Informationssicherheitskoordinator/-in nach dem Konzept zur Informationssicherheitskoordination der schleswig-holsteinischen Justiz)	1
	A12		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (für die Konzeption und Einführung der elektronischen Gefangenenpersonalakte (eGPA) sowie für die Einführung der elektronischen Verwaltungsakte im Justizvollzug, Stelle Projektleitung)	1
	A9 LG 2.1		Zugang einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- (Zugang einer zur Übernahme einer ausgebildeten Nachwuchskraft gem. § 15 Ziffer 1 HG 2019 ausgebrachten Planstelle, künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens am 31.07.2021)	1
	A9 LG 2.1		Zugang einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- (Ausbringung gem. § 15 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes für die Übernahme einer ausgebildeten Nachwuchskraft, Planstelle ist künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens am 31.07.2022)	1
	A9 LG 1.2		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (für die Konzeption und Einführung der elektronischen Gefangenenpersonalakte (eGPA) sowie für die Einführung der elektronischen Verwaltungsakte im Justizvollzug, Stelle Verfahrensbetreuung)	1

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Neue Stellen 2020

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 08	Staatsanwaltschaften			
	R2		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R2 -Oberstaatsanwälte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stelle für eine/-n Abteilungsleiter/-in) -Pakt für den Rechtsstaat-	1
	R1		Ausbringung von vier Planstellen der Bes.Gruppe R1 - Staatsanwälte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Dezernenten/-innen) -Pakt für den Rechtsstaat, finanziert i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral-	4
	R1		Ausbringung von zwei Planstellen der Bes.Gruppe R1 - Staatsanwälte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Dezernenten/-innen) -Pakt für den Rechtsstaat-	2
	R1		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe R1 -Staatsanwälte/-innen- (Erhöhung des Stellenbestandes im staatsanwaltlichen Dienst als Beitrag zur Kompensation der anhaltend hohen und weiter steigenden Belastung) -Pakt für den Rechtsstaat-	1
	A13 LG 2.1		Ausbringung von zwei Planstellen der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (zur weiteren Kompensation der komplexen Aufgabenerweiterungen im Rechtspfleger/-innen-Dienst der Staatsanwaltschaften aufgrund der Neufassung des materiellen und prozessualen Rechts der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste-	2
	A12		Ausbringung von drei Planstellen der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Rechtspfleger/-innen) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste-	3
	A12		Ausbringung einer Planstelle der Bes.Gruppe A12 -Justizamtsräte/-innen- (für eine/-n Informationssicherheitskoordinatoren/-in nach dem Konzept zur Informationssicherheitskoordination in der schleswig-holsteinischen Justiz)	1
		E9	Ausbringung von sechs Stellen der Entgeltgruppe E9 (Stärkung der Schwerpunktabteilung Cyberkriminalität (StA Itzehoe) und der Zentralstelle zur Verwertung virtueller Währungen (StA Lübeck), zusätzliche Stellen für Serviceeinheiten) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste- (neue Entgeltordnung E9a)	6
		E9	Ausbringung von vier Stellen der Entgeltgruppe E9 (zur weiteren Kompensation der gestiegenen Belastung in den Serviceeinheiten der Staatsanwaltschaften, u.a. aufgrund der Stellenzuwächse bei den Staatsanwälten/-innen und infolge des Verfahrensanstieges durch die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung) -Pakt für den Rechtsstaat, Folgedienste-(neue Entgeltordnung E9a)	4
Summe	64	19		83

09 Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Einsparungen 2020

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl	
	BesGr.	EntgeltGr.			
1	2	3	4	5	
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				
	A13 LG 2.1		Abgang einer Planstelle der Bes.Gruppe A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (Realisierung kw-Vermerk, Wegfall der gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 des Haushaltsgesetzes 2016 für ein freigestelltes Personalratsmitglied ausgebrachten Planstelle durch Fortfall des Befreiungsgrundes nach Neuwahl des Personalrates bzw. Eintritt des Stelleninhabers in den Ruhestand.		1
	Anw. LG 2.2		Einsparung von dreizehn Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- (Realisierung der kw-Vermerke "kw am 01.01.2019", 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) -Nachvollziehung der bereits zum HH 2019 nachgewiesenen Einsparungen-		13
	Anw. LG 2.2		Einsparung von 8 Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- (zur vollständigen Nachweisung der Realisierung der Stelleneinsparvorgaben zum HH 2020) -10 v.h. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)-	8	
09 03	Justizvollzugsanstalten				
	A9 LG 2.1		Einsparung einer Planstelle der Bes.Gruppe A9 LG 2.1 -Verwaltungsinspektoren/-innen- (Realisierung kw-Vermerk, am 31.07.2019 (aus HH 2017), Wegfall einer zur Übernahme einer ausgebildeten Nachwuchskraft gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2016 im HH 2017 ausgebrachten Planstelle)		1
Summe	23	0		23	